Karl Heinz Roth

Die »andere« Arbeiterbewegung

und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland. Mit ausführlicher Dokumentation zur Aufstandsbekämpfung, Werkschutz u.a.

TRIKONT

Die „andere" Arbeiterbewegung: das sind die unbekannten Kämpfe der unqualifizierten Arbeiter – der Grubenarbeiter, Landarbeiter, Zwangsarbeiter in beiden Kriegen, Flüchtlinge, Gastarbeiter. Gegen das Widerstandspotential dieser Bewegungen wurde der Repressionsapparat der Unternehmer aufgebaut, von den Zechenwehren und der Hafenpolizei bis zum Werkschutz. Ganze Kapitel unserer Geschichte erscheinen in völlig neuem Licht.

I. Einleitung: Frühjahr/Sommer 1973: „Es war wie 1933"

II. Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff vor dem Nationalsozialismus
1. Eine Arbeiterklasse – zwei Arbeiterbewegungen
2. Die Reorganisation der Arbeitskraft im ersten Weltkrieg
3. Die zwei Arbeiterbewegungen in der revolutionären Nachkriegsphase
4. Noch ein Rückschlag für die Arbeiter: Die Veränderung der Arbeitsorganisation

III. Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff unter dem Nationalsozialismus. Von Elisabeth Behrens.
1. Die Umwälzungen in der Weltwirtschaftskrise
2. Der deutsche „New Deal"
3. Ein Kampfzyklus gegen den Vierjahresplan
4. Der Blitzkrieg als Instrument für die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse
5. Die Spaltung der Arbeiterklasse durch das Zwangsarbeitssystem
6. Widerstandsformen in den Betrieben

IV. Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff seit dem Nationalsozialismus
1. Die alten Weichen neu gestellt: 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre
2. Der Boom
3. Die präventive Einkreisung der Arbeiterautonomie in den sechziger Jahren
4. Von der Wirtschaftskrise 1966/67 bis zu den Septemberstreiks
5. Unruhige Jahre

V. Statt einer Zusammenfassung: Kapitalistische Repression und Arbeiterkampf

VI. Dokumentarischer Anhang I – XXIII

ISBN 3-920385-55-1 DM 19.80

Schriften zum Klassenkampf Nr. 39

Karl Heinz Roth

Die »andere« Arbeiterbewegung

und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland. Mit ausführlicher Dokumentation zur Aufstandsbekämpfung, Werkschutz u.a.

1. Auflage 3.000, 1974
C Trikont Verlag, München
ISBN 3-920385-55-1
Druck: Politladen GmbH, Erlangen
Umschlag: Elisabeth Petersen, München

INHALTSVERZEICHNIS

I

II

III

VI

V

IV

I. EINLEITUNG: FRÜHJAHR/SOMMER 1973: „ES WAR WIE 1933" 5

II. ARBEITERKAMPF UND KAPITALISTISCHER GEGENANGRIFF VOR DEM NATIONALSOZIALISMUS XI 21
1. Eine Arbeiterklasse – zwei Arbeiterbewegungen 21
2. Die Reorganisation der Arbeitskraft im ersten Weltkrieg 29
3. Die zwei Arbeiterbewegungen in der revolutionären Nachkriegsphase 55
4. Noch ein Rückschlag für die Arbeiter: Die Veränderung der Arbeitsorganisation 81

III. ARBEITERKAMPF UND KAPITALISTISCHER GEGENANGRIFF UNTER DEM NATIONALSOZIALISMUS. Von Elisabeth Behrens 101
1. Die Umwälzungen in der Weltwirtschaftskrise 101
2. Der deutsche „New Deal" 107
3. Ein Kampfzyklus gegen den Vierjahresplan 120
4. Der Blitzkrieg als Instrument für die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse 131
5. Die Spaltung der Arbeiterklasse durch das Zwangsarbeitssystem 145
6. Widerstandsformen in den Betrieben 156

IV. ARBEITERKAMPF UND KAPITALISTISCHER GEGENANGRIFF SEIT DEM NATIONALISMUS 175
1. Die alten Weichen neu gestellt: 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre 175
2. Der Boom 195
3. Die präventive Einkreisung der Arbeiterautonomie in den sechziger Jahren 214
4. Von der Wirtschaftskrise 1966/67 bis zu den Septemberstreiks 235
5. Unruhige Jahre 245

V. STATT EINER ZUSAMMENFASSUNG: KAPITALISTISCHE REPRESSION UND ARBEITERKAMPF

VI. DOKUMENTARISCHER ANHANG 269
I – XXIII

DOKUMENTARISCHER ANHANG 269

I. Bekämpfung der Ruhrarbeiterstreiks 1905 270
II. Streikabwehr im Sommer 1916 272
III. Freikorpserfahrungen aus den Berliner Straßenkämpfen (1919) 274
IV. Richtlinien der Reichswehr zur Aufstandsbekämpfung (1920) 279
V. Auszüge aus den Wehrwirtschaftsplänen der IG Farbenindustrie AG (März 1935) 282
VI. Bekämpfung von Sabotage in der Rüstungswirtschaft (Mai 1940) 286
VII. Diskriminierung der polnischen Zwangsarbeiter (nach 1940) 293
VIII. Verschärfung der Zwangsrekrutierung ausländischer Arbeiter in den westeuropäischen und skandinavischen Ländern (Januar 1942) 295
IX. Merkblatt: Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz (August 1943) 297
X. Anweisung zur Steigerung der Arbeitsleistung von Kriegsgefangenen (Dezember 1943) 300
XI. Arbeitsleistung ausländischer Arbeitskräfte (Januar 1944) 304
XII. Offizielle Dienstanweisungen der Polizei für den Wachdienst von Lagern mit russischen Zwangsarbeitern („Ostarbeiterlager") (nach 1942) 307
XIII. Die sogenannten Lagerregeln im „Arbeitserziehungslager Dechsenschule" des Krupp-Konzerns (Juli 1944) 310
XIV. Behandlung von Kriegsgefangenen zwecks Steigerung der Arbeitsleistung (August 1944) 318
XV. Widerstandsformen der ausländischen Zwangsarbeiter (September 1944) 322
XVI. „Werkssicherheit" im Jahre 1956 324
XVII. Ein Werkschutzleiter über die Bekämpfung von „Sabotage in den Betrieben" (1963) 326
XVIII. Der Werkschutz aus der Sicht der „Betriebsleiter" (1963) 334
XIX. Der Kölner Werkschutzskandal (Februar 1970) 351
XX. Warum die Gewerkschaften den Werkschutz unterstützen (1972) 356
XXI. Die aktuelle Organisation der „Werkssicherheit" (Januar 1973) 363
XXII. Ein Werkschutz-Unternehmen bietet seine guten Dienste an (Oktober 1973) 368

Bibliographie 373
Abkürzungsverzeichnis 394

I. Einleitung: Frühjahr Sommer 1973: »Es war wie 1933«

Am 22. Mai 1973 leiteten die Montage-Bandarbeiter der Mannheimer Landmaschinenfabrik John Deere (Lanz) einen der denkwürdigsten Kampfzyklen in der westdeutschen Klassengeschichte ein. (1) Die Hintergründe ihrer einwöchigen Aktion lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. An den Montagebändern des Betriebs sind zu zwei Dritteln Arbeitsemigranten beschäftigt. Die Isolierung von den deutschen Arbeitern in den übrigen Abteilungen schien perfekt genug, um ohne Konfliktrisiko die Arbeitshetze auf die Spitze zu treiben. Durch glatten Akkordbetrug hatten die John-Deere-Manager im letzten Jahr die Arbeitsleistung pro Mann und Schicht verdoppelt. Statt 60 liefen jetzt 120 Schlepper durch, aber der Lohn war gleich geblieben: die Manager hatten die Ausgabe von Arbeitszeitkarten vermieden, aus denen die verschlechterten Vorgabezeiten zu ersehen gewesen wären, und hatten die Bandgeschwindigkeit dauernd beschleunigt. Im Mai war für die Bandarbeiter die Toleranzgrenze erreicht. Sie waren nicht länger bereit, die mörderisch verschärften Arbeitsbedingungen widerstandslos hinzunehmen. Ihre Erbitterung wuchs von Woche zu Woche, und selbst eine IG Metall-Vertrau-

(1) Der John Deere-Streik steht allerdings nicht allein, sondern ist von den auslösenden Faktoren und der sozialen Zusammensetzung der dabei aktiven Arbeiter in eine Kette isolierter Emigrantenaktionen einzugliedern. Vgl. beispielsweise: Streik bei Karmann (4.5.-8.5.), in: Wir wollen Alles, 1973, Nr.5, S.20.

ensleuteversammlung von den Bändern mußte schließlich eindeutige Forderungen stellen: " - Erhöhung der Lohngruppen (mindestens Lohngruppe 46 für alle) ! - Bezahlte Pausen für jede Stunde (mindestens 5 oder 6 Minuten pro Stunde) ! - Die Arbeitshetze an den Bändern muß aufhören! Das Akkordsystem wird überprüft. - Jeder Kollege bekommt eine Arbeitskarte, um überprüfen zu können, wieviel Minuten er bekommt (für die ausländischen Kollegen in verschiedenen Sprachen)". (2) Das war ein bescheidener Versuch, die Ausbeutungsbedingungen bei John Deere auf ein einigermaßen erträgliches Durchschnittsmaß zu reduzieren. Von einigen deutschen Vertrauensleuten, die zugleich Vorarbeiter sind, wurde gleichzeitig dafür gesorgt, daß die Kampfformen zur Durchsetzung dieser Ziele nicht allzu rebellisch wurden. Mit dem Beschluß, bis auf weiteres die wöchentlich ca. 10 Überstunden zu verweigern ("Überstundenstreik"), bekam die Betriebsleitung die Wut der Bandarbeiter als einen sehr gemäßigten Druck von unten zu spüren.
Am Montag, 22.5.1973, begann die Kampagne für die Verweigerung der Überstunden. Sie war ein ziemlicher Schlag ins Wasser, weil die Unternehmensleitung kaum Auswirkungen spürte. Einen Tag später gingen die Bandarbeiter selber zu härteren Aktionen über. Die Bänder in der Getriebe- und Endmontage wurden abgestellt. Nach zehn Minuten standen alle Bänder des Betriebs still, die Arbeiter der benachbarten Abteilungen solidarisierten sich mit den Abteilungsstreiks. Innerhalb weniger Stunden weitete sich die Unruhe auf den gesamten Betrieb aus. Ein provokatorisches Gegenangebot der Betriebsleitung, das praktisch keines war, wurde überall mit Empörung quittiert. Da seitens der Bandarbeiter keine autonome Kampfführung zustandekam, hatte der gewerkschaftliche Vertrauensleuteapparat weiter freie Hand. Er entschloß sich, auf dieser Welle der Entrüstung die präzis gegen die brutalsten Strukturen der Arbeitsorganisation gerichteten bisherigen Parolen in ein Lohn-Gerangel für die Gesamtbelegschaft zu überführen, wobei die reformistische Entschärfungsabsicht nichts zu wünschen übrigließ: "70 Pfennig für die Arbeiter, 120 DM für die Angestellten, 60 DM für die Lehrlinge" (3). Aber das schien der Preis zu sein, für den alle Arbeiter des Betriebs bereit waren, auf die avantgardistischen Forderungen und Aktionen der Bandkolonnen mit einem traditionellen Streik zu reagieren. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute, unter ihnen nicht wenige Mitglieder linker deutscher Gruppen, hatten das Gesicht gewahrt; die Aktion blieb unter ihrer Kontrolle und entsprach ihren Vorstellungen von einer aktiven, reformistischen, im Rahmen der gewerkschaftlichen Institutionen bleibenden und begrenzten Mobilisierung. Bis dahin also nichts Aufregendes; alles schien so abzulaufen, wie wir es seit 1970/71 aus Dutzenden anderer betrieblicher Aktionen kennen.

(2) Der Streik bei John Deere, in: Arbeiter-Zeitung. Zentrales Organ der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim-Heidelberg, 2.Jg.1973, Nr.6, S.1.
(3) Ebd. S.3.

Aber es kam anders als vorgesehen. Als am Donnerstag die gesamte Belegschaft streikte, versuchte die Geschäftsleitung zunächst, die Polizei in einer Großaktion von außen zuschlagen zu lassen; da der Betriebsrat nicht zustimmte, beschränkte sich die Mannheimer Polizei auf das Umstellen des Werksgeländes und darauf, einige "zivile Beobachter" (4) in den Betrieb einzuschleusen. Einen Tag später kam es zu Auseinandersetzungen mit einzelnen Streikbrechern in der Schmiedeabteilung, die auf Argumente seitens der streikenden Arbeiter gegen ihr Verhalten mit dem Messer und einem Nagelbrett antworteten. Diese und andere für westdeutsche Verhältnisse bemerkenswerte Provokationen sind zunächst gescheitert.
Am Montag, den 28.5., bereiteten Betriebsleitung, IG Metall und der Betriebsratsvorsitzende einen entscheidenden Gegenangriff vor, der von innen vorgetragen werden sollte. Erste Vereinbarung: ab Dienstag wurden die Lehrlinge, die eine ziemlich aktive Rolle spielten, "zwangsbeurlaubt", also bei voller Bezahlung ausgesperrt. Zweite Vereinbarung: die Meister und die höheren technischen Angestellten leiteten eine breite Provokationskampagne gegen die Arbeitsemigranten ein, um sie von den deutschen Arbeitern zu isolieren; gleichzeitig wurden die deutschen Facharbeiter in ihren Hallen eingeschlossen (z.B. die Schlosser der Gießerei Instandhaltung), unter Druck gesetzt und ebenfalls zu einem bezahlten Zwangsurlaub nach Hause geschickt. Dritte Vereinbarung: während am Dienstag früh die Vertrauensleute fernab vom bisherigen Treffpunkt der Streikenden tagten und vom Betriebsratsvorsitzenden durch gezielte Falschinformationen zum Streikabbruch gedrängt wurden, schickte die Betriebsleitung ihren um Schlägertruppen "aus Meistern, höheren Angestellten und Leuten, die man noch nie vorher im Betrieb gesehen hatte" (5), verstärkten Werkschutz gegen die Bandarbeiter vor. Diese Schlägergarden strömten plötzlich am bisherigen Treffpunkt der Streikenden zusammen und inszenierten unbehelligt von den Streikenden eine von der Geschäftsleitung gemanagte Scheinbetriebsversammlung. Danach ging es los. Die Schläger "stürzten sich auf völlig verdutzte Ausländer. Ein ausländischer Kollege wurde in die Hecke geschlagen, man holte ihn wieder heraus, schlug ihn abermals, packte ihn und warf ihn wieder in die Hecke. Eine andere Schlägertruppe stürzte sich auf einen schmächtigen Ausländer, schlug ihn zusammen und riß ihm sein Unterhemd in Fetzen unter dem Kittel raus. Im Hintergrund stand Meister Wilhelm aus der Kernmacherei (wegen seiner Vergangenheit SS-Wilhelm genannt) und schrie: Den mit dem roten Hemd müßt ihr schnappen, und den da hinten, und den (...). Man hetzte die Ausländer wie die Hasen durchs Werksgelände. Einige flüchteten auf den Parkplatz. In der Menge schrie man: Jetzt machen sie unsere Autos kaputt. Ein Kollege sah, wie der Direktor Pohl einen zu Boden geschlagenen Ausländer mit Füßen trat." (6) Auch der Produktionsleiter Fischer tat sich hervor: "Ich sah, wie Fischer

(4) Mit Schlägertrupps gegen streikende Arbeiter, in: Unsere Zeit v.8.6.1973.
(5) Der Streik bei John Deere, op.cit. S.4.
(6) Ebd. S.4.

den Greiftrupps Kommandos gab, worauf sich zehn, fünfzehn Meister zusammenschlossen, die Leute herauszerrten, an Haaren und im Polizeigriff, und sie dem Werkschutz übergaben." (7) Doch damit nicht genug. Nachdem sie die Arbeitsemigranten in der Umgebung des Treffpunkts der Streikenden erledigt hatten, knöpften sich die Greifer die Arbeiter in den Hallen vor. Dabei bekamen auch die Vertrauensleute ihre Portion ab. Und das, obwohl sie ganz nach Regie unter dem Eindruck der Schilderung des Betriebsratsvorsitzenden, der, obwohl bei der Prügelei anwesend, nur "Ausländer mit Eisenstangen" gesehen hatte, inzwischen mit Mehrheit den Abbruch des Streiks beschlossen hatten und in die Abteilungen zurückgegangen waren. So gerieten sie in die zweite Phase der Aktion. Greiftrupps stöberten die Abteilungen durch und trieben weitere Arbeitsemigranten und etliche Vertrauensleute im Polizeigriff vor die Tore: ein Wink des Abteilungsleiters genügte für die Sonderbehandlung durch die Greifer, dann Übergabe an den Werkschutz, der jeweils keine "Garantie mehr für die Sicherheit der Betroffenen" abzugeben vermochte, und wenig später stand der Denunzierte oft noch in Werksklufl vor den Toren." Unter den 14 Rausgeschmissenen, die bis jetzt auf der Kündigungsliste der Geschäftsleitung stehen, befinden sich 7 Vertrauensleute, ein Delegierter der Ortsverwaltung und Mitglied der Vertrauenskörperleitung und ein Jugendvertreter. Dem Betriebsrat sind inzwischen allerdings schon 36 Kollegen bekannt, die rausgeworfen wurden." "Alte Betriebsräte, die schon seit Jahrzehnten im Werk sind, sagten nachher ganz blaß: Es war wie 1933." (8) Der Streik war nach einem genau ausgearbeiteten Plan zerschlagen worden.

Die Ereignisse vom 28./29. Mai bei John Deere haben sich in den folgenden Streikmonaten in teilweise abgeschwächten, aber auch in radikaleren Varianten Varianten wiederholt:

a) Am 25.6. wurden von der Spätschicht der Klöcknerhütte in Bremen die Brokken hingeschmissen. Am nächsten Morgen beschlossen die Vertrauensleute des Werks, den "wilden" Streik fortzusetzen. Sie riefen zur Bildung von Streikposten auf und gingen fast alle nach Hause oder zum Schwimmen, um der Dinge zu harren, die da kommen sollten. Die Initiative wurde der Betriebsleitung und den Meistern überlassen, obwohl die schon bei der Zerschlagung des letzten Streiks im Januar eine ganze Menge Tricks in die Auseinandersetzung eingeführt hatten. Die Tatsache, daß mit den Vertrauensleuten auch viele Arbeiter das Werk verlassen hatten, wurde systematisch ausgenutzt. Mit gezielten Falschmeldungen über Rundfunk und Presse sowie

(7) Aussage des Jugendvertreters Rainer Wietstock, zit. nach: Fußtritte vom Personalchef. Pressekonferenz entlarvt John Deere-Rowdies, in:Unsere Zeitv. 15.6.1973.

(8) Der Streik bei John Deere, op.cit. S.4.

mit der abgestuften Zustellung von Entlassungsdrohungen (9) fing es an. Als die Arbeiter sich zur Nachtschicht Informationen von den Streikposten holen wollten, kamen sie nicht mehr durch: die Polizei hatte die Hütte abgeriegelt. Am 27.6. lief dann "der große Angriff der Direktoren und ihrer Helfer. Leitende Angestellte nahmen in der Spätschicht einen Hochofen in Betrieb (Arbeitsdirektor zu streikenden Arbeitern am Tor: 'Ihr seht doch, Ihr seid die letzten, die anderen arbeiten schon wieder'); der Bremer Polizeipräsident wurde in der Nacht ins Präsidium gerufen; Werkschutz verprügelte Streikposten; Lehrlinge verprügelten Meister, die sie am Streik hindern wollten; leitende Angestellte fuhren mit Autos in die Streikposten; Meister stellten sich am Tor neben Streikposten aus ihren Bereichen und bedrohten sie mit fristloser Kündigung - Ergebnis: 50 % der Nachtschicht arbeiteten wieder, in der nächsten Frühschicht nahezu alle, der Streik war nach 2 1/2 Tagen zerschlagen." (10) Die Werksleitung hatte, um einen in Streikbekämpfung erfahrenen Arbeitsdirektor verstärkt, die Arbeiter voll auflaufen lassen; auf einen Großangriff à la Mannheim konnte verzichtet werden. (11)

b) Am 16. Juli traten 3000 Arbeitsemigranten der Hella-Werke in Lippstadt und Paderborn in Aktion, um "50 Pfennig mehr für alle" durchzusetzen, nachdem die deutschen Facharbeiter - 800 von 2000 deutschen Arbeitern - gerade einen Teuerungszuschlag von 15 Pfennig erhalten hatten. Der Streik begann in der Abteilung Plastik, griff bald auf das ganze Werk - die deutschen Arbeiter ausgenommen, die "mitgestreikt" wurden - über, "wurde auch in das zweite Lippstädter Werk übertragen und erfaßte schließlich durch die Aktionen der Streikenden das Zweigwerk in Paderborn." (12) Dabei hat der Spaltungsmechanismus in diesem Zuliefererwerk der Autoindustrie voll funktioniert: die Privilegierung der deutschen Werkzeugmacher durch den Betriebsrat gegenüber den mobilen Arbeitsemigranten hatte sich genauso wie die gesellschaftliche Gettoisierung der Ausländer in Lippstadt und Paderborn als stabil erwiesen. (13) Folglich wähnte sich die Betriebsleitung von vornherein im Vorteil und hielt es für überflüssig, einen differenzierten Gegenangriff von innen einzuleiten. Es wurde vielmehr eine Hundertschaft der Bochumer Bereitschaftspolizei nach Lippstadt verlegt, und die ging ziemlich schnell mit Gummiknüppeln und gezogenen Pistolen gegen die Streikenden vor, um

(9) Es "wurden über Rundfunk , Zeitungen und Fernsehen beständig Falschmeldungen herausgegeben, die 'Mitarbeiter' bekamen Briefe, Telegramme und Telefonanrufe, in denen sie aufgefordert wurden, die Arbeit wieder aufzunehmen (wenn arbeitswillig, dann beim Meister unterschreiben und dann auf jeden Fall Bezahlung; wenn nicht, Gefahr der fristlosen Entlassung und verantwortlich für die Schäden usw.)" Analyse: Klöckner-Streik, in: Wir wollen Alles, 1973, Nr.6, S.5.

(10) Ebd. S.5.

(11) Dazu eine Darstellung des Streiks aus der Sicht des "fortschrittlichen" DKP-Arbeiterpolitik-Betriebsrats: Der Streik auf der Klöckner-Hütte Bremen, in: Arbeiterpolitik, 14.Jg.1973, Nr.3, S.14 f.

(12) Hintergründe des wilden Streiks in den deutschen Hella-Werken, in: Neue Zürcher Zeitung v. 25.7.1973.

(13) Vgl. ebd., sowie die Schilderung eines Arbeitsemigranten: Wir wollen 50 Pfennig für Alle! Wilder Streik in Lippstadt, in: Wir wollen Alles, 1973, Nr.6, Sonderbeilage.

das Hauptwerk abzuriegeln. 50 Polizisten wurden auf dem Werksgelände stationiert. (14) Die Polizei demonstrierte immer wieder ihre brutale Härte (15); nach vier Streiktagen, bei denen sich zuletzt der Generalsekretär des spanischen Arbeitsattachés hervortat, waren die Aktionen mit einem Lohnkompromiß abgewiegelt. (16)

c) Die Streiks in Mannheim, Bremen und Lippstadt waren nur ein Vorspiel für die jüngste Streikbewegung in der zweiten Augusthälfte gewesen. (17) Es waren dies erstmals Aktionen, bei denen die Massenarbeiter der metallverarbeitenden und elektrotechnischen Großindustrie: meistens Arbeitsemigranten und Frauen, bis zum letzten Tag in der vordersten Linie standen. Die dreiwöchige Kampagne in mindestens 100 Betrieben hing ausnahmslos von ihren Initiativen ab, zum erstenmal sind autonome Streikkomitees außerhalb jeglicher reformistischen Bevormundung in Aktion getreten.

Der Anfang wurde zunächst wieder in einem mittleren Zuliefererbetrieb der Autoindustrie - von den 2000 ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern der Firma Pierburg in Neuß - gemacht, die seit dem 13. August "Eine Mark mehr für alle" und "Weg mit der Lohngruppe II" verlangten. (18) Kurz danach nah-

(14) Vgl.: Trotz Polizeiterror gegen streikende Arbeiter (...) brachte Solidarität Lohnerfolg für 11 000, in: Unsere Zeit v. 27.7.1973, S.3; dazu auch: Polizeiterror gegen streikende Metaller. Streiks bei den Hella-Werken in Lippstadt, in: Der Metallarbeiter, Zeitung des KB/Gruppe Hamburg, 3.Jg.1973, Nr.9, S.1-2.

(15) "Jawohl, wild war die ganze Sache schon. Wild war vor allen Dingen die Polizei:
- als sie ihre Hunde auf uns und unsere Familien hetzte,
- als sie sogar auf unsere Kinder einprügelte,
- als sie eine Spanierin provozierte: 'Na, willst du mit uns bumsen?', und ihr dabei ins Gesicht schlugen,
- als wir die Kollegin schützen wollten, und sie dann endlich einen Grund hatten, mit ihren Knarren gegen uns vorzugehen,
- als sie uns zu dritt festhielten und der Vierte uns in die Eier trat." Zit. nach: Wir wollen 50 Pfennig für Alle, op.cit.

(16) So die Einschätzung des Arbeitsemigranten. Die Parteiblätter sind euphorischer. Die UZ (op.cit.) spricht von einem ungetrübten "Lohnerfolg für 11 000". Die "Rote Fahne" schreibt: "Dennoch ist klar: Das ist ein großer Sieg und alle Anstrengungen und Mühe haben sich gelohnt." Zit. nach: Erfolg selbständiger Streikführung! in: Rote Fahne. Zentralorgan der KPD, Nr.30 v. 25.7.1973, S.4. Und das, obwohl die Werksleitung in einer argen Klemme war, die Streikenden sich hingegen mit einem Kompromiß abspeisen ließen: "Das überraschend schnelle Nachgeben der Geschäftsleitung läßt sich leicht begründen Die Hella-Werke produzieren nach nahtlos auf die Automobilindustrie ausgerichteten Plänen: nennenswerte Lagerkapazitäten bestehen keine. Ein Produktionsausfall von wenigen Tagen kann also nicht nur für das Werk, sondern auch für die Automobilproduzenten rasche und kostspielige Folgen zeitigen." (in: Neue Zürcher Zeitung, op.cit.).

(17) Es hatte, wie schon angemerkt, weitere, aber relativ bedeutungslose und rasch abgewiegelte Parallelstreiks gegeben, so z.B. auf der Vulkan-Werft in Bremen, bei Nordmende, Adler usw. Vgl. dazu: Unsere Zeit, Mai-August 1973; Rote Fahne, Mai-August 1973; Wir wollen Alles, 1973, Nr.5 und 6.

(18) Zum Pierburg-Streik vgl. vor allem: Ruf nach mehr Geld mit türkischem Akzent, in: Süddeutsche Zeitung v. 16.8.73 sowie die weitere Berichterstattung in dieser Zeitung; Rote Fahne Nr.34 v.22.8.1973; UZ Nr. 33 v.17.8.1973.

men 1500 Arbeiterinnen bei AEG-Küppersbusch in Gelsenkirchen mit der Parole "40 Pfennig für alle" den Kampf selbst in die Hand. (19) Eine Woche später hatten die Kampfaktionen von weiteren Klein- und Mittelbetrieben auf die Automobilindustrie übergegriffen: 19 000 Bochumer Opel-Arbeiter traten "für 300 Mark mehr gegen ihren Betriebsrat in den Streik. (19 a) Am Freitag, 24.8., reihten sich die Kölner Ford-Arbeiter mit den türkischen und italienischen Bandarbeitern an der Spitze in die Kämpfe ein und legten die Bänder still, um die Wiedereinstellung von 300 wegen Urlaubsübertretung gefeuerten türkischen Genossen, Verringerung der Bandgeschwindigkeit und "eine Mark mehr für alle" durchzusetzen. (20) Am 24.8. befanden sich 70.000 Metallarbeiter im Streik. Um den Kern der 40.000 Automobilarbeiter hatten sich inzwischen die Arbeiterinnen und Arbeiter von Philips/Valvo in Aachen, von Rheinstahl in Bielefeld und Duisburg, mehrerer Eisengießereien und der Varta Batterie AG in Hagen, von Buderus in Lolla/Hessen und aus vielen anderen Betrieben gruppiert. (21)
Von der sozialen Zusammensetzung ihrer Aktivisten und von den Kampfzielen her ist die Streikbewegung vom August fast nirgends mit den Septemberstreiks von 1969 vergleichbar. In den Septemberstreiks hatten die angelernten Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie nur ein bis zwei Tage lang das Heft in der Hand gehabt, sie hatten es schnell an reformistische Arbeiterkader verloren und die sofort einsetzenden Abwiegelungs- und Auffangmanöver der Betriebsräte widerstandslos toleriert. (22) Jetzt, vier Jahr später, hatte sich der Schwerpunkt von Anfang bis Ende der Aktionen auf die angelernten Bandarbeiter der metallverarbeitenden Massenproduktion, auf die Massenarbeiter verlagert: vor allem Frauen und Arbeitsemigranten, die die größten Mehrwertmassen produzieren und am wenigsten Lohn nach Hause tragen. Jedem, der die vielfältigen Spaltungsmechanismen gegenüber den Facharbeiterresten und den neuen Pseudo-Facharbeitern der teilautomatisierten Metallindustrie kennt, mußte sofort klar sein, daß diese Massenarbeiter mit ihren ureigensten Forderungen das westdeutsche Kapital in seinem Profitzentrum treffen würden; und genauso klar war, daß auch nur die Artikulation ihres Wissens um die Diskriminierung und die Knebelung ihrer Bedürfnisse durch Hierarchie und Arbeitsorganisation in autonomen Streikkomitees erfolgen oder aber im günstigsten Fall verwässert werden konnte. Im Gegen-

(19) Vgl. Rote Fahne, op.cit., S.1; Süddeutsche Zeitung v. 22.8.1973; Unsere Zeit v. 24.8.1973.
(19a) Vgl. die Streikberichte in: Frankfurter Rundschau, Handelsblatt, Süddeutsche Zeitung v. 23.8.1973; Opel Bochum: Der Streik der 19000, in: Unsere Zeit Nr.35 v.31.8.1973, S.3.
(20) Vgl. die Artikel in: Frankfurter Rundschau, Handelsblatt, Süddeutsche Zeitung v. 27.8.1973 sowie: Ford/Köln -Gegen die Spaltung, in: Rote Fahne Nr.35 v. 29.8.1973, wobezeichnenderweise im groß hervorgehobenen Forderungskatalog die Parolen gegen die Arbeitsorganisation (Bandgeschwindigkeit usw.) weggelassen wurden.
(21) Dazu vor allem: Der Funke springt von Werk zu Werk, in: Süddeutsche Zeitung v. 24.8.1973; die Streiks in der deutschen Metallindustrie, in: Neue Zürcher Zeitung v. 29.8.1973; Vereint kämpfen - vereint siegen! in: Rote Fahne Nr.35 v. 29.8.1973.
(22) Zur Einschätzung der Septemberstreiks vgl. K.H.Roth, Westdeutsche Arbeiterkämpfe in den sechziger Jahren, in: Zirkular Probleme des Arbeiterkampfs, 2.Jg.1973, H.12.

satz zu 1969 gab es denn auch keinerlei reformistische Vermittlungsmechanismen und unmittelbar gegensteuernde Tarifbewegung. Im Gegenteil: jeder Schritt, den die Arbeiter im August für ihre Bedürfnisse nach mehr Leben und weniger Arbeit taten, war diesmal ein Schlag ins Gesicht einer vierjährigen skrupellosen und zynischen Unternehmer- und Gewerkschaftspolitik, die den Massenarbeitern die bescheidenen Konzessionen von 1969 und 1970 längst wieder entrissen hatte. Mußten sich folglich nicht die neuen Ansätze zu einer brutalen unternehmerisch-gewerkschaftlichen Gegenoffensive, so wie sie in den drei voraufgegangenen Monaten exemplarisch erprobt worden waren, jetzt auf massenhafter Ebene reproduzieren? Ein Hoffen auf ein Stillhaltemanöver des kapitalistisch-staatlichen Unterdrückungsapparats à la 1969 mußte vor vornherein illusorisch sein.
Das Resumé der Streikbewegung zeigt, daß von den Unternehmern und Gewerkschaften mit Zuckerbrot und Peitsche vorgegangen worden ist. Es wurden meistens Konzessionen an den Reallohn gemacht, um die Ausweitung der Kämpfe, die ohnedies zu scharfen Kontroversen über ihre Legitimation im politischen Überbau des herrschenden Systems führten, zu verhindern. Aber gleichzeitig ging der Unternehmerstaat überall da, wo er es riskieren zu können glaubte, zu harten Repressionsmaßnahmen über: das Modell John Deere wurde tatsächlich reproduziert und in immer neuen Varianten fortgesetzt. Während ihrer ersten beiden Streiktage wurden die 2000 ausländischen Arbeiterinnen der Neußer Firma Pierburg am Werkstor brutal von Polizisten mit gezogenen Pistolen angegriffen und zusammengeknüppelt - eine Wiederholung der Lippstädter Ereignisse, die ebenfalls mit einem Kompromiß endete, als sich nach vier Tagen die deutschen Facharbeiter mit den Arbeiterinnen solidarisierten. (23) Bei Rheinstahl in Bielefeld exerzierten 250 Mann starke Polizeieinheiten erstmals seit den fünfziger Jahren wieder eine perfekte militärische Werksbesetzung vor: am Montag, 3.9., wurde das Werk von ihnen vor Schichtbeginn eingenommen. Gut zwei mit Helmen, Infanteriewaffen und Hunden ausgerüstete Polizeihundertschaften bewachten alle Werkseingänge und patrouillierten um die Werkshallen. In den Hallen fuhren sie mit vollbesetzten Mannschaftswagen vor, das gesamte Spitzelaufgebot der Bielefelder politischen Polizei begleitend. In drei von vier Werkshallen wurde daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen; nach der Androhung fristloser Entlassung gaben schließlich auch die Arbeiter des Werks I nach, obwohl keine einzige ihrer Forderungen erfüllt worden war. (24) Differenziertere und präziser zupackende Unterdrückungsaktionen gab es dagegen in der Automobilindustrie, und zwar immer in Fällen, wo die Betriebsleitungen wie bei John Deere über einen wohlausgerüsteten Werkschutz verfügen. Hier wurde der Polizei von

(23) Vgl.: Rote Rosen für Carmen, Julia und Maria, in: Unsere Zeit Nr.34, v. 24.8.1973, S.3; Trotz Polizeiterror - die Streikwelle rollt! in: Rote Fahne Nr. 34 v. 22.8.1973, S.1 ff.

(24) Nach: Rheinstahl: Streik von der Polizei abgewürgt! in: Rote Fahne Nr.36 v. 5.9. S.5.

den Managern eine sekundäre Rolle zugewiesen. Zunächst einmal stellte die Opel-Geschäftsleitung in Bochum unter Beweis, welche enorme Einschüchterungspotenz ein technisch hochqualifizierter Werkschutz gegenüber zaghaften und wenig strukturierten Ansätzen von Arbeiterautonomie besitzt. Sofort nach dem Ausbruch des Streiks wurden die Werkschutzeinheiten um Polizeibeamte in Zivil und Verfassungsschutzleute verstärkt und vor den Werkstoren, aber auch im Werk selbst, zur Beobachtung "aller arbeitsunwilligen Mitarbeiter" eingesetzt. Flugblattverteiler vor den Toren wurden tätlich angegriffen. Die Meister wurden angewiesen, über alle Aktionen von ihnen bekannten Arbeitern laufend schriftlich zu berichten. Spitzel in Arbeitskluft wurden in die aktivsten Abteilungen eingeschleust. Auf Schritt und Tritt wurden die Arbeiter von Werkschutzleuten, aber auch eigens angeheuerten Detektiven und sogar von einem getarnten Fernsehteam gefilmt und fotografiert, um bei laufender Auswertung der Filme Entlassungen vorzubereiten. Die Observationsgruppen waren am dritten Streiktag so stark, daß die Arbeiter kaum mehr die notwendigen Kontakte zwischen den verschiedenen Abteilungen aufrechtzuerhalten wagten und die Meister schließlich sogar ganze Streikgruppen in den Hallen einschließen konnten. (25) So wurden die Arbeiter bewußt demoralisiert, sie wagten es erst gar nicht, den Abtransport fertiger Autos zu verhindern. Das Ende vom Lied war, daß mit dem Einsetzen der ersten Entlassungen die IG Metall-Vertrauensleute die Wiederaufnahme der Produktion durchsetzen konnten, ohne daß vorher die Forderung nach 300 Mark Sonderzulage und Bezahlung der Streiktage durchgesetzt worden war. Die Konzession an den inflationierten Reallohn sollte erst nach dem Rückzug der Arbeiter kommen.

Den Ruhm, die bisher brutalste Aktion gegen die Arbeiter in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte durchgeführt zu haben können die Manager und IG Metall-Funktionäre des Ford-Konzerns für sich verbuchen. Freilich: es waren auch die Fordarbeiter, die dem Arbeiterkampf in der BRD die bisher klarsten praktischen Konturen gaben. Am Freitag, 24.8., hatten 400 türkische Arbeiter in einer Endmontagehalle die Bänder stillgelegt und damit die gesamte Produktion des riesigen Ford-Zweigwerks in Köln-Niehl blokkiert, ihnen hatten sich sofort 10 000 türkische und italienische Arbeiter angeschlossen. Unmittelbarer Anlaß war die Entscheidung der Personalabteilung, 300 von 2500 verspätet aus dem Urlaub zurückgekehrten türkischen Fließbandkulis fristlos zu entlassen. Doch die insgesamt 12.000 bei Ford beschäftigten türkischen - und bald auch italienischen - Emigranten zeigten selbst, daß dies nur ein Anlaß war. Aus der Forderung vom 24.8. waren schon am darauffolgenden Montag Parolen gegen die besonders scharfen Arbeitsrhythmen an den Ford-Bändern geworden: Verlangsamung der Bandgeschwindigkeit, mehr Arbeiter an die Bänder als bisher, Absetzung der bru-

(25) Vgl. dazu: Mister Cunninghams neuestes Gangsterstück, in: Unsere Zeit Nr.36, v. 7.9.1973, S.7; Opel Bochum: Abgewiegelt, in: Rote Fahne Nr.35, S.5; persönliche Mitteilung eines Beteiligten an den Verfasser.

talsten Funktionsmeister, 13. Monatsgehalt und zusätzliche Urlaubszeit für die strapaziöse Hin- und Rückfahrt in die Heimatländer, eine Mark mehr für alle wegen der Geldentwertung. Die 12.000 Türken, bei Ford in Köln-Niehl mit durchschnittlich 20 Prozent geringerem Stundenlohn an die härtesten Arbeitsplätze in der Endmontage verbannt, sind das größte geschlossen eingesetzte Emigrantenkontingent in Westdeutschland. Aus den gewerkschaftlichen Betriebsinstitutionen, von der Betriebsleitung sorgfältig korrumpiert, werden die Arbeitsemigranten seit Jahren systematisch herausgehalten. Die Taktzeiten, in Köln mit 0,83 Minuten doppelt so schnell wie beispielsweise bei VW, sind mörderisch. Die Meister an den Bandsteuerungsgeräten sind es gewohnt, aus den ausländischen Arbeitsaffen an den Montagebändern das letzte herauszuholen. Ein ausgeklügeltes Prämiensystem und eine raffinierte Zurschaustellung der Hierarchien macht aus ihnen gnadenlose Unteroffiziere der Produktion. Ihre bis Mitte der sechziger Jahre hin und wieder gemachten Versuche, Verbesserungen durchzusetzen (26), hatten die Gewerkschaftsreformisten bei Ford, die sich ansonsten gern fortschrittlich gebärden (27), bald aufgegeben. "Hier gibt es halt keine Verbesserungen, hier gibt es nur Kuschen oder die Revolution." (28)
Es sollte sich bald zeigen, daß sich seit dem 24.8. tatsächlich alle Beteiligten an diese Maxime gehalten haben. Vom Montag bis Mittwoch wurden die Forderungen der Bandarbeiter von den IG Metall-Vertrauensleuten und vom Betriebsrat unterstützt - solange, bis sich zeigte, daß die Arbeitsemigranten es wirklich ernst meinten, mit der Wahl eines autonomen Streikkomitees jede Einengung des Kampfs auf traditionelle und gewerkschaftlich kontrollierte Scheinstreiks unmöglich machten und darangingen, ihren Forderungen mit einer Betriebsbesetzung Nachdruck zu verleihen. Seither sorgten die deutschen Vertrauensleute dafür, daß die deutschen Arbeiter es vorzogen, zusammen mit ihnen das Werksgelände nicht mehr zu betreten. (29) Währenddessen hatte sich die multinational zusammengesetzte und die deutschen Arbeiterinteressen durchaus mit vertretende Streikleitung stabilisiert, waren jeweils zu Schichtwechsel Demonstrationen durch das Werksgelände organisiert worden, an denen sich anfangs nur 200, im Höhepunkt des Kampfes 7000 Arbeiter - meistens Arbeitsemigranten, wenige Deutsche - beteiligten. Sie waren durch reformistische Konzessionen an den Reallohn - 280 DM Teu-

(26) Vgl. beispielsweise P. Adena, Bandgeschwindigkeit - Neue Gewerkschaftsstrategie bei Ford, in: express international Nr.11 v. 4.7.1964, S.5.

(27) So tat sich der langjährige Betriebsratsvorsitzende und jetzige Kölner IG Metall-Sekretär der Ortsverwaltung, G.Tolusch, 1967/68 als engagierter Teilnehmer in der Bewegung gegen die Notstandsgesetzgebung hervor.

(28) So der damalige Betriebsratsvorsitzende Tolusch gegenüber dem Verfasser, als dieser 1966 in der berüchtigten Halle Y des Kölner Ford-Werks als Werkssanitäter arbeitete.

(29) Dieses Spaltungsmanöver wurde am Dienstagabend eingeleitet, als der Betriebsratsvorsitzende Lück zu einer Versammlung am Haupttor aufrief, während unter Führung des Streikkomitees ein Zug von über 1000 Arbeitern durchs Werk zog. Vgl. dazu: Ford/Köln: Gegen die Spaltung!, in: Rote Fahne Nr.35, S.4.

erungszulage, Bezahlung der Streikstunden - nicht mehr zur Räson zu bringen. Ihr Kampf zielte auf mehr, und sie wußten das besser als bei John Deere zu artikulieren: auf die Beseitigung der brutalsten Bestandteile einer perfektionierten und kaputtmachenden Arbeitsorganisation. Längst wurde deshalb von den Vertrauensleuten, vom Betriebsrat, vom Werkschutz und von der Betriebshierarchie vom Meister aufwärts ein brutaler Gegenangriff vorbereitet. "Für die Meister gilt: alle, die sich am Streik beteiligen, werden gemeldet, um die Entlassungen vorzubereiten, soweit sie nicht sofort durchgeführt werden. Der Sprechfunk der Geschäftsleitung wird mit dem des Werkschutzes und des Betriebsrates zusammengeschaltet. Damit kann der Polizeieinsatz von Ortskundigen gelenkt werden." (30) So hat am Abend des 29.8. das Ford-Management zusammen mit dem Betriebsrat und seinen Obermeistern die gewaltsame Zerschlagung des Streiks von innen vorbereitet, nachdem das Projekt, das Werk durch Polizeihundertschaften räumen zu lassen (31), von der IG Metall aus Angst vor einer breiten bundesweiten Solidarisierungsbewegung mit den Ford-Arbeitern fallengelassen worden war.
Donnerstag, 30.8., sieben Uhr fünfzehn morgens, war es dann so weit. Vor Tor III hatte Personalchef Bergemann den gesamten Werkschutz, als Arbeiter verkleidete Polizisten, Mitglieder des Betriebsrats und der IG Metall-Vertrauensleutekörperleitung und mittlere Manager, zusammen mehrere hundert Mann, um sich geschart. Ein Transparent und Plakate mit der Aufschrift: "Wir wollen arbeiten", waren gemalt. Einheiten der Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalens waren in taktisch günstige Positionen gegangen. Der Plan war wie bei John Deere in Mannheim, nur brutaler, in größeren Dimensionen entworfen: es sollte der Eindruck erweckt werden, als ob es zwischen arbeitswilligen deutschen Arbeitern und den Emigranten bei deren Demonstration während des Schichtwechsels zu einer Massenschlägerei käme; die Polizeieinheiten sollten dann dazustoßen, den Demonstrationszug der Streikenden vollends zerschlagen und das Streikkomitee verhaften.
Tatsächlich verlief alles nach Plan. Die streikenden Genossen waren unvorbereitet. Schon seit Mittwoch hatten sie sich kaum mehr außerhalb ihres Kerns bewegen können, ohne zusammengeschlagen oder einfach festgenommen zu werden: sie hatten den Betrieb zwar besetzt, aber keinen der neuralgischen Punkte als Faustpfand in der Hand, um das Werk wirklich zu kontrollieren, die Kommunikation zu verbessern und der brutalen Falle durch größere Flexibilität zu entgehen. Sobald die getarnte Gegendemonstration eine taktisch günstige Position gegenüber dem Zug der Streikenden erreicht hatte, gab Personalchef Bergemann das Signal: "Meine Herren jetzt müssen wir kämpfen." (32) Kämpfen, denn bei jedem weiteren Streiktag würde die gesamte

(30) Zitiert nach: Rote Fahne Nr.36, S.2.
(31) Vgl.: Polizeieinsatz gegen streikende Fordarbeiter. Erklärung der DKP Köln, in: Unsere Zeit Nr.36, S.7.
(32) Vgl. den Bericht gleichen Titels in: Unsere Zeit Nr.37 v. 14.9.1973, S 3.

kontinentaleuropäische Produktion bei Ford zusammenbrechen. (33) Innerhalb weniger Minuten wurden die demonstrierenden Streikenden brutal zusammengeschlagen - mit Schlagstöcken und Werkzeugen, die vorher an den Trupp der Ford-Parasiten verteilt worden waren. Das "Aufbegehren deutscher Arbeitswilliger" war äußerst erfolgreich und wurde in der Presse gebührend gefeiert. (34) Der erste konsequent gegen die kapitalistische Arbeit gerichtete Kampf des multinationalen Massenarbeiters in der BRD war zerschlagen. Eine große Entlassungswelle, lang durch die schwarzen Listen des Ford-Werkschutzes vorbereitet, setzte ein.

Seit der Zeit zwischen dem 29.5. und dem 30.8., seit John Deere - Mannheim und Ford - Köln, hat sich die westdeutsche Klassenszene grundlegend geändert. Die multinational zusammengesetzte Arbeiterklasse hat erstmals die Voraussagen bestätigt, sie würde fähig sein, an den Brennpunkten ihrer Ausbeutung jegliche reformistische Vermittlung mit der kapitalistischen Arbeit und dem darauf basierenden kapitalistischen Planstaat abzustreifen. Sie ist zur antagonistischen Autonomie gegen das Ausbeutersystem fortgeschritten, sie hat erstmals kollektiv an ihren Existenzbedingungen innerhalb des Kapitals gerüttelt. Das ist die eine Seite; jene, die zu neuen revolutionären Hoffnungen ermutigt.

Die andere Seite, Kapital, Staat und Gewerkschaften, scheint diese grundlegende Umwälzung seit langem befürchtet zu haben. Hinter ihr liegt eine lange Vorbereitungszeit und eine ungeheure Erfahrung, was die Bedingungen der Niederknüppelung der Arbeiterklasse betrifft. Daß sich die Ereignisse bei John Deere und bei Ford, von den unterschiedlichen äußeren Bedingungen abgesehen, bis aufs Haar gleichen, kommt nicht von ungefähr. Die Bemerkung des John-Deere-Betriebsrats, der nach der Knüppelaktion am 29.5. sagte: "Es war wie 1933", ist historische Wahrheit. Wir werden sie in diesem Buch belegen: die Methoden, mit denen der Werkschutz als Kern der kapitalistischen Gegenoffensive in den letzten Monaten gegen die Arbeiter vorgegangen ist, wurden erstmals systematisch in der nationalsozialistischen Ära entwikkelt. Um die ganze Tragweite des 29.5., der Augustkämpfe und schließlich des 30.8. zu begreifen, müssen wir von den Äußerlichkeiten - hier ein schwankender, von Linken kritisch an den Betriebsrat und die Gewerkschaften angehängter Vertrauensleuteapparat, dort eine IG Metall, die für ihre Chefs demnächst auch noch über Leichen geht - abstrahieren. In beiden Fällen hat sich

(33) Vgl. ebd.: "Wenn an diesem Tag der Streik nicht niedergeschlagen werden würde, dann hätten auch die Ford-Bänder in Düren, Saarlouis und Genk gestanden."

(34) Dazu drei Beispiele. 1. Neue Rhein-Zeitung v. 31.8.: "Fünf Tage Türkenterror waren gestern einer Gruppe von tausend Fordmitarbeitern, in erster Linie Deutschen, zuviel. Sie formierten sich zu einem Gegendemonstrationszug und trugen weit sichtbar die seltene Forderung voran: 'Wir wollen arbeiten'." 2. Die Welt v. 31.8.: "Die randalierenden Türken hatten sich mit Schlagwerkzeugen, Eisenstangen und Latten bewaffnet. Die um Hilfe gerufene Polizei sei mit 30 Beamten eingeschritten und habe die Massenschlägerei beendet. Die Türken seien zerstreut worden." 3. Kölner Stadtanzeiger v. 31.8.: "Am Ende verging auch den Türken die Lust am Streik. Mit der Festnahme der Agitatoren fiel der harte Kern zusammen."

eine klare und unerbittlich gezogene Konfrontationslinie herausgebildet, um die sich alles andere als Nebensächlichkeiten dreht: auf der einen Seite der multinationale Arbeiter als Massenproduktion, auf der anderen Seite die ganzen abgestuften Personifikationen des Mehrwerts, des reformistisch vergesellschafteten Kapitals. In beiden Fällen werden die Arbeiter von innen angegriffen, in beiden Fällen wird an einer von den Arbeitern gar nicht praktizierten Klassenspaltung gedreht, wenn auch die Arbeitsemigranten in den Kämpfen die aktiven Kerne bilden. Der gesamte Unterdrückungsapparat einschließlich dem alltäglich-gewerkschaftlichen wird aufgeboten, um hinter dem Schleier dieser inszenierten Klassenspaltung zu operieren. In beiden Fällen laufen die Fäden beim Werkschutz, den Pinkertons der Unternehmer, zusammen, die gerade in den letzten Jahren systematisch aufgebaut wurden, um die kapitalistische Arbeitsorganisation unter dem Zwang der Zuchthausbedingungen aufrechtzuerhalten. Die Arbeit ist in der Tat zur Zuchthausarbeit geworden. Die von den Arbeitern erlebte Entfremdung, die sich aus totaler Ent-Intellektualisierung ihrer Arbeitsinhalte, aus monoton wiederholten Bewegungen einzelner Muskelgruppen oder Sinnesfunktionen und aus der Erfahrung einer totalen Kontrolle aller Lebensäußerungen durch einen perfektionierten kapitalistischen Gebrauch der Maschinerie zusammensetzt, kann schwerlich noch überboten werden. Und da das Zuchthaus Fabrik Wirklichkeit geworden ist, können nur noch Zwang und Gewalt den Verkäufer von Arbeitskraft in Bewegung halten, aber nur deshalb, weil er sie verkaufen muß, um vom Arbeitslohn zu leben. Mit dem Produktionsziel und den Arbeitsinhalten ist er durch nichts mehr verbunden. Diejenigen Massenarbeiter, die inzwischen zu kämpfen gelernt haben, machen erstmals in ihrer Praxis wahr, was Marx - und zwar der verschollene Marx, nicht der, den die "Marxisten-Leninisten" meinen - als Strategie des revolutionären Arbeiterkampfs gegen einen reifen Kapitalismus entwickelte: den unmittelbaren Angriff gegen die kapitalistische Arbeitsorganisation, gegen die kapitalistische Arbeit. (35) Erstmals entstehen in der Klassenrealität Ansätze, die zur Hoffnung berechtigen, daß die Arbeiter selbst ein neues Verhältnis zwischen ihrer Zusammensetzung, ihrer aufkeimenden Autonomie gegen das Kapital und ihrer revolutionären Organisation für die bewaffnete Arbeitermacht zustandebringen. Daran werden sie auch nicht die verschiedenen Gruppen der neuen Linken zu hindern vermögen, die ihnen unter bewußter Negation der heutigen Kampfbedingungen rückwärts gewandte und überlebte Organisationsmodelle anzubieten beginnen. (36)
Aber, wir haben es in den letzten Monaten miterlebt, den ersten Kristallisationspunkten des proletarischen Klassenwiderspruchs steht eine ungeheuer erfahrene Gewaltmaschine gegenüber, die entschlossen ist, jeden aufkeimen-

(35) Vgl. dazu ausführlich: Proletarische Front (Hrsg.), Arbeiterkampf in Deutschland. Klassenzusammensetzung und Kampfformen der Arbeiter seit dem Nationalsozialismus, Trikont-Verlag, München 1973.

den Ansatz von revolutionärer Arbeiterorganisation mit allen Mitteln auszutreten. Diese Gewaltmaschine erweist sich in den meisten Fällen als überaus flexibel. Dieselben Gewerkschaften, die sich jüngst an den Knüppelorgien der Unternehmer beteiligten, gehen wenige Wochen nach der Niederschlagung der Kämpfe dazu über, einen Teil der Parolen der Bandarbeiter: Wegfall der diskriminierenden unteren Lohngruppen, Verringerung der Bandgeschwindigkeiten, für die anstehenden neuen Tarifverhandlungen zu übernehmen. Auch die Unternehmer starten großangelegte Versuche, um die neue proletarische Auf-

(36) Auf jeden Fall befriedigt uns die Unbekümmertheit nicht, mit der sich eine Reihe linker Gruppen dieses Themas entledigen. Um genauer zu werden: wir akzeptieren die Entscheidung dieser Gruppen nicht, mit der sie unter konsequenter Mißachtung der aktuellen Klassenkonstellation die Organisationsfrage angehen. Es wirkt nachgerade frivol, wenn die "Kommunistische Gruppe-NRF" Heidelberg (jetzt: "Kommunistischer Bund Westdeutschlands") nach ihrem wichtigen Bericht über die Ereignisse bei John Deere schreibt, sie bleibe dabei, "in beharrlicher Massenarbeit die Kämpfe in den Betrieben mit voran(zu)treiben und in diesen Kämpfen den Kampf um die Gewerkschaften als ein Kampfinstrument der Arbeiterklasse gegen die sozialdemokratischen Machthaber in den Gewerkschaften zu führen" (Der Streik bei John Deere, op.cit. S.4). Kein Wort über die Rolle, die die Genossen im Vertrauensleutekörper bei John Deere spielten, kein Wort über ihre Feigheit und Kopflosigkeit angesichts der brutal zupackenden Repression, die vielleicht gerade der organisatorischen Verweigerung jeder selbständigen Taktik außerhalb des Gewerkschaftsapparats entspringt - stattdessen volle Bekräftigung einer defensiven, illusionären, ohnmächtigen, der ungeheuren Dynamik der bevorstehenden Kämpfe hinterherhinkenden Linie. Aber wir können auch die Genossen der KPD nicht verstehen, die auf ihre Weise sich weigern, den Rubikon zu überschreiten. Die Arbeitsemigranten haben bei Ford ein autonomes Streikkomitee gebildet, und die KPD-Genossen haben es unterstützt mit der Begründung, "selbständige" "Streikleitungen" seien ein Instrument nicht etwa zur Stabilisierung erster Ansätze einer revolutionären Arbeiterorganisation außerhalb des gewerkschaftsreformistischen Integrationsinstruments - sondern zur Stärkung der von der KPD propagierten "Revolutionären Gewerkschaftsopposition" (RGO). Es ist unbedingt nötig, von der rein anti-institutionell begründeten Kritik an den reformistischen Grenzträgern des Kapitals wegzukommen und den Zusammenhang von Klassenzusammensetzung und revolutionären Arbeiterorganisation voranzutreiben. Aber muß dies unbedingt, unter voller Mißachtung der aktuellen Klassenrealität und der gegen sie gerichteten Repression, als prinzipielle Wiederholung der RGO-Politik der KPD gegen Ende der Weimarer Republik geschehen? Weichen nicht auch die KPD-Genossen vor den entscheidenden Konsequenzen zurück, die die Massenarbeiter jetzt zu ziehen beginnen, wenn sie angesichts der gegenwärtig massenhaften Austritte der Ford-Arbeitsemigranten aus der IG Metall feststellen, "daß es nicht der richtige Weg ist, aus der IG Metall auszutreten, weil man so die Möglichkeit verschenkt, gegen die reaktionäre Gewerkschaftsführung zu kämpfen"? (Rote Fahne Nr.37, S.4) Als ob es in einer revolutionären Arbeiterorganisation, die außerhalb der von der KPD propagierten und rekonstruierten absurden Trennung von "wirtschaftlichen" (RGO) und "politischen" (KPD) Kämpfen steht, nicht eher möglich wäre, einen konsequenten Kampf für die Verbindung von Arbeiterautonomie und revolutionärer Arbeitermacht aufzunehmen? Stattdessen werden unhinterfragt und unter voller Mißachtung der Klassenzusammensetzung, der Kampfformen und des von daher zu entwickelnden Prinzips der Arbeiterorganisation ehrwürdige Modelle des Klassenkampfs reaktiviert. Ein solches Verhalten birgt die Gefahr in sich, daß alle diese ernsthafen Initiativen noch schneller als ihre historischen Vorbilder scheitern werden. Es ist gespenstisch zu sehen, wie sich die KPD bei der Legitimation ihrer Strategie auf der Basis einer idealistischen und geschichtslosen Institutionenkunde auf die "Rote Gewerkschaftsinternationale" und die deutsche "RGO" beruft. (Vgl. Verlag Rote Fahne, Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, Bd.I/II, 2.Aufl.1973).

sässigkeit zu integrieren, Versuche, die von neuen Prämienlohnsystemen bis zum "job enlargement", der Einschränkung der Monotonie der Fließbandarbeit, reichen. Ganz abgesehen von den jüngsten Manövern des kapitalistischen Planstaats, in denen alles mobilisiert wird, um den inflationsbedingten Abzug vom Reallohn, die härteste Waffe und Antwort auf die Lohnkämpfe seit 1969, wieder einzuschränken. Überall werden neue Weichen gestellt. Die nackte Unterdrückung der Arbeiter kann für die Gewerkschaften und die Unternehmer nur eine vorübergehende Notmaßnahme sein, eine Welle reformistischer Initiativen folgt ihr auf dem Fuß, um die zusammengeschlagene Arbeiterautonomie wieder auf die friedlichen Bahnen einer beschleunigten kapitalistischen Entwicklung umzuleiten.
Angesichts dieses komplexen Gegenangriffs auf die Arbeiter bezweifeln wir die Möglichkeit, ihm ausschließlich auf der Basis der jüngsten Erfahrungen eine revolutionäre Antwort zu erteilen in dem Sinn, daß die weitere Entfaltung der Arbeiterkämpfe vorangetrieben wird. Der reformkapitalistische Planstaat operiert auf allen seinen Ebenen mit den Erfahrungen einer über hunderjährigen Klassengeschichte. Er hat eine wahrhaft eherne Gewaltmaschine aufgebaut, um die Klasse, von deren Mehrarbeit er sich mästet, im Zaum zu halten. Die Arbeiter werden diese Gewaltmaschine nur dann zu zerstören vermögen, wenn sie ihr mit den Erfahrungen ihrer eigenen Kampfgeschichte gegenübertreten; wenn sie lernen, historisch bewußt zu handeln; wenn sie die systematische Zerstörung ihrer eigenen Vergangenheit außerhalb des Kapitals, so, wie sie das kapitalistische Monstrum tagtäglich betreibt, verhindern; wenn sie bereit sind, ihre eigene Kampfgeschichte in ein Instrument der revolutionären Zerstörung des Ausbeutersystems umzuwandeln.
In diesem Buch stellen wir uns die Aufgabe, vom Arbeiterstandpunkt her zur Klärung des Verhältnisses von Arbeiterkampf und kapitalistischem Gegenangriff in der Klassengeschichte der letzten 100 Jahre beizutragen. Wie haben die Unternehmer im Verlauf der proletarischen Kampfzyklen das Verhältnis von ökonomischem und politischem Kommando über die Arbeiter bestimmt? Warum sind die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften endgültig zu einem Bestandteil der kapitalistischen Kontrolle über die Arbeitskraft geworden? Wie wirken Unternehmer und Gewerkschaften heute gemeinsam auf die Struktur der Ausbeutung in Fabrik und Gesellschaft ein? Welche Rolle spielen sie bei der Kombination der Arbeitsorganisation, dem alltäglichen Instrument der Gratisaneignung von Mehrarbeit, mit dem Werkschutz und den übrigen außergewöhnlichen Repressionsorganen? Das sind alles Fragen, die für die anstehenden Diskussionen zur Bestimmung des Verhältnisses von Klassenzusammensetzung, Arbeiterautonomie und bewaffneter Arbeitermacht gegen den kapitalistischen Staat zentrale Bedeutung haben.

II. Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff vor dem Nationalsozialismus

1. Eine Arbeiterklasse – zwei Arbeiterbewegungen

In den beiden letzten Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende hatte sich die Struktur der deutschen Arbeiterklasse sprunghaft geändert. Die industrielle Revolution hatte aufgrund innerer Phasenverschiebungen, intensiver staatlicher Eingriffe und geographischer Differenzierungen (1) eine enorme Polarisierung des produktiven Gesamtarbeiters zur Folge gehabt. In den Zentren der kapitalistischen Entwicklung, von denen seit 1830 die industrielle Umwälzung Preußen-Deutschlands ausgegangen war, hatte sich ein neuen Arbeitertypus herausgebildet. (2) Dieser Typus war fähig, aufgrund seiner besonderen Stellung in der Fabrik sich gegen die kasernenhofmäßige

(1) Vgl. dazu P. Benaerts, Les origines de la grande industrie allemande, Paris 1933; H. Mottek, H. Blumberg, H. Wutzmer, W. Becker, Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960.

(2) Informationen über das Verhältnis von wirtschaftlicher Entwicklung und Arbeiterklasse liefert vor allem D. Petzina, Materialien zum sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 17. Jg. 1969, S. 308 ff. Vgl. auch J. Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871 bis 1900 (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus Bd. 3), Berlin 1962. Wichtige Angaben über das Verhältnis von Mobilität und innerer Umschichtung der Arbeiterklasse enthält W. Becker, Die Bedeutung der nichtagrarischen Wanderungen für die Herausbildung des industriellen Proletariats in Deutschland, in: Studien zur Geschichte der industriellen Revolution, op. cit. S. 209 ff.

und patriarchalisch organisierte preußisch-deutsche Wirtschaftsdespotie (3) erfolgreich abzugrenzen. Der erste historisch bedeutsame status quo zwischen Kapital und Arbeit wurde in Deutschland durch die Facharbeiter hergestellt. (4) Der hochspezialisierte Arbeiter-Techniker einiger mittlerer, für den gesamten Reproduktionszyklus jedoch keinesfalls bedeutungsloser, Industriezweige begann aufgrund dessen die Bewegung der gesamten Klasse zu kontrollieren. Es handelte sich um die qualifizierten Arbeiter in solchen Branchen, die ihre entscheidende Aufschwungsphase erst vor sich hatten, jedoch schon in der Phase ihrer Herausbildung für die Verbreiterung des Industrialisierungsprozesses unerläßlich waren - allen voran die Maschinenindustrie. (5) Diese verteilte sich auf mittlere Betriebe mit durchschnittlich 2000 Beschäftigten und war innerhalb der traditionellen Zentren der industriellen Revolution: in Berlin, Sachsen, Württemberg, Rheinland - angesiedelt. Vor allem Werkzeugmaschinen wurden produziert. (6) Ein entscheidendes Charakteristikum war die Herausbildung immer neuer Teilsektoren, die vor dem ersten Weltkrieg jedoch wegen ihres relativ schwachen ökonomischen Potentials außerhalb der zentralen Schaltstellen der industriellen Gesamtproduktion blieben: die Auto-, Fahrrad- und Flugzeugindustrie, die feinmechanische und optische Industrie, der Präzisionsinstrumentenbau und die Produktionsstätten für elektromagnetische Apparaturen sowie anfänglich überhaupt die Elektroindustrie. (7) In allen diesen Industriezweigen war die Arbeitsorganisation auf den Facharbeiter zugeschnitten. Die Beschränkung auf Einzelprodukte und allenfalls Kleinserien verhinderte bei aller anfänglichen Entwicklungsdynamik innerhalb dieser Branchen eine nennenswerte

(3) Dazu grundsätzlich H. Mottek, Zu einigen Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer gesellschaftlichen Bedingungen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (im folgenden abgekürzt JWG), 1964, T.II/III, S.182 ff.

(4) Über ein wichtiges Beispiel der Erkämpfung des status quo vgl. H.Stöbe, Der große Streik der Chemnitzer Metallarbeiter zur Durchsetzung des Zehnstundentages im Jahre 1871, in: Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt, H.10, Karl-Marx-Stadt 1962. Zur Analyse der Veränderung in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit auf Betriebsebene wäre insbesondere: Autorenkollektiv unter Leitung von W.Schumann, Carl Zeiss Jena einst und jetzt, Berlin 1962, I.Kap., S.13 ff. heranzuziehen.

(5) Vgl. E.Barth, Entwicklungstendenzen der deutschen Maschinenbauindustrie von 1870-1914, Berlin 1973, im Druck; W.Becker, Das Maschinenbauproletariat, in: A.Schröter, W.Becker, Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1962, S.221 ff.

(6) Über die regionalen Zentren der Maschinenindustrie liegt eine Fülle von Einzeluntersuchungen, insbesondere Dissertationen, vor. Vgl. dazu die ausführliche Bibliographie in: A.Schröter, W.Becker op.cit. S.279 ff.

(7) Die Struktur dieses Differenzierungsprozesses in der metallverarbeitenden Industrie ist noch nicht ausreichend untersucht. Vgl. allenfalls J.Kuczynski, Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus Bd.14), Berlin 1962; S.Richter, R.Sonnemann, Zur Problematik des Übergangs vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus in Deutschland, in: JWG, 1963, T.II; sowie L.Graf v.Schwerin von Krosigk, Die große Zeit des Feuers. Der Weg der deutschen Industrie, 3 Bde., Tübingen 1957-1959.

Kapitalfixierung. Fast ausnahmslos wurden Präzisionsarbeiten in Metallverarbeitung ausgeführt. Der Produktionsarbeiter war noch nirgends von der technologischen Struktur und überhaupt dem Produktionsziel abgetrennt. Die Unternehmer-Erfinder der gerade entstehenden Industriezweige waren auf die unmittelbare Kooperation mit den Arbeitern angewiesen (8); in einer Fülle von Einzelmonographien ist der weitreichende Einfluß der hochqualifizierten Produktionsarbeiter auf die Realisierung der wichtigsten Erfindungen im Produktionspotential dieser Branchen bezeugt. (9) Ohne den Erfindungsgeist und ohne die vollständige Identifikation des Facharbeiters jener neuen Unternehmen mit dem Produktionsziel wäre die bald dominierende Stellung der deutschen Investitionsgüterindustrien auf dem Weltmarkt um die Jahrhundertwende undenkbar gewesen.
Aus der professionellen Stellung dieses Arbeitertypus der wilhelminischen Ära darf indes nicht gefolgert werden, daß er zwar den rüden Betriebsmilitarismus der damaligen Zeit ausgehöhlt, sich dafür aber umso konsequenter dem Unternehmerkommando über seine Arbeitkraft unterworfen hätte. Ganz im Gegenteil: der Facharbeiter der Ära vor dem ersten Weltkrieg war sich des Werts seiner Arbeitskraft durchaus bewußt. Die Arbeiter der optischen und feinmechanischen Industrie Sachsens und Württembergs, der Werkzeug- und Präzisionsmaschinenindustrie Berlins haben ihre Haut so teuer wie möglich zu Markt getragen. Sie haben den Kapitalisten in vielen Betrieben lange vor der Novemberrevolution den Achtstundentag, den freien Samstag und erhebliche Konzessionen an den Reallohn abgetrotzt. (10) Das war ihnen möglich, weil die erreichte Arbeitsteilung sich durch einen unaufhörlichen politischen Druck im Rahmen des status quo festschreiben ließ. Die Facharbeiter waren die tragende Säule der Sozialdemokratie und der "Generalcommission" der freien Gewerkschaften.(11) Ganz gleich, ob einfache Zeitlöhner oder Meister, wußten sie aufgrund ihrer Stellung in der Produktionsorganisation genau zwischen der Gebrauchswertstruktur der Pro-

(8) Auf die Besonderheiten hinsichtlich der Klassenzusammensetzung geht noch am ehesten E.J Hobsbawm ein. Vgl. vor allem sein Buch: Labouring Men. Studies in the History of Labour, London 1964. Die besten Monographien zum Verhältnis zwischen Arbeiter-Techniker und Unternehmer-Erfinder finden sich in der von C.Mathschoss herausgegebenen Serie: Beiträge zur Geschichte der Technik und der Industrie. Jahrbuch des Vereins Deutscher Ingenieure (bis 1930 20 Bände).

(9) Vgl.: Carl Zeiss Jena einst und jetzt, op.cit., sowie exemplarisch für die Verhältnisse in der Luftfahrtindustrie H.Radandt, Hugo Junkers - ein Monopolkapitalist und korrespondierendes Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften, in: JWG, 1960, T.I, S.53 ff., bes. S.56 f.

(10) Dabei darf freilich nie vergessen werden, daß sich diese Erfolge immer im engen Rahmen der von den Facharbeitern dominierten Unternehmen wie Bosch, Zeiss, Leitz usw. hielten. Zur Entwicklung der Reallöhne in dieser Zeit vgl. G.Bry, Wages in Germany 1871-1945, Princeton 1960.

(11) Zum Zusammenhang zwischen Facharbeiter und Arbeiterorganisation sei verwiesen auf D.Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869-1890. Ihre Organisation und Tätigkeit, Leipzig 1964, sowie ders.,Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890-1914). Dokumente und Materialien, Leipzig 1962; B.Goldenberg, Beiträge

duktion und der kapitalistischen Verwertungsdynamik zu unterscheiden. Die sozialdemokratische Parteischule mitsamt den diversen Bildungsvereinen der damaligen Arbeiterbewegung rechneten ihnen Tag für Tag vor, wieviel die Unternehmer ihnen wöchentlich an unbezahlter Arbeitszeit vorenthielten; und das in einer Situation, wo die Arbeiter ohne jede Produktionsstörung auch die höheren Aufsichtsposten der Produktion hätten unter Kontrolle bringen können. Deshalb bestand für sie der Grundwiderspruch des Systems auch gar nicht auf Fabrikebene; ihre sozialistische Ideologie setzte an der Sphäre der Mehrwertrealisierung an, am Schein der Konkurrenz, welche es nur zu beseitigen galt, um zum Sozialismus, d.h. zu einer beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung überzugehen. (12) Der Übergang zum Sozialismus erschien infolgedessen als eine relativ harmonische und harmlose Operation auf gesellschaftlicher Ebene. Für den Durchschnittsarbeiter der Maschinenindustrie war es ein Leichtes, im Fall trotzdem auftretender betrieblicher Konflikte vom gefährdeten status quo innerhalb der kapitalistischen Produktionsmaschinerie in den allmählich entstehenden Journalisten- und Beamtenapparat von Gewerkschaften und Sozialdemokratie überzuwechseln. Er konnte sich jederzeit eine politische Konstellation ausmalen, in der es ohne Schwierigkeiten gelingen würde, die ohnedies vom Staat schon arg gegängelten Kapitalisten auf friedlich-parlamentarischem Weg auszuschalten und die Produktion ohne Privatunternehmer auf der Kommandohöhe des sozialistischen "Volksstaats" beschleunigt fortzuführen. Der professionelle Arbeiter war also tragende Säule und Motor des wilhelminischen Arbeiterreformismus. Es war kein "Verrat", sondern politischer Ausdruck der Stellung des Facharbeiter-Technikers in der Produktion, daß für ihn die proletarische Revolution eine Sache des geduldigen Abwartens, der kleinen Schritte, des "Hinüberwachsens" durch kontinuierlichen institutionellen Druck, des kontinuierlichen und reibungslosen Fortgangs des Produktionsflusses, kurzum: eine Sache jenseits der Unordnung, der revolutionären Gewalt und des bewaffneten Aufstands war. (13) Für die-

zur Soziologie der deutschen Vorkriegssozialdemokratie, Diss.phil. Heidelberg o.J. (1930); G.Griep, Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (1890-1914), Berlin 1960; C.Schorske, German Social Democracy 1905-1917. The Development of the Great Schism, Cambridge/Mass. 1955.

(12) Es gibt inzwischen einige Untersuchungen, die die klassische sozialistische Ideologie des deutschen Zentrums und der II. Internationale kritisch analysieren. Viel wichtiger wäre es freilich, einen differenzierten Zusammenhang mit der materiellen Basis einer solchen strategischen Linie herzustellen. Erste Ansätze dazu finden sich bei M.Tronti, Operai e Capitale, Torino 1966. Die 1971 vom Frankfurter Verlag "Neue Kritik" angekündigte deutsche Ausgabe steht leider immer noch aus.

(13) Das war von Anfang an der dominierende Inhalt des sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Strategiemodells. Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie konsequent Sozialdemokratie und Gewerkschaften jeder Konfrontation mit dem Unterdrückungsapparat aus dem Weg gingen und beispielsweise dem Heer die Initiative überließen. Informativ, wenn auch ganz im Sinn des Ausbeutersystems, ist dazu R.Höhn, Der Kampf des Heeres gegen die Sozialdemokratie (Sozialismus und Heer Bd.III), Bad Harzburg 1969.

se Mentalität mußten die Kapitalisten teuer bezahlen, und die Obrigkeit wachte mit Argusaugen darüber, daß sie die fälligen Rechnungen immer rechtzeitig beglichen. Der status quo mit dem Facharbeiter kostete das wilhelminische System riesige Summen, nachdem die Verfolgung des politischen professionellen Arbeiters durch den preußisch-deutschen Staatsapparat 1890 kläglich gescheitert war.(14) Aufgrund dieser Konzessionen, die auf gesellschaftlicher Ebene nur ausdrückten, wie stark die Arbeitsorganisation der neuen expansiven Industriezweige auf den status quo mit einem disziplinierten, hochqualifizierten und selbstbewußten Arbeitertypus angewiesen war, war die innere Entwicklungsdynamik des preußisch-deutschen Kapitalismus rasch erstarrt. Im Gegensatz zu den USA ist die "Große Depression" nur in ganz wenigen der großen deutschen Wirtschaftskontore als Signal für einen radikalen Angriff gegen die festgefügten Produktionsbedingungen verstanden worden. (15)
Wir haben die sozialökonomische Stellung des Facharbeiters der wilhelminischen Ära deshalb so ausführlich rekapituliert, weil dieser bis weit über den ersten Weltkrieg hinaus Bewegung und Kampfformen der deutschen Arbeiterklasse bestimmte. Daraus dürfen wir freilich nicht kurzsichtig ableiten, daß die deutsche Arbeiterklasse vor dem ersten Weltkrieg in ihrer sozialen Zusammensetzung überwiegend aus Facharbeitern bestanden hätte. Auch damals war der professionelle Arbeitertypus nur eine schmale, wenige Industriezweige von der Arbeiterseite her beherrschende Schicht der Arbeiterklasse, und wenn man die schmale Basis bedenkt, von der her die Klassenbeziehungen institutionalisiert wurden, tun sich Abgründe auf - Abgründe, auf die mit imperialistischer Expansion und Weltkrieg zu antworten sich der kapitalistisch-reformistische Institutionskomplex recht reibungslos geeinigt hat. (16) Es war lediglich die aus der besonderen Stellung innerhalb der Produktion herrührende soziale Aktivität, die den Facharbei-

(14) Vgl. dazu exemplarisch D. Fricke, Bismarcks Prätorianer. Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1871-1898), Berlin 1962, sowie: Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878-1890 (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3/I und II), Berlin 1956.

(15) Eine entscheidende Ausnahme machte die Eisenhüttenindustrie, wo Ende der 80er Jahre der Übergang zur Massenproduktion vollzogen wurde. Dazu W. Mühlfriedel, Die Geschichte des Eisenhüttenwesens in Westdeutschland von 1870 bis 1900, Leipzig 1970; als zeitgenössische Darstellung über die Einführung des Thomas-Bessemer-Verfahrens W. Rabius, Der Aachener Hütten-Aktien-Verein Rote Erde 1846-1906, Jena 1906.

(16) Von dieser Einsicht her wäre die sich seit 1907 voll durchsetzende Sozialdemokratie zu reflektieren. Interessante Fakten dazu liefert H. Chr. Schröder, Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzungen der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der "Weltpolitik" vor 1914, T. I, Hannover 1968. Vgl. parallel dazu R. Höhn, Der militärpolitische Reviosionismus innerhalb der Sozialdemokratie und die Armee, in: ders., Sozialismus und Heer Bd. III, op. cit. S. 566 ff., über die Pressure-Funktion Noskes S. 595 ff. Der DDR-Historiker W. Wittwer (Streit um Schicksalsfragen. Die deutsche Sozialdemokratie zu Krieg und Vaterlandsverteidigung 1907 bis 1914, Berlin 1964) hingegen versucht für das patriotische Geschichtsbild der SED zu retten, was zu retten ist.

ter zur dominierenden Figur in der damaligen Arbeiterbewegung machte. Demgegenüber ist die Geschichte der quantitativen Mehrheit der damaligen Arbeiterklasse, ihrer Ausbeutungssituation und ihrer Kampfformen, bis heute noch ungeschrieben. Nicht, daß es an Archivmaterialien oder Einzeluntersuchungen mangeln würde, anhand derer es möglich wäre, die teilweise heftigen Kämpfe jener Industriesektoren und Regionen zu rekonstruieren, in denen der professionelle Arbeiter nicht nur politisch, sondern auch von der sozialen Zusammensetzung des Gesamtarbeiters her sich auf die Funktion des Unteroffiziers der Produktion beschränkte bzw. eine einflußlose Randerscheinung war. (17) Es liegt vielmehr an der Kontinuität einer rückwärtsgewandten und sich von Bebel über Spartakusbund und KPD definierenden Historiographie der Arbeiterbewegung, die seit der Massenstreikdebatte von 1904/05 - und auch da nur in einem fragmentarischen, von der äußersten Linken um Pannekoek und Luxemburg getragenen Ansatz (18) - nicht mehr fähig war, auf die Zusammensetzung und die Kampfformen der von ihr repräsentierten Klasse in ihrer gesamten Spannweite zu reflektieren. Gerade gegen den ungelernten Handlanger und den nichtprofessionellen Schwerarbeiter hat sich jedoch eine kapitalistische Repression gerichtet, die ohne Zweifel in ersten Vorstufen das an Gegenangriff entwickelt hat, was heute die vorherrschende Schicht der Arbeiterklasse, den Massenarbeiter, trifft. Wenn wir uns damit auseinandersetzen wollen, müssen wir die ausgetrampelten Pfade einer zur Legitimationsgeschichte degenerierten Geschichtsschreibung der II. und III. Internationale mitsamt ihrer trotzkistischen Häresie verlassen. Wir müssen uns jenen proletarischen Schichten zuwenden, die als extrem ausgebeutete Pariaschicht in einer Art Lückenbüßerfunktion den Konzentrationsprozeß des professionellen Arbeitertypus in den neuen Industriezweigen zu ergänzen hatten.
Wir denken dabei vor allem an die osteuropäischen Wanderarbeiter, die von den Junkern mit besonderen Methoden der Arbeitskräfterekrutierung zur Auffüllung des Landarbeiterreservoirs herangezogen wurden, nachdem die deutschen Landarbeiter und Dorfhandwerker seit den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts in die Industriegebiete Sachsens, Mitteldeutsch-

(17) Bemerkenswerterweise stammen diese Einzeluntersuchungen kaum von Historikern, die mehr oder weniger offen unter dem Zwang zu einer apologetischen Darstellung der deutschen Arbeiterkämpfe stehen - sie würden dem traditionell reformistischen Geschichtsbild zu eklatant zuwiderlaufen. Die Schilderung der Arbeiterkämpfe macht beispielsweise in einem DDR-Standardwerk zur deutschen Geschichte zwischen 1871 und 1897 ganze 4 Seiten aus. Vgl. E. Engelberg, Deutschland von 1871 bis 1897. Lehrbuch der deutschen Geschichte - Beiträge Bd. 8, Berlin 1967, S. 253-256.

(18) Vgl. dazu den von A. Grunenberg herausgegebenen und eingeleiteten Sammelband: Die Massenstreikdebatte. Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Anton Pannekoek, Frankfurt 1970. Aber selbst in der äußersten Linken ist wenig von der revolutionären Initiativkraft der Arbeiter in ihrem ganzen internationalen Ausmaß zu spüren. Über die Bedeutung der damaligen Kämpfe vgl. M. Dubovski, The Origins of Western Working Class Radicalism 1890-1905, in: Labor History Bd. 7, 1966.

lands und Berlins abgewandert waren. (19) Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Reichs waren schon damals merkwürdig modern anmutenden Ausbeutungsbedingungen unterworfen. Anwerbung und Arbeitsnachweise waren sehr früh zentralisiert, dadurch waren die Emigranten von Anfang an vom "freien" Arbeitsmarkt abgetrennt. Die Transporte in die "Schnitterkasernen" wurden scharf überwacht. Aus der anfänglich einfachen Bindung an den jeweiligen Arbeitsplatz wurde bald ein System der Zwangslegitimierung entwickelt, womit sich die Großgrundbesitzer die Voraussetzung für umfassende Kontroll- und Repressionsmaßnahmen selbst zuschanzten. Da sie selbst die Polizei- und Justizgewalt der Landratsämter ausübten, waren für sie die Handhabung einer umfassenden Lohndiskriminierung, willkürliche Bestrafungssysteme für "Kontraktbrüchige" und aufsässige Arbeiter, Kasernierung und Zulassungs- und Abschiebungsaktionen je nach "Moral" der ausgebeuteten Emigrantengruppen zur Selbstverständlichkeit geworden. Wenn die Polizeigewalt einmal nicht ausreichte, wurde auf "Landschutz"-Organisationen zurückgegriffen, meist ostpreußisch-pommersche Kriegervereine, die bedenkenlos die Geschäfte der Junker besorgten.(20)
Eine ähnliche Methode zur Herstellung einer absolut rechtlosen Pariaschicht des Gesamtarbeiters finden wir auch in der schlesischen, mitteldeutschen und nordrhein-westfälischen Bergbau- und Hüttenindustrie. Hier werden innerhalb von zwei Jahrzehnten in einem ungeheuren Konzentrationsprozeß die traditionellen Produktionsstrukturen des Bergbaus reorganisiert und moderne schwerindustrielle Kombinate aus dem Boden gestampft. (21) Und hier verzichten die Unternehmer im regionalen Wirtschaftsboom auf jeglichen status quo mit der Arbeitskraft. Der Abbau von Braunkohle in Mitteldeutschland, von Steinkohle in Schlesien und im Ruhrgebiet und der Kupferschieferbergbau im Mansfeldischen finden nach wie vor unter rigider Ausbeutung von lebendiger Arbeit statt. Vor Ort halten es die Zechenherren für absolut überflüssig, jenseits von Hacke und Brecheisen irgendwelche technische Verbesserungen einzuführen; sie beschränken sich auf solche Innovationen,

(19) Die Wanderungsbewegungen stellt W. Becker (Die Bedeutung der nichtagrarischen Wanderungen (...), op. cit.) ausführlich dar. Vgl. auch H. Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. II, 2. durchges. Aufl., Berlin 1969, Kap. X, S. 221 ff.: Die Arbeiterklasse.

(20) Hinsichtlich der Lage der ausländischen Landarbeiter in Deutschland ist auf die vorzügliche Untersuchung von Johannes Nichtweiss, Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches, Berlin 1959, hinzuweisen. Vgl. auch F. Rehbein, Das Leben eines Landarbeiters, Jena 1911, eine Autobiographie von großer Authentizität.

(21) Es gibt eine reichhaltige Literatur über die Umwälzung der Ausbeutungsverhältnisse und der Produktion im Ruhrgebiet seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts. Verwiesen sei auf H. Croon, Die Einwirkungen der Industrialisierung auf die gesellschaftliche Schichtung der Bevölkerung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Rhein. Vjbl. Jg. 20, Bonn 1955, S. 301 ff.; W Mühlfriedel, op. cit.; N. J. G. Pounds, The Ruhr, Bloomigton 1952; K. Wiedenfeld, Ein Jahrhundert rheinischer Montanindustrie, Bonn 1916.

die einen beschleunigten Abtransport vor Ort und das Tiefertreiben der Schächte gestatten. (22) Deshalb wandern auch hier große Teile der deutschen Arbeiterklasse ab, soweit es ihnen nicht gelingt, zu Steigern und Obersteigern zu avancieren und an der Ausbeutung einer sozial umgewälzten Arbeiterschicht teilzuhaben. Denn auch hier zögert der alldeutsche Nationalismus keinen Augenblick, für eine intensivierte Knochenarbeit Arbeiterkolonnen aus Polen, Ruthenien und Galizien zu rekrutieren. (23) Schlesien, teilweise Mitteldeutschland und nicht zuletzt das Ruhrgebiet werden im Verlauf des zweiten Gründerbooms innerhalb weniger Jahre zu Zentren einer multinational zusammengesetzten Arbeiterklasse. In den Schächten, Fabriken und Quartieren findet sich kein Anhalt, der es denkbar macht, daß sich die multinationalen Arbeitermassen mit der Struktur der Ausbeutung identifizieren. Trotz der formalen Beseitigung der feudalen Fesseln im Jahr 1861 (24) haben die deutschen Zechenherren keinen Augenblick gezögert, all jene Momente nackter Grubendespotie wiederzuentdecken und auszubauen (25) welche eine sprunghafte Intensivierung der Ausbeutung gestatteten - die Barone der großen Hüttenwerke, die allerdings die Arbeitsbedingungen auch technologisch enorm umgewälzt hatten, standen ihnen da in nichts nach (26). Gegen eine der wichtigsten Kampfformen der Grubenarbeiter, den or-

(22) Zur Arbeitssituation in dieser Zeit vgl. vor allem: Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, Die Arbeitsverhältnisse im Steinkohlenbergbau 1912 bis 1928. Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Arbeitsleistung, Bd.I, Berlin o.J.; O.Hué, Die Bergarbeiter. Historische Darstellungen der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, Bd.II, Stuttgart 1913; sowie das noch immer unersetzliche Buch von H.Imbusch, Arbeitsverhältnisse und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau, Essen 1908.

(23) Zur multinationalen Zusammensetzung der Ruhr-Arbeiterklasse seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts sei vor allem verwiesen auf: Bibliographie über ausländische Arbeiter, in: Der Arbeitsmarkt. Monatsschrift des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, 1910/11, S.135-151; V.Bredt, *Die Polenfrage im Ruhrkohlengebiet, Leipzig 1909*; M.Koch, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II. (1889-1914), Düsseldorf 1954; St.Wachowiak, Die Polen in Rheinland-Westfalen, Leipzig o.J. (1916); H.-U.Wehler, Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918, in: ders. (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln-Berlin 1968.

(24) Vgl. dazu H.Imbusch, op.cit., 3.Kap. S.37 ff.: Die Arbeiterverhältnisse vor und nach der Einführung der neueren Berggesetzgebung, bes. S.92 ff.

(25) Dazu O.Hué, op.cit., Bd.2, S.238 ff.; H.Imbusch, op.cit., S.91 ff.; M.I.Koch, op.cit., S.13 ff., sowie für den Kupferschieferbergbau im Mansfeldischen K.Lärmer, Vom Arbeitszwang zur Zwangsarbeit. Die Arbeitsordnungen im Mansfelder Kupferschieferbergbau von 1673 bis 1945, Berlin 1961, S.121 ff.

(26) Die meisten Untersuchungen über den Betriebsdespotismus der Eisenhüttenindustriellen beschäftigen sich mit den Verhältnissen bei Krupp. Gemäß den "Betriebsreglements" waren "Treue", "unbedingter Gehorsam" und "anständiges Betragen" in und außerhalb der Fabrik Voraussetzung dafür, daß die Arbeiter überhaupt ihren Lohn erhielten. Im Reglement von 1856 war sogar vorgeschrieben, daß sich beurlaubte Arbeiter ihren Aufenthalt durch einen Urlaubsschein der zuständigen Polizeibehörde beglaubigen lassen mußten (§ 7). Bis weit über die Jahrhundertwende war der Produktionsprozeß der "Kruppianer" kasernenhofmäßig aufgemacht. Es gab Apelle in Reih und Glied, rüden Kommandoton und jeden nur erdenkbaren Drill; durch ein ausgefeiltes System von Arbeiter-

ganisierten Arbeitsplatzwechsel (27), werden neue Knappschaftsfesseln, unternehmenseigene Arbeitersiedlungen und die Überbleibsel des feudalen Herr-Knecht-Verhältnisses mitsamt ihren Uniformen, "Werkvereinen"(28) usw. wieder aufgebaut - eine Angelegenheit, die ebenfalls in der Eisenhüttenindustrie ihre absolute Entsprechung hat.(29) Und überall gehen die Zechenherren dazu über, unverschleierte Repressionsformen zu präzisieren: die verschiedenen "Arbeitsnachweise" haben ganz offen die Funktion von schwarzen Listen; die Zechenbeamten und Steiger beginnen seit den achtziger Jahren mit der Organisation von "Zechenwehren", die auf die Einhaltung der Betriebsreglements achten und jeden Ansatz von "Komplott" im Keim ersticken wollen. Sobald sich irgendwo die Kampfformen homogenisieren und die Arbeiter zum Massenstreik übergehen, wird eine breit angelegte Maschinerie der Aufstandsbekämpfung aufgebaut. (30) Trotzdem: Die Bergleute lassen sich nicht ohne weiteres disziplinieren. Ihre soziale Zusammensetzung: deutsche Kleinbauern-Proletarier, besonders hart ausgebeutete Kinder und Jugendliche und Arbeitsemigranten, macht es angesichts einer despotischen Arbeitsorganisation unmöglich, daß sie sich mit dem Straf- und "Nullensystem" (31) der Steiger und Grubenbeamten arrangieren. Dem kapitalistischen Gegenangriff haftet deshalb und im Zusammen-

siedlungen war jede Lebensäußerung auch außerhalb der Fabrik streng vorgeschrieben. Zu weiteren Einzelheiten vgl. vor allem R.Ehrenburg, Krupp-Studien, in: Thünen-Archiv, 3.Bd., Jena 1909, S.120 ff.; sehr anschaulich W.Manchester, Krupp - Zwölf Generationen, München 1968; sowie O.Neuloh, Die deutsche Betriebsverfassung und ihre Sozialformen bis zur Mitbestimmung, Tübingen 1956, S.153 ff.

(27) Diese Kampfform untersucht H.Seidl in seiner Monographie: Der Arbeitsplatzwechsel als eine frühe Form des Klassenkampfes der mittel- und ostdeutschen Braunkohlebergarbeiter in der Zeit von 1870 bis 1900, in: JWG, 1965, T.IV, S.102 ff.

(28) Zu den Knappschaftsfesseln vgl. W. Robbe, Die Knappschaftsfessel von Mansfeld. Ein Beitrag zur Geschichte der Lage und des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse in der Zeit von 1850 bis 1900, Berlin 1958; Zur verstärkten Einführung von werkseigenen Arbeiterkolonien - gerade auch für Arbeitsemigranten - siehe D.Fricke, Der Ruhrbergarbeiterstreik von 1905, Berlin 1955, S.30 ff.; zum systematischen Aufbau von "nationalen" bzw. "reichstreuen Werkvereinen" D.Fricke, Gelbe Werkvereine 1905-1928, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland 1830-1945, Bd.2, Berlin 1968, S.96 ff., sowie R.Lebius, Die gelbe Arbeiterbewegung, Berlin 1909.

(29) Dazu wiederum exemplarisch der Fall Krupp: T.Hunter, The Krupp's Model Town: A Type of German Feudalism, in: Review of Reviews, 1915; T.Kellen, Die Firma Krupp und ihre soziale Tätigkeit, Hamm 1903; G.v.Klass, Die Drei Ringe. Lebensgeschichte eines Industrieunternehmens, Tübingen 1953, passim.

(30) Vgl. Deutsches Zentralarchiv, Abt. Merseburg (im folgenden abgekürzt: DZAM), Rep.77 (Ministerium des Innern, Tit.2513, Nr.1, Adh. 4 ff.) betr. die Entsendung von Gendarmen und Militär in die Ausstandsbezirke 1889 ff.

(31) Das Straf- und "Nullensystem" war ein brutales Mittel zum Lohnabzug. Loren, die nach ihrer Ansicht zuviel taubes Gestein enthielten, wurden von den Obersteigern "genullt", d.h. als Arbeitsleistung annulliert. Gegen diese Willkür wie überhaupt gegen ein ausgefeiltes terroristisches Strafsystem gab es keine Beschwerdemöglichkeiten. Vgl. dazu O.Hué, op.cit. Bd.2, S.242 ff.; H.Imbusch, op.cit., S.97 ff. Imbusch zufolge wurde der große Ruhrbergarbeiterstreik unmittelbar durch Arbeiteraktionen gegen das Straf- und Nullensystem ausgelöst; siehe auch K.Lärmer, Vom Arbeitszwang zur Zwangsarbeit, op.cit., bes. S.160 ff.

hang mit einer teilweise außerordentlich rückständigen Technologie etwas Künstliches, von außen auf die Arbeitsorganisation Aufgestülptes an, dem sich die Arbeiter immer wieder erfolgreich entziehen. Die härtesten Kämpfe der wilhelminischen Ära werden von den Braunkohlenbergarbeitern Mitteldeutschlands und den Bergleuten des Ruhrgebiets geführt. (32) 1889, 1905, 1912 sind Jahreszahlen, die ihren Aktionszyklus markieren. (33) Und es bedarf eines riesigen repressiven Apparats, der in diesen Kämpfen entsteht, um die insurrektionelle Tendenz in den Bergarbeiteraktionen des Jahrs 1889 im Keim zu ersticken und die von der Bruchstraßen-Revolte ausgehende Massenstreikbewegung des Jahrs 1905 in ruhigeres Fahrwasser zu lenken. (34) Dieser Apparat wird anläßlich des Streiks von 1905 in einer Korrespondenz zwischen dem damaligen Reichsinnenminister Bethmann Hollweg und Wilhelm II. detailliert aufgeführt. (35) Bethmann Hollweg teilt u. a. mit, daß

(32) Wohlgemerkt: die professionelle Arbeiterbewegung ist an diesen Kämpfen zunächst überhaupt nicht und seit 1905 nur am Rande beteiligt. 1889 versucht die preußische politische Polizei vergeblich, der Sozialdemokratie eine Beteiligung am Bergarbeiterstreik nachzuweisen; vgl. D. Fricke, Bismarcks Prätorianer, op. cit., S. 275 f. Das gelang ihr nicht, weil es diese Querbeziehungen einfach nicht gab. In Essen, mitten im Streikgebiet, sind 1889 nur 9 Abonnenten des "Sozialdemokrat" gewesen. Vgl. Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Nachlaß Motteler, XI, Mappe 4.

(33) Materialien zu diesen großen Streikbewegungen:
1889: Akten Staatsarchiv Münster, RM 1037: Arbeitseinstellungen 1889; Streikbewegung 1889 bis 1892, OPräs. 2828-2830; DZAM, Rep. 77 (Ministerium des Innern, Tit. 2513, Nr. 1, Vol. 1-6); D. Fricke, Bismarcks Prätorianer, op. cit., S. 271 ff.; O. Hué, op. cit., Bd. 2, S. 354 ff.; H. Imbusch, op. cit. S. 277 ff.; M. J. Koch, op. cit. S. 33 ff.; K. Obermann, Der Ruhrbergarbeiterstreik 1889. Bemerkungen zu einem unbekannten Aufsatz von Friedrich Engels, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden abgekürzt: ZfG), 4. Jg. 1956, H. 2.
1905: Akten Staatsarchiv Münster, RD 15 925-15 931: Der Bergarbeiterausstand 1905; RD 15 924: Maßnahmen zur Unterdrückung von Aufständen der Bergarbeiter 1904 bis 1905. DZAM, Rep. 77, Tit. 2523, Nr. 1; 2525, Nr. 1. Aufsätze über den Streik der Bergarbeiter im Ruhrgebiet, Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, 17. H., Jena 1905; D. Fricke, Der Ruhrbergarbeiterstreik von 1905, Berlin 1955; O. Hué, op. cit. S. 575 ff.; H. Imbusch, op. cit. S. 566 ff.; M. J. Koch, op. cit. S. 77 ff.
1912: Akten Staatsarchiv Münster, RD 15 943: Arbeitswilligenschutz und Streikvergehen 1912; RD 15 939 - 15 942: Bergarbeiterstreik 1912; H. Imbusch, Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet im Frühjahr 1912, Köln 1912; M. J. Koch, op. cit., S. 121 ff.

(34) 1889 hatte es blutige Zusammenstöße zwischen den Arbeitern und den aufmarschierten Militäreinheiten mit einem Dutzend Toten und vielen Verwundeten gegeben; die Bergleute wurden dadurch enorm radikalisiert. Daraufhin wurde in den folgenden Jahren die Planung zur Aufstandsbekämpfung reorganisiert: einerseits wurde das gesamte Ruhrgebiet stillschweigend zum Glacis des Bürgerkriegs entwickelt, andererseits die Armee für äußerste Notfälle aufgespart und den Augen der Arbeiter entzogen. Vgl. dazu DZAM, Rep. 77, Tit. 2413, Nr. 1, Adh. 4, fol. 8f, 12 f.: Vorgehen des preußischen Militärs gegen die Bergarbeiter 1889; Akten Staatsarchiv Münster, RD 15 924: Maßnahmen zur Unterdrückung von Aufständen der Bergarbeiter 1904 bis 1905; O. Hué, op. cit., S. 542 ff.

(35) Vgl. Bethmann Hollweg an Wilhelm II., 12. 4. 1905. Deutsches Zentralarchiv Potsdam (im folgenden abgekürzt: DZAP), Reichsministerium des Innern, 7 006. Auszugsweise abgedruckt in D. D. Fricke, Der Ruhrbergarbeiterstreik von 1905, S. 176 f.

die Ruhrbarone inzwischen dabei seien, die "Zechenschutzwehren" endgültig als eigene Betriebspolizei aus den Steigern und unteren Grubenbeamten zu rekrutieren. (36) Die "Wehren" werden vom Staatsapparat postwendend mit dem status einer Hilfspolizei eingesegnet, damit das Zusammenspiel zwischen unmittelbarem kapitalistischen Gegenangriff auf Betriebsebene und äußeren Polizei- und Militärreserven funktioniere. (37) Das alles demonstriert, wie gering der Einfluß des professionellen Reformismus der "Generalcommission" und der verschiedenen Bergarbeiterverbände auf die Kampfformen der brutal ausgebeuteten Bergarbeiter ist, die sich immer wieder an der Forderung nach Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt entwickeln. (38) Es kann heute kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die fortgeschrittensten Klassenantagonismen der wilhelminischen Ära sich auf die 200.000 Bergarbeiter konzentrieren, denen ja auch die aggressivsten kapitalistischen Machtgruppen, die Ruhrbarone der Montanindustrie, gegenüberstehen; daß die politisch-gewerkschaftliche Hegemonie, welche der Facharbeiter auf die gesamte Klassenbewegung ausübt, nur formal-ideologischen Charakter besitzt - sie sollte trotzdem wegen ihres organisatorischen Potentials noch zu einem fatalen Bremsklotz der Arbeiterkämpfe werden.

Aber nicht nur die ostelbischen Landarbeiter und vor allem die Bergarbeiter distanzieren sich durch ihren tagtäglichen, unmittelbar gegen Arbeitsorganisation und Arbeitsteilung gerichteten Kleinkrieg von der Strategie des professionellen Arbeiterreformismus auf der realen Klassenebene. Auch die Arbeiterklasse der Küstengebiete macht den Unternehmern und dem Staat jenseits aller institutionellen Vermittlungsschritte schwer zu schaffen. In vielen Dokumenten klagen die Reeder und Werftkapitalisten mitsamt ihren Polizeibütteln die Arbeiter der großen Hafen- und Werftplätze eines rebellischen, immer wieder zu Unruhen und Aufständen tendierenden Verhaltens an. Wer die Akten und Untersuchungen beispielsweise über den Hamburger Seeleute- und Hafenarbeiterstreik von 1896/97 durchforscht (39), bekommt

(36) Ebd. Die Zechenwehren waren freilich nur Glied in der Kette eines feinmaschig organisierten Belagerungszustands. Bethmann Hollweg zählt sie nacheinander auf: Verstärkung der stationären Polizeikräfte, Überwachung der Dynamitlager sowie von Gas- und Wasserversorgung, Nachtdienst bei Post- und Telegrafenämtern, Absperrung der Zechenplätze, Versammlungsverbot, Ausbau des Spitzelsystems usw. usw.

(37) Minister des Innern v. Hammerstein, Notiz v. 21.1.1905 für den Herrn Reichskanzler und Ministerpräsidenten über Polizeimannschaften im Streikgebiet sowie Aufstellung von Steiger-Schutzwehren, DZAM, Rep.77, Tit.2513, Nr.1, Beih.10, fol. 70.

(38) Der Streik von 1905 wurde auf der Zeche Bruchstraße ausgelöst, als dort die Errungenschaft von 1889 - achtstündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt - zurückgenommen werden sollte. Vgl. D. Fricke, op. cit. S. 61 ff.

(39) Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 30, Tit. 94, Lit. H. Nr. 243, betr die politischen Zustände in Hamburg; Der Streik der Hamburger Hafenarbeiter 1896/97. Amtliche Darstellung nach den Akten der Abteilung II (politische und Criminal-Polizei) der Polizei-Behörde Hamburg, 1897; DZAM, Rep. 81, Hamburg, D 11, D 17, E, I-III.

eine ungeheuer kämpferische Klasse zu Gesicht. Ihre Aktionszyklen, die sich keinesfalls auf 1896/97 als einzigen Höhepunkt beschränken (40), laufen in exemplarischer Weise ab. Am Anfang stehen an Heftigkeit zunehmende Unruhen auf ein paar Schiffen und Kais, dort, wo die Knochenschinderei besonders unerträglich ist. Die Arbeit der Decksleute, Heizer und Trimmer ist an sich schon mörderisch; die quälende Hitze vor den Öfen, der ständige Lärm, Gestank und Staub in der Tiefe der Schiffe, aber auch die Härte der Stauarbeit, bei der Güter von durchschnittlich eineinhalb Zentnern in die letzten Schiffswinkel verladen werden müssen, werden mit wahren Hungerlöhnen bezahlt. In die Hafenarbeiterviertel - in Hamburg die berühmten "Gängeviertel" (41) - mit Wegen, die kaum zwei Leute nebeneinander passieren können, in diese Quartiere mit einer unglaublich zusammengepferchten Arbeiterklasse dringt nie das Sonnenlicht. Das sind die Lebensbedingungen einer barbarischen, homogenen und doch am Arbeitsplatz durch eine ausgefeilte Hierarchie gegeneinander ausgespielten Klasse, die gleichwohl ständig zur Revolte bereit ist. So ist es auch 1896/97, wo die Gewerkschaften innerhalb kürzester Zeit die Kontrolle über die einsetzende Streikbewegung verlieren. Die Kämpfe weiten sich innerhalb von 14 Tagen zum Generalstreik aus. Die Reeder setzen dagegen auf "Kasernenschiffen" Streikbrecher ein, die unter dem Schutz der Wasserpolizei und von reedereigenen Schlägertrupps die wichtigsten Frachten löschen sollen. Aber die Hafenarbeiter kapitulieren nicht. Sie schieben die Gewerkschaften beiseite und leiten unter der Führung des "Vereins der Schauerleute von 1892" militante Gegenmaßnahmen ein. (42) Die Hamburger politische Polizei stellt fest, daß der "Mob" beginne, den Hafen und die angrenzenden Viertel zu "terrorisieren". Und in der Tat: "Im Hafen schnitten die Ausständigen Fahrzeuge los und ließen sie führerlos treiben. Das Sinken von Dampfern durch Öffnen der Wasserhähne ist ohne Zweifel auf ihre Tätigkeit zurückzuführen (...). Sie verhöhnten und drangsalierten die Arbeitenden auf den Schiffen, auf der Straße und in ihren Wohnungen. Sie kamen an Bord der Kasernenschiffe und trie-

(40) Vgl. dazu L. Mosler, Der Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg-Altona, Diss. phil Leipzig 1958 (Ms.), Einleitung.

(41) Über die Hamburger "Gängeviertel" und ihre Lage rund um den Hafen vgl J. Schult, Geschichte der Hamburger Arbeiter 1890-1919, Hannover 1967, S. 9 ff.

(42) Die Geschichte des Radikalismus der norddeutschen Hafenarbeiter und Seeleute um die Jahrhundertwende ist noch nicht geschrieben; ihre Aktionen irrlichtern durch die Darstellungen auch vorurteilsloser Historiker, die nicht immer gleich mit dem Verdikt des "Linksradikalismus" zur Hand sein müssen. Über die politische Rolle des Hafens in der Hamburger Revolution vgl. u a. R.A Comfort, Revolutionary Hamburg. Labor Politics in the Early Weimar Republic, Stanford/Cal. 1966. Bitterböse ist natürlich die Hamburger politische Polizei, die den "Verein der Schauerleute" als politische Basis der Arbeitermilitanz begreift: "Als die unmittelbaren Urheber des Ausstandes sind Elemente verantwortlich zu machen, welche, der Hand der politischen Führer entschlüpft, endlich den Zeitpunkt für gekommen erachteten, auf eigene Faust zu experimentieren und sich mit Hilfe des Streiks in die Höhe zu schwingen. Diese Leute fanden ihren natürlichen Rückhalt in dem gut organisierten 'Verein der Schauerleute von 1892'." (Der Streik der Hamburger Hafenarbeiter 1896/97, op. cit. S. 106.)

ben hier ihren Unfug, so daß denselben polizeiliche Bewachung gegeben werden mußte (...). Sie griffen sogar die von den Bahnhöfen polizeilich geleiteten Arbeitswilligen auf offener Straße an. Die Streikposten umgaben das ganze Hamburger Gebiet, belagerten den Arbeitsnachweis, die Logis und die Herbergen der Arbeitenden, setzten sich bei den hiesigen Bahnhöfen fest und waren selbst bis tief in das Land hinein auf den wichtigeren Bahnhöfen stationiert." (43) Wir sehen, daß auch hier entgegen allen Geschichtslegenden, die bis weit in die Untersuchungen der neuen Linken fortwirken (44), die Klasse sich in ihrer direkten Konfrontation mit den Ausbeutern nicht auf den Betrieb beschränkt, daß sie zur direkten Konfrontation mit dem Ausbeuterstaat fähig ist. Zwischen den Reedern/Hafenunternehmern und Matrosen/Schauerleuten gibt es keine institutionelle Vermittlung. Die Arbeiter unterliegen, weil die Repressivität der Arbeitsorganisation sofort mit der staatlichen Unterdrückungsmaschine gekoppelt wird. Ihre Kämpfe bleiben auf bestimmte Regionen beschränkt, denn eine nationale Homogenisierung wird vom Facharbeiterzentrum systematisch blockiert. Allerdings gibt es bei den Hafenarbeitern und Seeleuten immer wieder Versuche, sich im Rahmen ihrer Branche und darüberhinaus unter dem Einfluß der nordamerikanischen "Industrial Workers of the World (IWW)" international zu organisieren. (45)
Schließlich wäre im Rahmen der Darstellung der "anderen, totgeschwiegenen Arbeiterbewegung auf die Kämpfe der Werftarbeiter vor dem ersten Weltkrieg hinzuweisen. Zusammen mit den Schlotbaronen des Ruhrgebiets und den Junkern gehören die Werftkapitalisten dem kompromißlosen und scharfmacherischen Flügel der deutschen Kapitalistenklasse an. (46) Sie sind nicht bereit, analog den Unternehmern der Maschinenindustrie Konzessionen an die Arbeitsorganisation, an die Arbeitszeit und an den Reallohn

(43) Ebd. S.112.

(44) Man vgl. beispielsweise Sergio Bologna, für den vor der Novemberrevolution nur die professionellen Arbeiter und eine relativ zahme Bergarbeiterklasse in Aktion sind. Nach den spektakulären Entdeckungen eines Erhard Lucas über die Märzrevolution 1920 im Ruhrgebiet (vgl. E.Lucas, Märzrevolution im Ruhrgebiet, Bd.I/II Frankfurt/M. 1970 und 1973) wäre es an der Zeit, auch für die Zeit vor 1914 alle Schemata und Dogmen fallenzulassen und zu den Quellen der Klassenrealität zurückzukehren. Vgl. S.Bologna, Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Theorie der Partei an den Anfängen der Rätebewegung, in: S.Bologna, M.Cacciari, Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage, Berlin 1973.

(45) Dabei scheint Fritz Wolffheim, der 1912/13 Redakteur der IWW-Zeitung "Vorwärts der Pacific-Küste" in San Francisco gewesen und 1913 nach Hamburg zurückgekehrt war, eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Nach Kriegsbeginn wurde er zusammen mit H.Laufenberg Exponent der Hamburger Linksradikalen. Vgl. H.M.Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923, Meisenheim/Glan 1969, Biographischer Anhang, S.444.

(46) Dazu H.Kral, Die Streikkämpfe der Arbeiter der deutschen Seeschiffwerften vor dem Ersten Weltkrieg und die Haltung des Deutschen Metallarbeiterverbands, Diss. phil. Berlin 1962, S.12 ff.; Flottenrüstung und die Entwicklung der Großwerften. Vgl. auch E.Kehr, Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894 bis 1901, Berlin 1930.

zu machen. Ohne Zweifel hat sich im Verlauf einer forcierten Flottenrüstung eine starke professionelle Arbeiterschicht, zusammengesetzt aus Zimmerleuten, Drehern, Schlossern und Schiffbauern, herausgebildet. Aber insgesamt ist die Arbeitssituation mörderisch und brutal, und von der Mehrheit der Arbeiter wird unter despotischem Meisterkommando härteste Knochenarbeit geleistet. (47) Viele junge Proletarier verrichten als Handlanger, Nietburschen, Hitzemacher und Zuschläger schwerste körperliche Arbeit in den Nieter- und Schmiedekolonnen. Die Organisation der Ausbeutung ist also ziemlich differenziert; in den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg sind die Arbeiter schon einer forcierten, an die Einführung neuer Maschinen gekoppelten Arbeitsintensität unterworfen. Der Gruppenakkord wird eingeführt. Weil die Meister die Zeitakkorde weiterhin selbstherrlich von sich aus festsetzen, bleibt der Haß gegen die Akkordschinderei weiter personell fixierbar. Während sich die professionellen Arbeitergruppen allmählich einen status quo mit den Arbeitsbedingungen erkämpfen (Zeitlohn bzw. Einzelakkord), bekommen die unqualifizierten Gruppenakkordler die Peitsche der Werkmeister, Akkordmeister, Schirrmeister und zum Teil auch der Kolonnenführer voll zu spüren. Die äußeren Arbeitsbedingungen waren miserabel: Witterung, Kälte und Feuchtigkeit, keine Ventilation. Eine Arbeitszeit bis zu 12 Stunden, die unerträgliche Arbeitssituation vor allem an der Außenhaut der Schiffe, und die Nichtexistenz minimaler Arbeitsschutzmaßnahmen führten zu einer raschen physischen Verkrüppelung vor allem der ungelernten Arbeitermassen. (48) Deshalb komplettieren die Kapitalisten ihr Antreibersystem mit rabiaten Zuchthausbedingungen, um die Arbeiter, die nicht für irgendeine Produktionskontrolle, sondern konkret gegen die Schinderei kämpfen, auf den unübersichtlichen Helgen unter Kontrolle zu halten. Seit Beginn des Jahrhunderts gab es eine eigene, aus den "Werkvereinen" rekrutierte Werftpolizei , die, als "Vorgesetzte der Arbeiter" bezeichnet (49), nie lange fackelte, wenn es galt, renitente Arbeiter zusam-

(47) Vgl. dazu Deutscher Metallarbeiterverband, Lohn- und Arbeitsverhältnisse der auf den Werften beschäftigten Arbeiter, Stuttgart 1907.

(48) Vgl. ebd. S.29 f.; R.Wissel, Die Unfall- und Erkrankungsgefahr der Arbeiter auf den deutschen Werften und die Mittel zu ihrer Verhütung, in: An die Holzarbeiter auf den Werften, Stuttgart 1906.

(49) Dazu Kral, op.cit. S.229 f.: "Die von der Werftleitung aus den Reihen der sogenannten 'nationalen Arbeitervereine' angeworbene bewaffnete Werftpolizei übte bereits seit längerer Zeit einen brutalen Terror aus. Die Angehörigen dieser Betriebspolizei wurden von der Direktion ausdrücklich als 'Vorgesetzte der Arbeiter' bezeichnet. Wiederholt brachten die Polizisten Arbeiter wegen angeblicher Vergehen (...) zur Anzeige. Die Folgen waren Geldstrafen durch Lohnabzüge. Während der Nachtschichten patrouillierten die Wachen ständig durch die Werkstätten. Sie duldeten nicht, daß die Arbeiter ihr Brot verzehrten, suchten mit ihren Blendlaternen alle Ecken und Winkel ab und leuchteten einzelnen Arbeitern sogar ins Gesicht, um festzustellen, ob sie vielleicht im Stehen schliefen. Als diese sich gegen die Behandlung wehrten, drohten sie mit der Waffe und versuchten, sie niederzuprügeln." Vgl. auch die Schilderung über das Zusammenspiel zwischen Wasserschutzpolizei und Werftpolizei bei R.Lindau, Ernst Thälmann - Leben und Kampf, Berlin 1956, S.3 f.

menzuprügeln oder mit der Pistole zur Raison zu bringen. Die "Werftpolizei" operierte genauso wie die Vögte der Junker und die "Zechenwehren" mit einem ausgeklügelten Straf-, d.h. Lohnabzugs-System.(50) Sie ist denn auch zusammen mit den Meistern bei allen Betriebsaktionen zum zentralen Angriffsziel der Arbeiter geworden; jeder Kampf, der über die Abteilung oder die jeweilige Helge hinausging, basierte erst einmal auf einer solchen direkten und gewaltsamen Konfrontation. Der große Werftarbeiterstreik von 1913 beispielsweise wurde durch brutale Übergriffe der Werftpolizei auf der Kieler Krupp-Werft mit ausgelöst. (51) Er vermochte nicht die Militanz der regelmäßigen Hafenarbeiteraufstände zu erreichen, weil der "Deutsche Metallarbeiterverband" im Verein mit der überall vertretenen Facharbeiterschicht eine solide Entschärfung im Sinn des klassischen Lohnstreiks und anderer institutionalisierbarer Forderungen bewerkstelligen konnte (52); aber auch hier gab es aufgrund der offenen Konfrontation mit der Arbeitsorganisation Kampfformen jenseits des rein institutionellen Verhandlungsdrucks und der kalkuliert-befristeten Betätigung der Streikkassen. Von daher ist es kein Zufall, daß die großen Einwandererzentren Hamburg und Bremerhaven lange vor dem ersten Weltkrieg zum einzigartigen Schauplatz einer politisch bewußten Agitation gegen den professionellen deutschen Arbeiterreformismus wurden. (53)
Mit der Analyse der Kampfformen der "anderen" Arbeiterbewegung erstreben wir keine Vollständigkeit. Das würde voraussetzen, daß wir über ein paar besonders wichtige Beispiele hinausgingen und sie entsprechend zusammenfaßten. Die Untersuchung der zwei nebeneinander existierenden Strömungen des Arbeiterkampfs muß im Rahmen dieser Arbeit fragmentarisch bleiben. Wie tief die Kluft tatsächlich ist, können wir nicht zuletzt anhand der Situation in der Papier- und Textilindustrie abschätzen: während der Textilmaschinenbau, extrem exportorientiert und einer der technologisch fortgeschrittensten der Welt, wesentlich auf professioneller Arbeitertüchtigkeit mit einem entsprechend hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad basiert, herrschen in der Textilindustrie selbst die brutalsten Ausbeutungsverhältnisse. Auch hier sehen die Unternehmer keinen zwingenden Grund, die Proletarier aus einer relativ rückständigen, härteste Schinderei abverlangenden Arbeitsorganisation freizusetzen; und wir sehen im Gegensatz zum Textilmaschinenbau den Kampfzyklus einer Klasse, der sich vor allem 1903/04 in den berühmten, vor allem mit dem Namen Crimmitschau ver-

(50) Die Werftarbeiter revolierten immer wieder gegen das System der Betriebsstrafen, vermochten es aber immer nur in örtlichen Streiks einzuschränken; vgl. Kral, op. cit. S. 230.
(51) Über die Ereignisse in Kiel vom Dezember 1912 vgl. op. cit.
(52) Vgl. ebd. S. 239 ff.: Die Werftarbeiter streiken - die Gewerkschaftsvorstände organisieren ihre Niederlage.
(53) Vgl. dazu S. Miller, Zur Geschichte der linken Sozialdemokraten in Bremen 1906-1918, in: ZfG, 6. Jg. 1958, Sonderheft zum 40. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution 1918, S. 202 ff.; H. Laufenberg, Der politische Streik, Hamburg 1914.

bundenen Papier- und Textilarbeiterkämpfen entlädt. (54) Und auch hier zögern die Kapitalisten keinen Augenblick, die repressiven Instrumente ihres Kommandos gegen die alltäglichen Kampfformen der Arbeiter: hohe Fluktuation und unmittelbare Attacken gegen die Arbeitsorganisation - zu präzisieren. Schon in den achtziger Jahren werden in der Textilindustrie "Seidendiebstahlvereine" aufgebaut (55), kapitalistische Betriebspolizeien, welche die overlookers und Meister im Kampf gegen Respektlosigkeit des ungelernten Handlangers und Arbeiters gegenüber den Arbeitsinhalten, den Eigentumsverhältnissen und dem Produktionsziel unterstützen. Gerade die "Diebstahlvereine" sollten um die Jahrhundertwende zum Vorbild für die Vereinheitlichung des kapitalistischen Gegenangriffs auf die außerhalb der politischen Facharbeiterkontrolle stehenden Arbeitermassen werden. Bei allen branchenspezifischen Besonderheiten ist schon in den frühen Werkschutzformationen des Kapitals, die alsbald bis zu ein Prozent der Belegschaftsstärke erreichen, eine starke organisatorische Vereinheitlichungstendenz zu erkennen. Wach- und Streifendienste wurden organisiert, werkseigene kriminaltechnische Ermittlungsabteilungen vor allem zur Diebstahlbekämpfung aufgebaut. Denn man "erkannte nun in Wirtschaftskreisen, daß der innerbetriebliche Schutz der Arbeitnehmer und der Produktionsmittel nicht länger der buntscheckigen Vielfalt von Feuerwehrleuten, Pförtnern und Nachtwächtern überlassen bleiben konnte. Die erweiterte Sozialgesetzgebung, die Entstehung der Großbetriebe, die wachsenden unternehmerischen Aufgaben und Risiken, die Ausdehnung der Produktion und des Betriebsgeländes zwangen zur weiteren Rationalisierung der werkseigenen Schutzmaßnahmen." (56) Wo dieser Schritt nicht sofort möglich war, halfen außerbetriebliche Verbände, allen voran die 1901 in Hannover gegründete "Wach- und Schließgesellschaft" (57), aus.
Damit rundet sich die ganze Sache ab. In den neuen Investitionsgüterindustrien hat sich eine qualifizierte Schicht der Arbeiterklasse etabliert, die fähig ist, aufgrund des erreichten innerbetrieblichen status quo den Arbeiterantagonismus auf einen reformistischen Vermittlungskomplex mit dem

(54) Vgl.: Crimmitschau 1903-1928. Blätter der Erinnerung an Sachsens bedeutendsten Arbeiterkampf, Berlin o.J. (1928); E.Schaarschmidt, Geschichte der Crimmitschauer Arbeiterbewegung, Diss.phil., Leipzig 1934; W.Wagner, Zu einigen Fragen des Crimmitschauer Textilarbeiterstreiks von 1903/04, in: ZfG, 1.Jg. 1953, S.566-592.

(55) Den Anfang haben wahrscheinlich Krefelder Unternehmer im Jahr 1861 mit einem "Verein gegen Seidendiebstähle" gemacht. Vgl. K.Drobisch, Der Werkschutz - betriebliches Terrororgan im faschistischen Deutschland, in: JWG 1965, S.218.

(56) C.Amelunxen, Werkschutz und Betriebskriminalität, Hamburg 1960, Verlag Kriminalistik, S.11 f.

(57) "Im Jahre 1901 wurde das Hannoversche Wach- und Schließinstitut gegründet, das erste Bewachungsunternehmen auf europäischem Boden überhaupt; drei Jahre später gab es schon über 20 solcher Gesellschaften, und heute sorgen knapp 350 Unternehmen in der Bundesrepublik für den Schutz von Eigentum." E.-G.Kusch, Was die Wach- und Schließgesellschaften bieten (Wie schütze ich meinen Betrieb XVII), in: Blick durch die Wirtschaft, 11.1.73, S.5.

wilhelminischen Kapitalismus zu reduzieren. Die Facharbeiterkader der Maschinenindustrie bringen als einzige Schicht der Klasse einen vereinheitlichten Zusammenhang zwischen Klassenzusammensetzung und Organisationsfrage hervor und beginnen, die gesamte Klasse zu majorisieren. Aber die statische Arbeiterorganisation der Arbeiter-Techniker entspricht keinesfalls der Mobilität und Dynamik der Klasse in ihrer Gesamtheit und geht immer intensiver dazu über, die spezifischen Kampfformen und den alltäglichen Arbeiterantagonismus der Klassenmehrheit, der völlig außerhalb der kapitalistischen Entwicklungsperspektive steht, zu unterdrücken. Freilich bewegt sich das reformistische Integrationsmanöver von "Generalcommission" und Sozialdemokratie in ziemlich engen Grenzen: der reale Konfrontationsprozeß der Klassenmajorität angefangen von der Landwirtschaft über die Montanindustrie bis hin zu den seegängigen Produktions- und Transportzweigen mit dem politisch-ökonomischen Ausbeuterzentrum läßt sich nicht auf rein organisatorischer Ebene beseitigen. Dafür sind die Kampfformen und antagonistischen Bedürfnisse der "anderen" Arbeiterbewegung von denen der ersten zu grundverschieden. Im Gegensatz zum Metallarbeiter und zum Beamten des "Deutschen Metallarbeiter-Verbands identifiziert sie sich nicht mit den Arbeitsabläufen und -inhalten des Produktionsprozesses. Sie ist barbarisch-unzivilisiert, sie besucht keine Arbeiterbildungsvereine, sie ist unfähig, einen fragwürdigen status quo mit dem Kapital zum Ausgangspunkt von "sozialistischen" Strategien für eine beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung zu machen. Sie ist "Mob", unberechenbar, aggressiv, zu Gewalttaten neigend und "unpolitisch". Ihre Fluktuationsraten sind hoch, ihrer Zusammensetzung nach ist sie ein Vielvölkergemisch. Mit "Zuchthausvorlagen" und Sozialistengesetzen (58) ist ihr nicht beizukommen. Soweit sie sich außerhalb der realen Kämpfe alternativ gegen den professionellen Reformismus artikuliert, besteht sie auf einer proletarischen Selbstorganisation, welche die Trennung in politische und gewerkschaftliche Institutionen an der Wurzel bekämpft und die revolutionäre Betriebsorganisation als Ausgangspunkt des proletarischen Aufstands begreift. (59) Aber das sind Randerscheinungen, Ansatzpunkte, das Verhältnis von Klassenzusammensetzung und Organisationsfrage materialistisch zu lösen, welche die politisch-ideologische Hegemonie von Gewerkschaften und Sozialdemokratie nicht ernsthaft zu erschüttern vermögen: dafür wäre die Vereinheitlichung der heterogenen Kampfzyklen der unqualifizierten Arbeitermassen in den verschiedenen Branchen nötig, die jedoch nie zustandekommt. Es sind die spezifischen betrieblichen Unterdrückungsinstrumen-

(58) Über Staatsstreichpläne gegen die Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes informieren vor allem R. Höhn, Sozialismus und Heer Bd. III, op. cit. S. 62 ff. und S. 87 ff., sowie E. Zechlin, Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II., Berlin 1929.

(59) Solche Ansätze entwickelten vor allem F. Wolffheim und J. Knief, Exponenten der Hamburger bzw. Bremer Linksradikalen. Vgl. Anm. 53; zur Biographie Kniefs siehe H. M. Bock, op. cit. S. 432.

te: der "Landschutz", die Werftpolizeien, die "Zechenwehren" und die "Diebstahlvereine", welche die allgegenwärtige Peitsche des Meisters und die immer schnell aufmarschierten Truppen der Generalkommandos ergänzen, damit der status quo zwischen Kapital und professionellem Arbeiterreformismus als Bewegungsform jenes aufbrechenden Klassenwiderspruchs erhalten bleibt, welche zu verkraften sich der wilhelminische Absolutismus für noch am ehesten fähig hält.

2. Die Reorganisation der Arbeitskraft im ersten Weltkrieg

Wenige Monate nach der Inszenierung des ersten Weltkriegs durch Deutschland-Österreich zeichneten sich einschneidende Veränderungen in der sozialen und politischen Zusammensetzung der deutschen Arbeiterklasse ab. Vordergründig waren sie darauf zurückzuführen, daß die Blitzkriegsstrategie des modifizierten Schlieffenplans versagt hatte (60) und damit ein Millionenheer von Arbeitskräften für Jahre in den Korps der imperialistischen Armee fixiert worden war. Vor allem Facharbeiter wurden knapp. Die Umstellung der Kapitalbildung auf Rüstungsproduktion, zentralisiert in der "Kriegsrohstoffabteilung" und später im "Kriegsamt" (61), mußte allein schon hinsichtlich des Arbeitsmarkts weitreichende Konsequenzen haben. Im Rahmen der Kriegswirtschaft des ersten Weltkriegs ist zum erstenmal in der deutschen Wirtschaft der Tendenz nach ein staatlich zentralisierter

(60) Zum Schlieffenplan vgl. die ausführliche Darstellung von H. Otto, Der preußisch-deutsche Generalstab unter der Leitung von General Schlieffen (1891-1905) bei der militärischen Kriegsvorbereitung des deutschen Militarismus, Diss. phil. Leipzig 1962. Über die taktischen Modifikationen gegenüber der Sozialdemokratie gibt F. Klein, "Sonst kriege ich die Sozialdemokraten nicht mit", in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (im folgenden abgekürzt: BzG), 1967, H. 5, Auskunft.

(61) Vgl. dazu A. Schröter, Krieg - Staat - Monopol 1914-1918, Berlin 1965; und als zeitgenössische Analyse K. Helfferich, Der Weltkrieg, Bd. II, S. 173 ff.: Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft, Berlin 1919.

Zuteilungsapparat von Arbeitskraft ("Zentraler Arbeitsnachweis") entstanden. (62)
Eine enorme Umschichtung der Arbeiterklasse setzte ein. Der "kleine Belagerungszustand", der die Exekutivgewalt auf den Militärapparat (die "Stellvertretenden Generalkommandos") übertrug, entwickelte sich unter gesamtkapitalistischer Regie Schritt für Schritt zur zentralen Instanz für die Planung des Verhältnisses von privater Kapitalbildung und öffentlichen Investitionen. (63). Dabei fungierte der "zentrale Arbeitsnachweis" als einheitliches Lenkungsinstrument für die Zirkulation und Umstrukturierung der Arbeiterklasse je nach den Entwicklungszielen der kapitalistisch-staatlichen Gesamtproduktion.
Die Geschichtsschreibung der traditionellen Arbeiterbewegung begnügt sich im allgemeinen damit, nach der Wiedergabe einiger statistischer Daten über die Umschichtung des Gesamtarbeiters bei der Beschreibung jenes grob umrissenen Reorganisationsprozesses der Ausbeutung von lebendiger Arbeit stehenzubleiben, um sich sodann lang und breit mit der inneren Struktur des "staatsmonopolistischen Kapitalismus" zu beschäftigen. (64) Uns interessiert hingegen vorrangig, welche materiellen Veränderungen mit welchem strategischen Ziel dieser zentralisierte Wirtschaftsapparat innerhalb der Arbeiterklasse vorangetrieben hat. Warum wurden bis zum Herbst 1916 4,3 Millionen Frauen in die Fabriken gepreßt, während der Männeranteil mit 4,7 Millionen stagnierte? Mit welchen Konsequenzen hat sich in der Metallverarbeitung, der klassischen Domäne der Facharbeit, der Anteil der Frauenarbeit verdreifacht, während sich in der Elektroindustrie der Frauenanteil am Gesamtarbeiter sogar auf 55 Prozent belaufen hat? (65) Warum bemühten sich darüberhinaus seit 1915 die Junker und die rheinischen Schwerindustriellen, über ihr "Deutsches Industriebüro" in Brüssel und die "Feldarbeiterzentrale" die Rekrutierung von belgischen und polnischen Arbeitern - meist Zwangsarbeiter - zu forcieren (66), und warum wurde diese Initiati-

(62) Über die Reorganisation und Zentralisation des Arbeitsmarkts vgl. die knappe, aber vorzügliche Analyse bei G.D.Feldman, Army, Industry, and Labor in Germany 1914-1918, Princeton 1966, S.64 ff.

(63) Vgl. H.Weber, Das Kriegsamt - Exekutive der Monopole, in ders., Ludendorff und die Monopole, Berlin 1966, S.43 ff.

(64) Eine bemerkenswerte Ausnahme in der jüngeren DDR-Literatur macht der Sammelband: Politik im Krieg 1914-1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klasse im ersten Weltkrieg, Berlin 1964.

(65) Dazu ausführlich Ch.Lorenz, Die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges, in: Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse, Stuttgart-Berlin-Leipzig 1928.

(66) Für Belgien vgl. vor allem R.B.Armeson, Total Warfare and Compulsory Labor, Den Haag 1964, S.29 ff.; W.Gutsche, Zu einigen Fragen der staatsmonopolistischen Verflechtung in den ersten Kriegsjahren am Beispiel der Ausplünderung der belgischen Industrie und der Zwangsdeportation von Belgiern, in: Politik im Krieg 1914-1918, Berlin 1964; für die Zwangsarbeitspolitik in Polen W.Basler, Die Expansionspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber Polen und den baltischen Staaten 1914-1918, Habil.Schrift PH Potsdam 1959 (MS.), bes. S.261 ff., S.282 ff., S.310 ff.

ve, die immerhin zum Import von 180 000 zusätzlichen belgischen und 130 000 polnischen Arbeitskräften führte, seit 1916 von der III. Obersten Heeresleitung und dem "Kriegsamt" massiv fortgesetzt? (67) Es ging nicht einfach darum, "unerschlossene" industrielle Reservearmeen für den Ersatz der zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeitermassen zusammenzutreiben. Der Chemiemagnat Carl Duisberg hatte nicht nur das im Sinn, wenn er auf einer Konferenz des Preußischen Kriegsministeriums im September 1916 pathetisch ausrief: "Öffnen Sie das große Menschenbassin Belgien!" (68) Aufschlußreicher ist schon die zynische Bemerkung von Oberstleutnant Bauer, einer beherrschenden Figur des "Kriegsamts", der im Herbst 1916 in einer Denkschrift an Wilhelm II. schrieb, je "mehr Menschenmaterial zu Ende geht, um so mehr muß die Maschine an die Stelle treten"(69). Hier zeichnet sich schon ziemlich deutlich ab, was sich spätestens seit 1916 wie ein roter Faden durch die Strategiedebatte der herrschenden Klasse zieht: die materielle Basis der polarisierten Arbeiterklasse anzugreifen, den Gesamtarbeiter, der sich mit jedem Massenstreik ein Stück mehr der erstarrten Ausbeutungskonvention entzieht und das ganze System an den Abgrund treibt, nach den einzelnen Produktionssektoren aufzuspalten und völlig neu zusammenzusetzen.

Innerhalb der Kriegswirtschaft entstehen neue Ansätze zur Massenproduktion. Die entscheidende Initiative geht von der "Kriegsrohstoffabteilung" und einzelnen privilegierten Wirtschaftsverbänden aus, welche versuchen, in verschiedenen Sektoren die knapp werdenden Rohstoffe durch synthetische zu ersetzen und darüberhinaus die militärische Staatsproduktion als Vehikel für die technologisch-produktive Realisierung längst gemachter Erfindungen einzusetzen. (70) Spezielle und weiterreichende Eingriffe in die Arbeitsorganisation selbst, die geeignet wären, an die Stelle des professionellen Arbeiters und der ihm zugeordneten Handlanger- und Hilfsarbeiterschicht eine neue Klassenstruktur zu setzen, gibt es im allgemeinen noch nicht. Die Arbeiterklasse wird vielmehr im Verlauf des Booms in der Munitionsindustrie sowie in Chemie und Elektrotechnik nicht mehr weiter in Professionelle und Unqualifizierte polarisiert, sondern nach Industriesektoren aufgespalten. Gleichzeitig nehmen in den expansiven neuen Industriezweigen die unqualifizierten Arbeitermassen zu, und ein erheblicher Teil der bisherigen Funktionen des Arbeiter-Technikers wird in technische Angestelltenkategorien außerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses vor-

(67) Vgl. Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Bauer, Nr.14: R.Sichler, J.Tiburtius, Die Arbeiterfrage, eine Kernfrage des Weltkrieges, Berlin 1925, bes. S.101 ff.

(68) Zit. nach Armeson, op.cit. S.31.

(69) Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Bauer, Nr.2, Bl.59 f.

(70) Programmatisch dazu G.Stresemann, Industrie und Krieg. Veröffentlichungen des Bundes der Industriellen, H. 9a, Berlin 1916. Die Pläne des Chemiekapitals werden besonders deutlich in der Duisberg-Denkschrift aus dem Jahr 1915 (abgedruckt in: JWG, 1966, T.III); die Langzeitkonzeption der elektrotechnischen Industrie entwirft W.Rathenau in der Broschüre: Probleme der Friedenswirtschaft, Berlin 1917.

verlagert. (71) Das sind in groben Umrissen die Strukturen, von denen aus "Kriegsamt" und III. Oberste Heeresleitung die privilegierte Stellung des qualifizierten Arbeiters untergraben und gleichzeitig auch die Arbeitssituation der unqualifizierten Arbeitermassen schrittweise verändern. In diesem Zusammenhang ist es alles andere als ein Zufall, daß während des ersten Weltkriegs die Arbeiterklasse auch auf der Ebene des Lohns neu zusammengesetzt und gleichzeitig auch neu gespalten wird. Der Geldlohnindex der einzelnen Industriesektoren ist zwischen 1914 und 1918 deren Umstrukturierung und Rationalisierung direkt proportional gewesen. (72) Zwischen der Reorganisation der Geamtarbeitskraft und der Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Institutionen der Arbeiterklasse während des ersten Weltkriegs besteht ein enger Zusammenhang. Schon vor Kriegsausbruch zeigen die "Generalcommission" der freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie in spektakulärer Weise ihre Bereitschaft, sich endgültig ins Schlepptau des kapitalistisch-staatlichen Angriffs auf die Arbeiterklasse nehmen zu lassen. Südekum und die vielen anderen Funktionäre des Arbeiterreformismus sind der Generalität immer zur Hand, wenn es bei der unmittelbaren Kriegsvorbereitung in der Julikrise darum geht, über die präventive Ausschaltung der Linken zu beraten. Ja mehr noch: der gesamte Kriegsausbruch wird nach jenen Kriterien inszeniert, welche Südekum und Co. entwerfen, in der Absicht, die Arbeiterklasse mittels der Sozialdemokratie möglichst reibungslos in die Kriegsbegeisterung mit hineinzuziehen. (73) Die Tatsache, daß die Spitze der Sozialdemokratie mit der obersten Generalität vor Kriegsausbruch über das präventive Vorgehen gegen Liebknecht und die übrige Linke beriet (74), ist zweifellos eine besonders spektakuläre Eskapade der deutschen Klassengeschichte. Trotzdem sollten wir uns auch hier hüten, einfach von Verrat zu sprechen. Der Zynismus der deutschen Sozialdemokratie hat auch hier eine klare politische Perspektive. Spätestens der turbulente Verlauf des proletarischen

(71) Eine systematische Analyse der Veränderung der Klassenzusammensetzung während des ersten Weltkriegs steht noch aus. Ansätze dazu liefert: Die Einwirkungen des Krieges auf die Bevölkerungsbewegung, Einkommen und Lebenshaltung in Deutschland (Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkriegs, Bd. 8), Stuttgart-Berlin-Leipzig 1932; A. Günther, Kriegslöhne und Preise und ihr Einfluß auf Kaufkraft und Lebenskosten, Jena 1919; J. Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1900 bis 1917/18, op. cit.; R. Sichler, J. Tiburtius, op. cit.; als wichtige Materialien wären auch die Jahrbücher des Deutschen Metallarbeiterverbands, Stuttgart 1915 ff., heranzuziehen.

(72) Dabei ist vor allem die zunehmende Angleichung der Löhne bei den qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern wesentlich. Vgl. Bureau International du Travail, Fluctuation des salaires dans différents pays de 1914 à 1921. Etudes et documents No. 2, Série C, Genève 1923; und allgemein den Abschnitt über die Ära des ersten Weltkriegs bei G. Bry, Wages in Germany 1871-1945, Princeton 1960.

(73) Vgl. F. Klein, "Sonst kriege ich die Sozialdemokraten nicht mit", op. cit.

(74) Dazu vor allem D. Fricke, H. Radandt, Neue Dokumente über die Rolle Albert Südekums, in: ZfG, 4. Jg. 1956, H. 4, S. 757 ff.; W. Gutsche, Südekum und die anderen. Ergänzende Materialien zur Rolle rechter Führer der deutschen Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg, in: ZfG 1970, H. 9, S. 173 ff.; H. Wohlgemuth, Weitere Dokumente zur Rolle Albert Südekums im ersten Weltkrieg, in: ZfG 1969, H. 6, S. 749 ff.

Kampfzyklus von 1910-1913 (75) hatte den Akteuren von "Generalcommission" und sozialdemokratischem Parteiapparat klargemacht, daß ihre auf die Facharbeiterzentren beschränkte Klassenbasis ihre Vormachtstellung innerhalb der Klasse tendenziell verloren hatte. Ein banaler Tatbestand, wenn wir bedenken, daß die Dynamik der gesamtkapitalistischen Entwicklung die erstarrten Profit-Lohn-Beziehungen in den Facharbeiter-Industrien längst überspielt hatte; daß der reale Klassenwiderspruch nicht erst seit 1913 die materielle Grundlage der bisherigen Arbeiterbewegung erschütterte. Insofern muß die ganze Südekum-Affäre als konsequente Schlußfolgerung des institutionellen Arbeiterreformismus verstanden werden: in den Augen der SPD- und Gewerkschaftsbeamten hatte die Facharbeiterbewegung politisch wie ökonomisch versagt. Weder gegen den Unternehmerstaat noch gegen die revoltierende Arbeitermehrheit war auf sie gestützt der "Sozialismus", die beschleunigte kapitalistische Entwicklung im "Volksstaat", durchzusetzen. Warum sollte deshalb nicht für eine bestimmte historische Periode die Abkehr von diesem zurückgedrängten Teil der Arbeiterklasse und die Hinwendung zu einem taktischen Bündnis mit den Unternehmerstaat als Mittel zum Zweck zu rechfertigen sein? So werden aus den reformistischen Institutionen der Arbeiterbewegung, die sich bislang darauf konzentriert hatten, die Aufstandstendenzen der unqualifizierten, "maschinenstürmerischen" und anti"sozialistischen" Arbeitermehrheit mitteld der politischen Hegemonie des Facharbeiters unter Kontrolle zu halten, innerhalb kürzester Zeit Vollzugsgehilfen des kapitalistisch-staatlichen Angriffs auf die innerhalb des Kapitals erstarrten Machtpositionen der professionellen Arbeit. Nur in diesem Sinn sollte man davon sprechen, der deutsche Arbeiterreformismus habe von seinen Institutionen her 1914 die Klasse verraten: er hat sich "rechtzeitig" von seiner Facharbeitergrundlage abgesetzt, um mittels einer veränderten taktischen Operation am Kampf "gegen die Anarchie der Konkurrenz" teilzuhaben; für die "andere" Arbeiterbewegung hat dieser Bühnenwechsel hingegen geringere Bedeutung gehabt, für sie wurde lediglich der Mechanismus der Klassenkonfrontation, der grundsätzlich schon immer bestanden hatte, abgeändert. Nur in diesem historischen Kontext können die Erschütterungen des Jahrs 1914 richtig verstanden werden. Am Anfang dieser Entwicklung steht der Umschwung vom Internationalismus - einem zentralen Inhalt des politischen Verhaltens des Facharbeiters, der die herrschenden Gewalten seit der Pariser Commune jahrzehntelang

(75) Die wichtigsten Arbeiteraktionen in dieser Zeit: Werftarbeiterstreik 1910, Bauarbeiterstreik 1910, Bergarbeiterstreik 1912, Werftarbeiterstreik 1913 waren für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften so bedrohlich, weil sie innerhalb der Zentren der kapitalistischen Entwicklung abliefen und auf lange Sicht nicht mehr auf der schmalen Basis einer professionellen Rückwärtsgewandtheit unter Kontrolle gebracht werden konnten. Mochte die spätere USPD- und Spartakuslinke ruhig an diesen Kämpfen vorbeiagitieren: für die Legien und Co. war klar, daß sie jetzt anders optieren mußten. Ihre Chance lag darin, daß sich auch das Kapital jetzt auf sie zubewegte und sie als Instrumente eines neuen Entwicklungssprungs nutzen wollte.

vor ihm hatte zittern lassen - zur Vaterlandspartei. (76) Ihm folgt im Jahr 1916 die Teilnahme am "Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" (77), das die Rahmenbedingungen und Gewaltinstrumente für die Restrukturierung des Ausbeutungskommandos schafft: gewerkschaftliche Mitbestimmung und Zwangsarbeit. Die Ernennung des Vorsitzenden des "Deutschen Metallarbeiter-Verbandes", Alexander Schlicke, zum Leiter des "Unterausschusses für Arbeiterangelegenheiten" im Kriegsamt, sekundiert dieses wichtige Ereignis. (78) Am Ende stehen im Revolutionsfrühling 1918 das Groener-Ebert-Abkommen (79) und die "Zentralarbeitsgemeinschaft" von Gewerkschaften und Großkapital (80), wodurch Sozialdemokratie und Gewerkschaften zusammen mit dem harten Kern von Unternehmern und Generalität die Voraussetzungen für die blutige Unterdrückung der Novemberrevolution und für die endgültige Durchführung des Angriffs auf die Bastionen des professionellen Arbeiter-Technikers und des unqualifizierten Durchschnittsarbeiters schaffen. Im Gegensatz dazu beginnt sich seit 1915/16 eine zunächst schmale Arbeiteropposition gegen den "Burgfrieden" zu formieren. Der politische Widerstand geht zunächst von den "verratenen" Facharbeiterschichten aus. Er tendiert in seinen Zentren Sachsen und Berlin da-

(76) Über die weitreichende Bedeutung dieses Kurswechsels vgl. E.O.Volksmann, Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege, Berlin 1925. Daß die sozialimperialistische Orientierung der SPD nicht etwa erst am Jahr 1914 festzumachen ist, zeigt die Lektüre von R.Höhn, op.cit. S.566, am Beispiel der Militärfrage in aller Deutlichkeit.

(77) Das "Vaterländische Hilfsdienstgesetz", historisch gesehen ein zentrales Instrument zur Generalmobilmachung unter der Diktatur der III. Obersten Heeresleitung, ist zweifellos das erste Manifest der herrschenden Klasse für die Einführung der Arbeit in ihrer allgemeinsten Form: die Massenarbeit. Das formulierte u.a. General Groener anläßlich einer Pressebesprechung am 13.11.1916, die der Propagierung des Hilfsdienstgesetzes diente: "Bis jetzt gab es eine Mobilmachung des Heeres und in gewissem Maße auch eine Mobilmachung der Industrie. Das genügt aber nicht. Der ganze Krieg wird mehr und mehr zur Arbeiterfrage (...). Bei dem neuen Kriegsamt handelt es sich darum, die Arbeitskräfte aus dem Volke herauszuholen." DZAP, Reichsamt des Innern, Nr.12328, Bl.268.

(78) Vgl. W.Richter, Monopolkapital, Gewerkschaften und Staat im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914-1919), Berlin 1959; W.Groener, Lebenserinnerungen, hrsg. v. F.Freiherr Hiller von Gaertingen, Göttingen 1957, S.346.

(79) Dieses Abkommen, unter dem Druck der heraufziehenden Novemberrevolution getroffen, schließt also einen langjährigen Prozeß der Hereinnahme der Sozialdemokratie in eine forcierte plankapitalistische Entwicklung ab. Zum Abkommen sei vor allem verwiesen auf zwei allerdings mehr moralisierende als analytische Einschätzungen aus der DDR: L. Berthold, H.Neef, Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution. Das Bündnis der rechten SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung November und Dezember 1918. Eine Dokumentation, Berlin 1968; H.Küster, Oberste Heeresleitung und rechte Führung der SPD gegen die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, Berlin (im folgenden abgekürzt: ZMG), 1969, H.5, S.565 ff.; sowie auf die recht apologetische, aber faktenreiche Untersuchung von W.Sauer, Das Bündnis Ebert-Groener, Diss.phil. Berlin 1957.

(80) Zur ZAG ("Zentralarbeitsgemeinschaft") vgl. DZAP, I, Nichtstaatliches Archivgut, Zentralarbeitsgemeinschaft, Nr.24, 28, 33, 36; als zeitgenössische Darstellung ihrer Funktion aus der Feder eines Kapitalisten J.Reichert, Entstehung, Bedeutung und Ziel der Arbeitsgemeinschaft, Berlin 1919; sowie die sehr informative Analyse von W.Richter, Monopolkapital, Gewerkschaft und Staat, op.cit.

zu, sich im alten kautskyanischen Zentrum zu formieren. (81) USPD und Spartakusbund - 1920/21 in der KPD wieder vereinigt - sind zwei nur nach taktischen Aspekten des Widerstands zu unterscheidende Flügel der professionellen Arbeiterbewegung, welcher seit 1916 Schritt für Schritt die materielle Basis entzogen wird. In einem anderen Zusammenhang werden wir darzustellen haben, wie sich konträr dazu, gestützt auf die 'andere" Arbeiterbewegung, bei den "Linksradikalen" der Hafenstädte, bei Einzelfigurendes Spartakusbunds - vor allem Karl Liebknecht - und bei den Hamburger Industrie-Unionisten eine neue antagonistische Linie des Arbeiterkampfs profiliert. Sie steht von Anfang an außerhalb der Ideologie der Arbeit und der von der USPD dominierten professionellen Rätebewegung. (82)
Der Exkurs über den Zusammenhang von Reorganisation der Ausbeutung und institutioneller Entwicklung der Arbeiterbewegung war nötig, um zu begreifen, warum die Vaterlandspartei in ihrer ganzen Breite - einschließlich Sozialdemokratie und "Generalcommission" - den Angriff auf die Arbeiterklasse auch in dessen offen repressiven Momenten trägt. Seit der Inszenierung des Kriegs ist unter Modalitäten, die unter voller Zustimmung der Sozialdemokratie zustandekommen, der Belagerungszustand über die Arbeiterklasse verhängt. Dabei sind es gerade die Mehrheitssozialdemokraten und die Gewerkschaftsfunktionäre, die systematisch jegliche oppositionelle Agitation an der Arbeiterbasis an die stellvertretenden Generalkommandos verpfeifen. (83) Vor allem seit der Propagierung des "Hindenburgprogramms" im Jahr 1916 (84) und der damit verbundenen Sanktionierung der Zwangsar-

(81) Dieser Tatbestand drückt einmal mehr aus, daß die sozialdemokratische Linke seit ihrer 1905 forcierten Strategiedebatte unfähig zur materiellen Analyse der Zusammensetzung der Arbeiterklasse und ihrer Umwälzungen gewesen war. Vgl. dazu M.Cacciari, Über das Problem der Organisation in Deutschland 1917-1921, in:Bologna/Cacciari, Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage, Berlin 1973, S.53 ff., dem wir aber nur bedingt zustimmen. Cacciari arbeitet die zunehmende, angesichts der einsetzenden Klassenumschichtungen geradezu grotesk anmutende Rückwärtsgewandtheit der Linken heraus, operiert aber selbst recht philosophisch, weil er eine Beziehung zur realen Klassenbewegung nicht herausstellt und so das zentrale Problem der Debatte: Verhältnis von Arbeiterautonomie und Machtfrage - aus den Augen verliert. Die Kritik der linken Intellektuellen der damaligen Zeit sollte nicht von einem intellektuellen, sondern von einem Arbeiterstandpunkt aus betrieben werden.

(82) Da die SED Ende der fünfziger Jahre nicht diese sogenannten linksradikalen Strömungen, die 1917 eine scharfe Polemik gegen den Anschluß des "Spartakusbunds" an die USPD führten (ISD, später IKD, Hamburger Linksradikale usw.), auf den Schild hob, sondern sich endgültig für die Propagierung der professionell-zentristischen Linie Bebel-Spartakusbund-KPD entschied, fehlt es bis heute an differenzierten Analysen dieser politischen Linie. Erste Ansätze zu einer genaueren Institutionengeschichte liefert allenfalls H.M.Bock, op.cit. S.57 ff.; sie sind nicht unproblematisch, weil Bock sie ständig mit den syndikalistischen Strömungen in der Sozialdemokratie vermischt.

(83) Dazu vor allem: Arbeiterführer als Verräter. Dokumente aus der Kriegszeit. Aus den Akten der Kriegsamtsstelle Leipzig, Leipzig 1919; W.Gutsche, Südekum und die anderen, op.cit.; W.Richter, Gewerkschaften Monopolkapital und Staat, op.cit.

(84) Vgl.: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd.2, 2. durchges. Aufl., Berlin 1970, S.461 ff.; G.D.Feldmann, Army, Industry, and Labor, op.cit. S.149 ff.; H.Weber, Ludendorff und die Monopole, op.cit. S.47 ff.

beit kennt die breite Front der Vaterlandspartei keine Rücksichten mehr. Im Juli 1916 gibt das Kriegsministerium "Leitsätze für das Vorgehen der Militärbefehlshaber bei Ausbruch größerer Streiks in der Rüstungsindustrie" heraus. Sie beginnen mit dem martialischen Satz, bei "jedem Streik, durch den die rechtzeitige Versorgung des Heeres irgendwie gefährdet werden kann", sei "mit allen verfügbaren Mitteln und aller Schärfe einzugreifen". (85) Seither werden auf breiter Ebene, ganz den Richtlinien gemäß, "Rädelsführer (...) sofort in Sicherheitshaft genommen" (86) und wegen "Landesverrats" abgeurteilt. "Hetzer" - damit ist die organisierte Basis der sich allmählich wieder stabilisierenden professionell - internationalistischen Arbeiteropposition gemeint - werden serienweise zum Kriegsdienst eingezogen. Von der Möglichkeit, ganze Belegschaften zu militarisieren, wird dagegen relativ selten Gebrauch gemacht. Der verschärfte Belagerungszustand ist nur der Eisberg einer in den Details sehr viel genauer zupackenden Repression: die Vaterlandspartei schlägt immer genau da zu, wo gewaltsamer Widerstand gegen die soziale Umstrukturierung der Arbeiterklasse zu erwarten ist. Die von den Unternehmern "reklamierten", also vom Kriegsdienst zurückgestellten professionellen Arbeiter werden an ihrem Arbeitsplatz in Uniform gesteckt und militärischer Aufsicht unterstellt; alles scheinbare Äußerlichkeiten, die eindeutig die Funktion haben, den Arbeiter-Techniker trotz des einsetzenden Verlusts seiner privilegierten Stellung im Produktionsprozeß zu einer hinlänglichen Arbeitsmoral anzuhalten. Auch die Arbeiterinnen werden einem rigiden äußeren Drill unterworfen, der sie zu willenlosen Instrumenten einer absurden und kaputtmachenden Arbeitsqual in den Munitionsfabriken machen soll: sie werden oft kaserniert und wie militärische Einheiten kommandiert. Ihre Arbeitsinhalte sind nicht nur vom Produkt her destruktiv, sondern gleichzeitig in hohem Grade monoton: sie werden in der Rüstungsindustrie zum Ziehen und Lochen der Geschosse, zum Zusammenbauen von Zündern, zur Herstellung von Schießbaumwolle und Nitroglyzerin sowie zum Füllen und Stempeln der Granaten herangezogen. (87) Seit 1916 nimmt neben einem wachsenden Anteil von Jugendlichenarbeit die Frauenarbeit auch in der Heeresfahrzeugindustrie, im Waggonbau, in der

(85) Vgl. Kriegsministerium an alle Stellvertretenden Generalkommandos, Berlin den 28. Juli 1916: Leitsätze über das Vorgehen der Militärbefehlshaber bei Ausbruch größerer Streiks in der Rüstungsindustrie, abgedruckt in: E.O. Volkmann, Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkiege, Berlin 1925, S. 277.

(86) Zit. nach ebd. S. 278. Zum Funktionieren der inneren Militärdiktatur vgl. auch R. Höhn, op. cit. S. 749 ff.: Gewaltsame Unterdrückung aller radikalsozialistischen Umsturzbestrebungen von seiten der stellvertretenden kommandierenden Generäle, sowie J. Schellenberg, Die Herausbildung der Militärdiktatur in den ersten Jahren des Krieges, in: Politik im Krieg 1914-1918, Berlin 1964.

(87) Dazu Ch. Lorenz, Die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges, op. cit. S. 358 f., 382 f.

optischen und elektrotechnischen Industrie und selbst im Schiffbau zu. (88) So wächst unter der deutschen Arbeiterklasse ein neuer Arbeitertypus heran, der sich allein schon von seiner sozialen Zusammensetzung her nicht im geringsten mehr mit den Inhalten und den Zielen seiner Ausbeutungssituation zu identifizieren vermag. Die Arbeitsmoral wird mehr und mehr zu einer Angelegenheit der Militäreinheiten der stellvertretenden Generalkommandos, während in den Betrieben die bisherigen historischen Keimformen unternehmerischer Polizeigewalt endgültig zum "Werkschutz" zusammenwachsen und Hilfspolizeistatus erhalten. (89) Sie haben die traditionelle Meister-Vorarbeiter-Hierarchie bei der Überwachung der ungeheuer angewachsenen Arbeiterarmee zu verstärken und zu komplettieren.
Entscheidend wird der repressiv vorangetriebene Prozeß der Neuzusammensetzung der Klasse durch die Zwangsrekrutierung ausländischer Arbeiter in den besetzten Territorien, vor allem Polen und Belgien, verstärkt. Die Etappenverwaltungen arbeiten mit Akribie daran, die Volkswirtschaften der besetzten Länder in einem künstlichen Krisenzustand zu halten (90), nicht zuletzt mit dem Ziel, aus den so erzeugten Arbeitslosenmassen der östlichen und westlichen Etappe eine zusätzliche industrielle Reservearmee zu aktivieren. Spätestens seit Anfang 1915 gehen die deutschen Militärbehörden dazu über, mit brutaler Gewalt "Zivilarbeiterbataillone" auszuheben und zu Armierungsarbeiten unmittelbar hinter der Front einzusetzen (91). Allein in der belgischen Etappe werden 370 000 belgische Arbeiter in die Zwangsarbeitereinheiten gepreßt. Die Arbeitssituation ist dem 20 Jahre später im Nationalsozialismus perfektionierten Prinzip der "Vernichtung durch die Arbeit" schon unheimlich ähnlich. Die Tageslöhnung liegt mit 30 Pfennig weit unter dem physischen Existenzminimum. (92) Wer sich

(88) Dazu vor allem Jahrbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart 1916, S.18f.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1919, S.302 ff.; zu den Frauenlöhnen A.Günther, op.cit. S.30; sowie Ch.Lorenz, op.cit., passim.

(89) Vgl. C.Amelunxen, Werkschutz und Betriebskriminalität, op.cit. S.12.

(90) Zu den Verhältnissen in Belgien vgl. F.Passelecq, Unemployment in Belgium during the German occupation and its general causes, London 1917; sowie W.Gutsche, Zu einigen Fragen der staatsmonopolistischen Verflechtung, op.cit. Hinsichtlich Polen W.Basler, op.cit., Anlageband, Akten der Reichskanzlei über das Vorgehen gegenüber Polen und den baltischen Staaten.

(91) Exemplarisch für die Vorgehensweise in der belgischen Etappe F.Passelecq, Déportation et travail forcé des ouvriers et de la population civile de la Belgique occupée (1916-1918), Paris-New Haven 1928, bes. S.20 f., 329 ff.

(92) Ebd. S.339. In der NS-Ära wurden die Zwangsarbeitserfahrungen des ersten Weltkrieges übrigens gründlich studiert. Dabei kam man selbst in offen publizierten philosophischen Dissertationen zu dem Ergebnis, damals sei viel zu lasch vorgegangen worden. Es komme vor allem darauf an, das Zwangsarbeitssystem von Anfang an gegen alle "Arbeitsschädlinge" anzuwenden, denn, wie die Novemberrevolution zeige, sei gerade hier viel "vernachlässigt worden": "Die Nutzbarmachung dieser Wehr- und Arbeitsschädlinge durch Zwangsarbeit bei Absonderung von den hochwertigen Arbeitskräften würde (...) weniger die Schaffung zusätzlicher Arbeitskraft bedeutet haben als die Verhinderung von Arbeitsausfall infolge zunehmender Unzufriedenheit und seelischer Minderwertigkeit."

den Anweisungen der deutschen Kapos widersetzt, wird hart bestraft und in vielen Fällen geschlagen. Die Barackenlager der Zwangsarbeiterbataillone gleichen Vorformen der späteren Konzentrationslager. Die Ernährung ist erbärmlich, so daß beispielsweise in den Zwangsarbeitereinheiten der Etappenverwaltung in Litauen viele "an Entkräftung starben. Die Verpflegungssätze waren: ein halbes Pfund Brot pro Tag, mittags einen Liter Suppe und morgens und abends je einen Liter warmen Wassers." (93) Derart systematisch forcieren die Etappenmilitärs das Massenelend - ein Elend, dem nach 1916 nicht nur die Arbeiterklasse der besetzten Gebiete, sondern mehr und mehr die gesamte Bevölkerung zum Opfer fällt. So wurde beispielsweise "im Winter 1916-1917 (...) die gesamte Bevölkerung Litauens mobilisiert, um Arbeitsbataillone zu bilden, durch welche die deutschen Arbeitssoldaten im Lande entbehrlich gemacht und gleichzeitig dem Arbeitermangel in Deutschland selber gesteuert werden sollte. Von dieser Zeit an ist die Zahl der Zwangsarbeiter sehr groß." (94)
Die Aufstellung der "Zivilarbeiterbataillone" dokumentiert jedoch nur die eine Seite der arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten des deutschen Besatzungsregiments. *Wie wir schon andeuteten, wurden daneben seit 1915 auch die* Rekrutierungsaktivitäten der deutschen Schwerindustriellen, die zu diesem Zweck ein eigenes "Deutsches Industriebüro" in Brüssel unterhielten, genauso wie die der Junker in den Ostgebieten massiv unterstützt. 1916 wurde die Mobilisierung ausländischer Zwangsarbeiter in aller Offenheit der III. Obersten Heeresleitung übertragen. (95) In den Konferenzen zwischen Großkapital und Generalität zu diesem Thema wurde immer wieder die Bedeutung der Arbeiterrekrutierung für die deutsche Großindustrie hervorgehoben; aber selbst den Gewerkschaften war klar - das Verhalten der "Generalcommission" beweist das zur Genüge -, daß die belgischen und polnischen Zwangsarbeiter zusammen mit den Kriegsgefangenen in der deutschen Industrie als Speerspitze für die Neuzusammensetzung der gesamten Klasse gebraucht wurden - so wurde die ganze damit verbundene Bru-

F. Beyer, Die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftspolitik und Wehrpolitik in bezug auf die Gestaltung des Arbeitseinsatzes, Diss. phil. Berlin 1936, S. 88.

(93) Schreiben und Denkschrift der Litauischen Taryba an den Reichskanzler vom 20.10.1917, DZAP, Akten Reichskanzlei, Kriegsakten Kurland, Nr. 2404, abgedruckt in W. Basler, op. cit. S. 242.

(94) Zit. nach ebd. S. 241.

(95) Vgl. Armeson, op. cit. S. 30 ff.; F. Passelecq, Déportation et travail forcé ..., op. cit. S. 90 ff.; H. Weber, op. cit. S. 50 f. Dabei war der Zwangsimport von mindestens 300 000 belgischen und polnischen Arbeitern geplant: Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Bauer, Nr. 14, Bl. 13, Protokoll einer Besprechung im Reichsamt des Inneren v. 17.10.1916. Selbst über eine beschönigende Terminologie war man sich handelseinig: "Eigentliche Konzentrationslager für zwangsweise abgeführte belgische Arbeiter sollten nicht errichtet, auch der Ausdruck 'Lager' vermieden werden und statt dessen von 'Unterkunftstätten für Industriearbeiter' gesprochen werden."

talität auch von dieser Seite stillschweigend toleriert. (96) Der Mobilisierungsmechanismus selbst war einfach und skrupellos. Zum einen wurde je nach Bedarf in den besetzten industriellen Zentren durch Demontage, Fabrikstillegungen und flankierende restriktive Geldpolitik eine künstliche Arbeitslosigkeit geschaffen (97), zum anderen durch Entzug von Arbeitslosenunterstützungen, Nahrungsmittelrationierung usw. ein Klima produziert, das praktisch keine andere Möglichkeit als die Arbeitsemigration offenließ. Waren trotz dieser Maßnahmen die Anwerbungsraten nicht groß genug, wurde mit großen Razzien, willkürlichen Massenverhaftungen und vorgetäuschten Veranstaltungen, von denen die Besucher in die Zwangsrekrutierungsbüros abtransportiert wurden, nachgeholfen. (98) Die Besatzungsregimes haben selbst für dieses skrupellose Vorgehen in Belgien und Polen mit "Verordnungen zur Bekämpfung der Arbeitsscheu" einen juristischen Legitimationsrahmen produziert (99), ein Tatbestand, der wieder einmal anzeigt, mit welcher Gründlichkeit sich die deutsche Militärmaschine die Klassenstrategie des Unternehmerstaats zu eigen machte. Nach derartigen Großrazzien wurden die selektierten Zwangsarbeiter in Viehtransportzügen in extra freigemachte Kriegsgefangenenlager (Soltau, Wittenberg, Kassel-Niederzwehre, Güben, Munster, Altengrabow und Meschede) verbracht, wobei schon dabei viele an den durchgemachten Entbehrungen starben. (100) Die Lager selbst wurden innerhalb weniger Wochen nach dem Eintreffen der Zwangsrekrutierten zu typischen Konzentrationslagern. Die Insassen wurden gegeneinander ausgespielt, indem die militärischen Kommandanturen die "Arbeitswilligen" in "Arbeitskommandos" mit Tätigkeiten innerhalb des Lagers einteilten und den aufsässigen und "arbeitsscheuen" Rest in "Disziplinlagern" terrorisieren ließen. Dank des Sadismus der Kommandanten - meistens Reserve-Hauptleute, die den stellvertretenden Generalkommandos unterstanden - und ihrer Wachmannschaften sind in den KZs täglich durchschnittlich fünf bis sechs der Deportierten an Hunger, Infektionskrank-

(96) Einmal in die Vaterlandspartei übergewechselt sahen die deutschen Gewerkschaften natürlich keinen Anlaß, sich mit den internationalistischen Solidaritätsappellen der belgischen Arbeiter auseinanderzusetzen. Vgl.: Appel des ouvriers belges aux ouvriers de tous le pays du monde civilisé, abgedruckt in F. Passelecq, Déportation et travail forcé..., op.cit. S.193 ff.

(97) Auch das war nur ein Vorspiel für das, was sich seit 1939 in Europa abspielen sollte. Es wäre eine Untersuchung wert, die außenwirtschaftlichen Ziele des deutschen Kapitalismus von 1914-18 mit denen der Jahre 1940-1942 zu vergleichen. An interessanten Einzelstudien mangelt es nicht.

(98) Dazu im einzelnen W. Basler, op.cit. S.242 f., 262 f., 282 ff., 310 f., 332 f.; DZAP, Reichsamt des Innern, Arbeiterfragen in besetzten russischen Gebieten, Nr.19 798; Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd.2, S.494 ff.; W. Gutsche, op.cit. S.83 f.; F. Passelecq, Déportation ..., op.cit. S.90 ff., S.325 ff.

(99) Diese Verordnungen gehen mit großer Wahrscheinlichkeit - für Polen mit Sicherheit - auf eine Anweisung des Generalquartiermeisters Ludendorff zurück. Vgl. DZAP, Reichsamt des Innern, Arbeiterfrage in besetzten russischen Gebieten, Nr. 19 798, Bl.154 f.

(100) So Passelecq, op.cit. S.204 ff., 4.Kap.: Le transport des déportés; S.262 ff. 7.Kap.: Le déportés belges en Allemagne.

heiten und Entkräftung gestorben. (101) Nach unterschiedlicher Wartezeit wurden die "Arbeitskommandos" von den Konzernen geschlossen als Zwangsarbeiterkolonnen übernommen. Die Terror- und Bewachungsfunktionen gingen dabei von den stellvertretenden Generalkommandos an den "Werkschutz" über. Er war uniformiert, mit Pistolen und Karabinern ausgerüstet und bestand meistens aus deutschen Vorarbeitern und Meistern der "nationalen Werkvereine" und hatte für den geschlossenen Einsatz in den Betrieben und für die Bewachung der Barackenunterkünfte der Zwangsarbeiter zu sorgen. Schon während des ersten Weltkriegs wurde in den Großkonzernen der Eisen- und Stahlindustrie, des Chemiekapitals und der Elektroindustrie der ausländische Zwangsarbeiter zu einer alltäglichen Erscheinung, der, von den übrigen Arbeitern nach Möglichkeit streng abgetrennt, außerhalb der Arbeitszeit in besonders bewachten "Ausländerlagern" vegetierte. (102)
Wir sehen: die Mobilisierung der Frauenarbeit, der Kriegsgefangenen und ziviler ausländischer Zwangsarbeiter ist keinesfalls ein Zufallsereignis, das etwa aus besonderen Engpaß-Situationen auf dem deutschen Arbeitskräftemarkt allein erklärt werden kann. Die Tatsache, daß diese neuen Arbeiterschichten einem rein militärisch-politischen Kommandosystem unterstanden, ist integraler Bestandteil der damaligen Strategie des Kapitals. Die zusätzlich mobilisierten Pariaschichten der Klasse sollen den Prozeß der Neuzusammensetzung der gesamten Klasse forcieren helfen. Die alte Klassenpolarisierung in Facharbeiter und Ungelernte bzw. Handlanger, selbst nur Ausdruck einer in sich erstarrten Entwicklungsdynamik des deutschen Wirtschaftssystems vor dem ersten Weltkrieg, verliert an Bedeutung. Seit 1916 herrscht eine Übergangssituation, bei der - abgesehen von der Differenzierung des Gesamtarbeiters nach kriegsbedingten expansiven und stagnierenden Produktionszweigen - jegliche traditionell-schichtenspezifische Homogenität in der Arbeitsorganisation verwässert wird. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Polarisierung der Arbeiterklasse vom Standpunkt des Kapitals aus ein notwendiges Übel gewesen; es ist unverkennbar, daß

(101) Die innere Struktur der Konzentrationslager wurde in einer vom Kriegsamt am 15.11.1916 herausgebrachten Anweisung "Grundsätze über die Heranziehung arbeitsscheuer Belgier in Deutschland" mit der Notwendigkeit der Produktion einer hinlänglichen Arbeitsmoral begründet: "Durch straffe Zucht und nachdrückliche Heranziehung zu den notwendigen inneren Arbeiten auf der Verteilungsstelle muß die Vorbedingung dafür geschaffen werden, daß die Belgier jede Gelegenheit zu gut bezahlter Arbeit außerhalb der Verteilungsstelle als eine erwünschte Verbesserung ihrer Lage begrüßen." DZAP, Rd/Nr. 19 288, Bl. 85 ff. Über die Todesraten in KZs vgl. Passelecq, op.cit. S.272. Die traurigsten Rekorde auf diesem Gebiet sind demzufolge in den "Disziplinlagern" von Ohrdruf, Preußisch-Holland und Tessendorf erzielt worden.

(102) Die besten Unterlagen darüber gibt es aus den 1916 entstandenen Leuna-Werken (dazu weiter unten). Vgl. vor allem E.Stein, Die Entstehung der Leunawerke und die Anfänge der Arbeiterbewegung in den Leunawerken während des ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution, Diss.phil. Halle 1960. Auch Karl Früholz, Das System der Zwangsarbeit in den Betrieben der IG Farben, Diss. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED Berlin 1964 (Ms.), geht auf die Zwangsarbeiterverhältnisse im ersten Weltkrieg ein.

beide Hauptströmungen der Arbeiterbewegung - abgesehen vielleicht von der Eisenhüttenindustrie - auf einer enorm verringerten kapitalistischen Entwicklungsdynamik basierten. In fast allen wichtigen Industriezweigen war der Klassenantagonismus aufgrund einer erheblich reduzierten Kapitalfixierung erstarrt. Und erst nach zwei Kriegsjahren hält sich der Unternehmerstaat für fähig, sich aus dieser Pattsituation zu lösen - ein nicht zu unterschätzender Beweis für die Aggressivität eines überakkumulierten Gesamtkapitals. Aber selbst für das Jahr 1916 sind die Ansatzpunkte noch rar, die den endgültigen Durchbruch zum reorganisierten kapitalistischen Kommando über die lebendige Arbeit signalisieren: mancherorts wird freilich schon eine vollständig veränderte Arbeiterklasse aus dem Boden gestampft. Ein Beispiel soll zeigen, daß gleichwohl seit dem Herbst 1916 eine ganze Epoche des Arbeiterkampfs unwiderruflich zu Ende ist.
Zu Beginn des ersten Weltkriegs war die Basisindustrie der deutschen Sprengstoff- und Munitionsfabriken noch weitgehend auf Chilesalpeter als natürlichen Rohstoff angewiesen. Als sich der Krieg in die Länge zog, gewann in den Produktionsplänen der "Kriegsrohstoffabteilung" bzw. seit 1916 des "Kriegsamts" die Möglichkeit, den Salpeter nach dem Haber-Bosch-Verfahren synthetisch zu erzeugen (103), rasch an Bedeutung. Bei der technologischen Realisierung des gesteigerten Bedarfs schob sich nach erbitterten Konkurrenzkämpfen der Konzern der "Badischen Anilin- und Sodafabriken" in den Vordergrund. Es gelang den Managern des Unternehmens, mit ihrem Werk in Oppau und einem weiteren Bauvorhaben in Mitteldeutschland in der Gegend von Halle-Merseburg die Luftstickstoffindustrie, nach der Teerfarbenindustrie der jüngste Zweig des Chemiekapitals (104), weitgehend zu monopolisieren. Im Herbst 1915 setzte der BASF-Konzern das mitteldeutsche Kombinatsprojekt endgültig gegenüber der "Obersten Heeresleitung" durch; seit April 1916 ist eines der gigantischsten Neubauvorhaben der deutschen Chemieindustrie voll angelaufen. Ausgestattet mit der Autorität und den Machtmitteln der Generalität, trieben die BASF-Unternehmer es mit brutaler Härte, die alle Möglichkeiten des "kleinen Belagerungszustands" ausschöpfte (105), voran. In einer einzigen Großaktion wurden die 130 Besitzer des Baugeländes der späteren Leuna-Werke, meistens Kleinbauern und Handwerker aus 27 Dörfern, enteignet. Unmittelbar danach, Ende April 1916, konnte die BASF auf einem 4,5 x 2,1 km großen Gelände mit dem Bau beginnen. Die zweite Ausbaustufe war ein Jahr später kaum erreicht, als schon der erste Hochdruckofen für die Ammoniak-Synthese an-

(103) Vgl. E.Stein, op.cit. S.26 f.; zur Rolle von Haber und Bosch in der Gesellschaft H.Betke u.a., Zur Rolle von Fritz Haber und Carl Bosch in Politik und Gesellschaft, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der TH für Chemie Leuna-Merseburg, Jg. 1960/61, H.1.
(104) Dazu A.Beyer, 50 Jahre Stickstoffindustrie, in: Chemische Technik, Jg.1954, H.10, 11.
(105) Dazu gehörten: bevorzugte Reklamierung von Facharbeitern, forcierte Enteignungsmaßnahmen, höchste Dringlichkeitsstufe des Projekts, bevorzugte Lieferung von Eisen- und Metallkontingenten usw.

gefahren und die Produktion aufgenommen wurde.
Durch das Leuna-Projekt wurde die mitteldeutsche Arbeiterklasse schlagartig umgewälzt. Innerhalb von zwei Jahren entstand im Raum Halle-Merseburg eine enorm konzentrierte Arbeiterklasse, wobei bis weit über das Kriegsende hinaus neben den Produktionsarbeitern des Ammoniakwerks die Bauarbeiter dominierten. Das Ergebnis des Ammoniak-Booms war ein entzivilisiertes und nur schwer kontrollierbares Proletariat, das alsbald die Kämpfe in der gesamten mitteldeutschen Region anführen sollte. Das Hauptkontingent stellten die Facharbeiter, allesamt "reklamierte Wehrpflichtige", die jederzeit, wenn die Manager der BASF bzw. der Bau- und Montagefirmen es wollten, zum Kriegsdienst zurückgeholt werden konnten. Sie waren auch am Arbeitsplatz uniformiert und unterstanden den Militärgesetzen; eine besondere Einheit des Magdeburger stellvertretenden Generalkommandos, in der Barackensiedlung der Arbeiter stationiert, hatte für ihre Disziplin zu sorgen. Die zweitgrößte Arbeitergruppe waren dienstverpflichtete Arbeiter: Halbbauern-Proletarier, Dorfhandwerker, bankrotte kleine Gewerbetreibende, die sich wegen der relativ hohen Industrielöhne aus der näheren Umgebung hatten anwerben lassen. (106) Hinzu kamen riesige Kolonnen weiblicher Arbeiter, Kriegsgefangener und belgischer Zwangsarbeiter, die innerhalb der schillernden neuen Betriebshierarchie die schwersten und dreckigsten Tätigkeiten zugeschoben bekamen und dafür oft nicht einmal die Hälfte des an die männlichen deutschen Arbeiter gezahlten Lohns erhielten. (107) Ohne Zweifel setzte das BASF-Management alles daran, die derart bunt in und um Leuna zusammengewürfelte multinationale Arbeiterklasse besonders scharf unter Kontrolle zu halten. Es versuchte von vornherein, die überholte und nicht mehr durchzuhaltende Polarisierung in Facharbeiter und unqualifizierte Handlangerschicht durch eine der aufgefächerten sozialen Zusammensetzung angepaßte differenzierte Hierarchie zu ersetzen. Als ruhender Pol der Arbeitsdisziplin waren nicht mehr einfach die professionellen Arbeiter, ohnedies kaum mehr als 40 Prozent des Gesamtarbeiters, sondern eine aus dem Ludwigshafener Stammwerk abgezogene "Stammbelegschaft" ausersehen (108), die aus qualifizierten und unqualifizierten Arbeiterkategorien bestand. Damit versuchte das Unternehmen der Tatsache Rechnung zu tragen, daß es auf die seiner unmittelbaren Kontrol-

(106) Dazu Stein, op.cit. S.174 ff.: Die reklamierten Wehrpflichtigen; S.178 ff.: Die Hilfsdienstverpflichteten.

(107) Vgl. ebd., S.181 ff.: Weibliche Arbeitskräfte; S.187 ff.: Belgische Deportierte; S.190 ff.: Kriegsgefangene. Zur Klassenzusammensetzung zwischen 1916 und 1918 vgl. auch: Kämpfendes Leuna. Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter, Teil I, Halbband (1916-1933) Berlin 1961.

(108) Vgl. Stein, op.cit. S.247. Wie sehr die Zusammensetzung bei Leuna die Struktur der mitteldeutschen Arbeiterklasse im ersten Weltkrieg veränderte, zeigt E.Stein, Zur Geschichte der mitteldeutschen Arbeiterbewegung in den Jahren des 1. Weltkrieges, in: Wissenschaftliche Zeitschrift Universität Halle-Wittenberg, gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 1958/59, H.1.

le entzogenen Facharbeiter als Stützen der Betriebsdisziplin kaum mehr setzen konnte. Die Ideologie der Professionalität und des Berufsstolzes hatte sich bei ihnen in der Tat in den Schützengräben enorm gelockert. Hinzu kamen Arbeitsbedingungen, die sich von den vor dem Kriegsausbruch üblichen elementar unterschieden: ein ungeheures Durcheinander auf der Riesenbaustelle, auf der gleichzeitig rücksichtslos die Ammoniakanlage angefahren wurde; ein babylonisches Gewirr von Reklamierten in ihren Uniformen, kriegsgefangenen Franzosen und Russen - ebenfalls in ihren alten Uniformen; von Frauen, Jugendlichen und Hilfsdienstverpflichteten, und ein nicht weniger babylonisches Sprachengewirr; die Lockerung der Sexualmoral, da statt der Ehebetten jetzt allenfalls der Gang in die Frauenbaracken zu absolvieren war (109); und nicht zuletzt die Tatsache, daß der Versuch der Manager und der Militärbehörden immer wieder scheiterte, die Arbeiter, die zu über zwei Dritteln in den Leuna-Barackenkolonien vegetierten, in genauer Entsprechung der Ausbeutungshierarchie getrennt zu kasernieren. So stellten sich denn auch gerade die Barackenlager alsbald als Hochburgen immer neuer Arbeiterrevolten heraus, derart, daß sie nach dem mitteldeutschen Aufstand von 1921 endgültig wieder abgerissen wurden. (110) Mithin war von der Behäbigkeit und der reformistisch-provinziellen Bedachtsamkeit einer professionell beherrschten Arbeiterbewegung in Leuna von Anfang an nicht allzu viel zu spüren. Die Arbeitermassen von Leuna sind nach einer kurzen Periode des Abwartens gegenüber der USPD-Initiative ziemlich bald ihre eigenen Wege gegangen. (111) Die Produktion von synthetischem Ammoniak war Funktion einer weit verzweigten, verfahrenstechnisch organisierten und in sich geschlossenen Maschinerie, die einen enormen Aufwand an konstantem Kapital fixierte; sie war der Beeinflussung durch die lebendige Arbeit weitgehend entzogen. Die äußeren Umstände: das Chaos und der Dreck der Baustelle, die massenhafte Kasernierung, die soziale Entwurzelung der Mehrheit des Gesamtarbeiters, taten das ihre dazu, um eine am Produktionsablauf fixierte Arbeitsideologie und Selbstbescheidung der Proletarier gar nicht erst aufkommen zu lassen. Den Kapitalisten blieb nichts anderes übrig, als die Arbeitsmoral von außen her zu stabilisieren: durch die Bewachungseinheiten der Magdeburger Militärverwaltung und durch einen Werkschutz, der das Kommando über die deutschen Reklamierten und die Kriegsgefangenen ergänzte und gewaltsam zu-

(109) Vgl. E.Stein, Die Entstehung der Leuna-Werke, op.cit. S.186 f. Angeblich waren - nach dem Inspektionsbericht einer Referentin der Kriegsamtsstelle Magdeburg - die guten Sitten derart gelockert, daß wegen "des schlechten Rufes (...) der Arbeitsnachweis keine Arbeiterinnen mehr für das Leunawerk vermitteln" konnte.

(110) Vgl. dazu Industrie-Siedlung Leuna-Werke. Ein Rückblick, in: Siedlung und Wirtschaft, Jg.1938; E.Stein, op.cit. S.195 ff

(111) So waren 1920 10 000 Leuna-Arbeiter Mitglieder der "Allgemeinen Arbeiter-Union", und das, nachdem sich in Mitteldeutschland der USPD-Reformismus zunächst ziemlich breit entwickelt hatte! Vgl. H.H.Bock, op.cit. S.303. Bock zitiert eine Auskunft des KAPD-Mitbegründers Peter Utzelmann.

sammenfaßte. Es ist kein Zufall, daß gerade die Leuna-Arbeiterklasse sich alsbald als zentraler Motor eines qualitativ neuartigen Zyklus von Arbeiterkämpfen entpuppt; daß, wie ein DDR-Historiker verächtlich schreibt, der "Sektierer" Max Hoelz sich anschickt, in der Leuna-Barackenstadt sein Unwesen zu treiben. (112)

(112) So E. Stein, op. cit. S. 308. Es ist makaber, wie sich Stein in der sonst sehr informativen Arbeit S. 300 ff. mit der "linkssektiererischen Linie" der Leuna-Arbeiter zwischen 1919 und 1921 auseinandersetzt.

3. Die zwei Arbeiterbewegungen in der revolutionären Nachkriegsphase

Sobald sich der endgültige Bankrott der Kriegspolitik der III. Obersten Heeresleitung nicht mehr vertuschen läßt und die Großindustriellen die Generalität zu Waffenstillstandsverhandlungen drängen (113), tritt die in zwei Strömungen gespaltene deutsche Arbeiterbewegung verstärkt in Aktion. Jetzt artikuliert sich in den zunächst diffusen gesellschaftlichen Erschütterungen, was sich in ersten Ansätzen von der veränderten materiellen Ausbeutungssituation her in Bewußtsein umgesetzt hatte. Da dieser Transformationsprozeß noch nicht weit fortgeschritten war, da die Neuzusammensetzung der Klasse noch in den ersten Kinderschuhen steckte, blieb vieles verschwommen, unklar oder ist einfach in den ungeheuer beschleunigt aufeinanderfolgenden Klassenverschiebungen und Klassenzusammenstößen untergegangen. Deshalb würde jede Vereinfachung Polarisierungen heraufbeschwören, die voll herausgebildet noch gar nicht vorhanden sind. Trotzdem kristallisieren sich im Verlauf der zwei Jahre nach dem deutschen November zwei Richtungen heraus, die das Verhältnis von Arbeiterkampf und Arbeiterorganisation entscheidend beeinflussen. Sie haben ihre Schwerpunk-

(113) Vgl. zu diesem wichtigen Tatbestand J. Petzold, Die Rolle führender Vertreter des deutschen Monopolkapitals bei der Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen im Ersten Weltkrieg, in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, Berlin 1966, S. 79 ff.; ders., Die Entscheidung vom 29. September 1918; in: ZMG, 1965, H. 5.

te in unterschiedlichen Phasen der revolutionären Nachkriegskrise und bestimmen in einer gut faßbaren Periodisierung das historische Geschehen: die Etappe der professionellen Räteautonomie vom November 1918 bis Frühjahr 1919, die, ohne jegliche politische Macht, von Sozialdemokratie und Generalität mühelos zerschlagen wird, und die Periode von Herbst 1919 bis Frühjahr 1921, wo die revolutionierte Arbeitermehrheit von den Zentren der "anderen" Arbeiterbewegung aus das Verhältnis von Arbeiterautonomie und Kampf um die politische Macht praktisch zu lösen sucht. Die erste Arbeiterrevolution der deutschen Geschichte bricht endgültig im Frühjahr 1921 mit der Niederlage des mitteldeutschen Aufstands zusammen. Die zwei Perioden der proletarischen Nachkriegskämpfe werden von den zwei Flügeln des Arbeiterkampfs bestimmt, so wie sie sich ansatzweise schon in der wilhelminischen Ära gegeneinander profiliert hatten. Sozialdemokratie und Gewerkschaften hingegen entwickeln sich endgültig zu Momenten des kapitalistischen Gegenangriffs in der Fabrik wie auf gesellschaftlicher Ebene, ihre Politik ist zusammen mit Generalität und Gesamtkapital von Anfang an gegen die gesamte Arbeiterklasse gerichtet und kennt keine Phasenunterschiede. Demgegenüber nimmt die KPD nach der Arbeiterniederlage die Traditionen der professionellen Arbeiterbewegung, um spezifische Modifikationen des Internationalismus bereichert, wieder auf, während von der Kapitalseite her in einer immensen Rationalisierungsbewegung die Neuzusammensetzung der Durchschnittsarbeitskraft vorangetrieben wird.
Die zweifellos konstanteste Kampflinie gegen die Arbeiter ist repräsentiert durch die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Sie haben den Eintritt in die Vaterlandspartei und den "Burgfrieden" schon immer als Mittel zum Zweck verstanden, als unabdingbare Durchgangsstufe zu einer breiten gesellschaftlichen Leitung des Wiederaufbaus und des Übergangs zum Staat der Arbeit, nachdem sich das Festhalten an der politischen Strömung der Arbeiterklasse als inadäquat erwiesen hatte. Die Ebert, Legien, Scheidemann und Noske wissen sich mitsamt ihrem institutionellen Apparat auf einer gemeinsamen taktischen Linie mit den Kapitalmagnaten der neuen Industrien, die innerhalb der Kriegswirtschaft die ersten Fundamente für die technisch-ökonomische Reorganisation des Verhältnisses von Kapital und Arbeit geschaffen haben. (114) Sie arbeiten mit an den erforderlichen Voraussetzungen, damit das kapitalistische Hirn eine neue Initiative gegen die Erstarrung in den Ausbeutungsbeziehungen gebiert. Nicht länger soll die

(114) Es ist frappierend, wie sich die wirtschaftspolitischen Strategien der Mehrheitssozialdemokratie der Publizistik der Rathenau in dieser Zeit angleichen und umgekehrt. Für die Sozialdemokratie und den AEG-Präsidenten geht es gemeinsam darum, die kapitalistische Ausbeutungsorganisation als gesellschaftliche Klassenorganisation zu propagieren und die Arbeiterklasse endgültig in die kapitalistische Entwicklung hineinzunehmen. Die "neue Wirtschaft" wird nach diesen Vorstellungen nicht sein oder zu einer stabilen und "bewußt geplanten" Synthese von Kapital und Arbeit werden. Vgl. dazu exemplarisch W. Rathenau, Die neue Wirtschaft, Berlin 1918; R. Wisell, A. Striemer, Ohne Planwirtschaft kein Aufbau. Eine Aufklärungsschrift, Stuttgart 1921.

Neubestimmung des unternehmerischen Kommandos, welches sich gerade anschickt, mittels des gewerkschaftlich-kapitalistischen Demobilmachungsamts einen erfolglosen Zyklus der Verlagerung seiner Krisenmomente nach außen abzuschließen und die Arbeiter von den Kanonen an die Drehbänke zurückzubringen (115), in den bisherigen Halbheiten - beschleunigte Kapitalkonzentration und -kombination, Aufbau neuer industrieller Teilsektoren, Perfektionierung der traditionellen Technologien - steckenbleiben. Diesmal soll der Angriff tiefer gehen. Er soll die Struktur des Gesamtarbeiters völlig umwälzen und die beiden Arbeiterbewegungen mit einem einheitlichen Instrumentarium aus ihren Positionen vertreiben, derart, daß die politisch weitgehend homogenisierte Facharbeiterschicht an ihrer materiellen Basis ausgehöhlt, aber auch bei der beschleunigten Reproduktion der unqualifizierten Arbeitermassen deren rebellischer, auf regionale Schwerpunkte fixierter Kampfcharakter gezähmt wird. Rationalisierung, Mechanisierung der Produktion, Versachlichung der Arbeitsabläufe bei staatlicher Regulierung der Gesamtproduktion: was bislang in den Köpfen der Utopisten von AEG und SPD-Kneipwirten und Parlamentsabgeordneten herumspukte (116), wird zum konkreten Kampfprogramm. Unmittelbares Ziel ist die Liquidierung aller Ansätze professioneller "Arbeiterkontrolle" und regionalen Arbeiterrevolten, die aufgrund ihrer internationalen Dimension und ihrer kombinierten Wirkungen auf die Arbeitsproduktivität sehr wohl die Entwicklungsperspektive eines deutschen Nachkriegskapitalismus blockieren. Das Ergebnis des Wiederaufbaus soll eine neue unternehmerische Dynamik innerhalb des demokratisierten Staats der Arbeit, eine sprunghafte Rekonstruktion des Industriepotentials, die endgültige Realisierung des zynischen Plans des Arbeiterreformismus sein, sich nicht mehr nur auf die professionellen Arbeiter zu berufen, sondern die gesamte Klasse in die kapitalistische Entwicklung hineinzunehmen. Es ist unglaublich zu sehen, mit welcher Energie, Elastizität und Kühnheit die Ebert, Legien, Noske, Severin und Co. seit dem Herbst 1918 im Dienst dieser Programmatik operieren.(117) Wie sie, nachdem sie jahrelang die entstehende Obleute- und Räteorganisation

(115) Zur Entstehung und Funktion des Demobilmachungsamts liegt bisher nur die Untersuchung von W.Richter, Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat, op.cit., vor. Zur Diskussion über das Verhältnis von Demobilmachung und Einleitung der Rationalisierungsoffensive wären folgende Akten des Bundesarchivs Koblenz zu konsultieren: Reichskanzlei R 43 I/1324, Akten betr. Protokolle der Kabinettssitzungen, Bd.1, 14.11.1918 - 12.12.1918.

(116) Umso mehr erstaunt, wie konsequent diese "Utopisten" 1918 vorgingen: während Rathenau die Homogenisierung der kapitalistischen Planung vorantrieb, konzentrierten sich Sozialdemokratie und Gewerkschaften auf die Rückgewinnung ihrer Initiative in den industriellen Ballungszentren. Vgl. E. Lederer, Die Gewerkschaftsbewegung 1918-1919 und die Entfaltung der wirtschaftlichen Ideologien in der Arbeiterklasse, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd.47, 1920/21, S.219 ff.

(117) In diesem Zusammenhang sollten vor allem G.Noske, Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, und C.Severing, 1919/20 im Wetter- und Watterwinkel, Bielefeld 1927, gelesen werden.

der politischen Polizei und den stellvertretenden Generalkommandos denunziert haben, im richtigen Augenblick in sie eindringen und sie mittels ihrer alten Funktionärskader bis hin zum Reichsrätekongreß paralysieren, (118) indem sie einfach deren Halbheiten und panische Angst vor der Ausübung politischer Macht verstärken. Wie Noske sich in Kiel an die Spitze des Matrosenaufstands setzt (119), um unmittelbar darauf in Berlin die ersten Freikorps aufzubauen und mittels ihrer selbst die geringfügigsten Ansätze zur proletarischen Macht im Keim zu ersticken. Wie die "Generalcommission" und das Großkapital die "Zentralarbeitsgemeinschaft" zimmern, um erst einmal "die bisher am Werk gewesenen Elemente der Individualwirtschaft wieder in Gang zu bringen", und später zu "sehen, wie man in die Dinge eingreift und die Wirtschaft den neuen Gesichtspunkten entsprechend ummodelt" (120). Wie die Sozialdemokratie über den "Rat der Volksbeauftragten" im Dienst des kapitalistischen Reorganisationsplans (121) immer da eine entfesselte Soldateska zuschlagen und systematisch killen läßt, wo reale Widerstandslinien gegen den großen Plan der Erneuerung des Ausbeutungszyklus entstehen.

Die internationalistisch-professionelle Strömung der Arbeiterbewegung hat in Deutschland nichts von der zynischen Entschlossenheit und Brutalität eines Noske aufzuweisen. Alles, was sie real vorantreibt, geschieht von Berlin, Leipzig und Chemnitz bis hin nach Kienthal und Zimmerwald unter der Etikette des Pazifismus, der Defensive, der panischen Angst vor der Bestimmung der Klassengewalt. Die USPD und in ihrem Schlepptau der Spartakusbund entwickeln sich zum Tummelplatz der Rätebewegung. Das kautskyanische Zentrum spaltet sich in dem Augenblick von der Mehrheitssozialdemokratie ab, wo in den Zentren Berlin und Sachsen unter der Führung der professionellen Arbeitergruppen mit der Massenstreikbewegung vom April 1917 (122) ein neuer Kampfzyklus beginnt. Entsprechend ihren uner-

(118) Zur Taktik der Sozialdemokratie auf zentraler Räteebene vgl.: Allg. Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, 16.-21.12.1918. Stenographischer Bericht. Hrsg. Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschland, Berlin 1919; sowie E. Kolb, R. Rürüp, Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik 19.12.1918-8.4.1919. Vom ersten zum zweiten Rätekongreß, Leiden 1968.

(119) Vgl. Noske, op. cit. S. 8 ff.

(120) So Koeth in einem Bericht über die Fachgruppen des Demobilmachungsamtes, in dem er vorschlägt, sie später als Wirtschaftsverbände zur Steigerung der Produktivität einzusetzen. Bundesarchiv Koblenz, Reichskanzlei R 43 I/1324, Protokolle der Kabinettssitzungen, Bd. I, Bl. 282.

(121) Vgl. I. Materna, Zur Wirtschaftspolitik des Rates der Volksbeauftragten, in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, op. cit. S. 95 ff.; E. Matthias, S. Miller (Hrsg.) Die Regierung der Volksbeauftragten, 2 Bde., Düsseldorf 1968.

(122) Literatur zu den deutschen Aprilstreiks 1917: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, op. cit. S. 676 ff.; H. Scheel, Der Aprilstreik 1917 in Berlin, in: Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/18, Berlin 1957, S. 3 ff.; K. Schneider, Der Streik der Leipziger Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg im April 1917 und die Haltung der Leipziger USPD-Führung, in: BzG, 1963, H. 2. Die professionelle Führung ist übrigens von Anfang

schütterten berufsbezogenen Wertvorstellungen beginnen die Arbeiter-Techniker, sich unter weitgehendem Einschluß der Techniker-Angestellten auf Betriebsebene zu organisieren. Die "Arbeiterausschüsse" und Schlichtungsgremien des "Vaterländischen Hilfsdienstes" werden als Tribüne der Agitation für die Selbstverwaltung der Produktion durch die Arbeiter und für eine schnelle Beendigung des Kriegs benutzt. Der Kampf um die Macht wird in seiner Stoßrichtung reduziert auf den Kampf um die Arbeiterautonomie in den Betrieben, wo die Räte als Institutionen direkter Demokratie die Organisation der Arbeit auf der formellen Ebene der Betriebshierarchie bestimmen. Die Wirtschaftsstruktur ist hingegen für den Sozialismus "noch nicht reif", und deshalb erscheint den USPD- und Rätetheoretikern jede Auseinandersetzung mit dem Problem der Umwälzung der politischen Herrschaftsverhältnisse überflüssig.(123) So konnten die Vorstellungen der klassischen Sozialdemokratie vom "Sozialismus", jener harmlosen Gesellschaftsoperation, die sich nur schrittweise und auf streng vorgeschriebenem parlamentarisch-institutionellem Weg vollziehen lasse, fröhliche Urständ feiern. Das waren die Zielvorstellungen, mit denen sich die Facharbeiterkader der Berliner und sächsischen Metallindustrie endgültig von Gewerkschaften und Mehrheitssozialdemokratie abwendeten. Die "Arbeiterkontrolle" der Räte über den Reproduktionszyklus wird verstanden als betriebliches Kampfinstrument; sie hat die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß "Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit im deutschen Volk wieder Wurzel schlagen können." (124) Allein dieses Zitat zeigt, wie sehr die Facharbeiter 1918 gezwungen sind, in die Defensive zu gehen; wie sehr sie sich im Gegensatz zur wilhelminischen Ära nicht mehr auf die Erkämpfung ihres status quo konzentrieren, sondern auf die Restauration einer historisch längst überholten Ausbeutungssituation eingeschworen sind.
Aber trotz dieser Rückwärtsgewandtheit wird die erste Phase der proletarischen Nachkriegskämpfe bis zum bitteren Ende in der Generalstreikwelle des Frühjahrs 1919 (125) von der professionellen Arbeiterbewegung be-

an charakteristisch: in einer typischen Nachtrabpolitik werden den massenhaften Hungerrevolten nach dem "Kohlrübenwinter" 1916/17 pazifistische Streik- und Manifestationsparolen aufgesetzt.

(123) So Kurt Eisner, der Volksbeauftragte Barth, aber auch der Senior der Internationale, Karl Kautsky. Vgl. R. Müller, Die Novemberrevolution, Berlin 1928, bes. S.198 ff.; K. Kautsky, Was ist Sozialisierung?, 2. Auflage, Berlin 1920. Vor allem die USPD machte sich also daran, die defensive Orientierung der Rätebewegung, die den bisherigen status quo der Facharbeiter erhalten wollte und nichts weiter, "marxistisch" zu theoretisieren.

(124) So der "Arbeiter-Rat". Zit. nach P. v. Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963, S.100.

(125) Zu den Generalstreiks und dem damit verbundenen Berliner Aufstandsversuch im März 1919 vgl. vor allem: R. Knoll, Der Generalstreik und die Märzkämpfe in Berlin im Jahre 1919, in: Wissenschaftliche Zeitschrift Karl-Marx-Universität Leipzig, gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 1957/58, S.477 ff.; P. v. Oertzen, Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 6. Jg. 1958, S.231 ff.; H. Schubert, Der mitteldeutsche Generalstreik 1919, Diss. phil. Leipzig

stimmt. Denn sie ist, kombiniert mit einem radikalen, durch den russischen Oktober bestärkten internationalen Pazifismus, sehr wohl in der Lage, das kapitalistisch-gewerkschaftliche Demobilmachungsprojekt zu blokkieren. Sie verhilft einer realen Arbeiterautonomie zum Durchbruch, welche die kapitalistisch-gewerkschaftliche Reaktion auf Betriebsebene zu einer komplizierten Hinhaltetaktik zwingt. (126) Ihr Manko besteht nur darin, daß sie erstens die Frage der proletarischen Produktionskontrolle mit der Machtfrage schlechthin verwechselt, daß sie der Illusion verfallen ist, aus dem Kampf um die Arbeiterautonomie in den Betrieben würde ein entsprechendes Wirtschaftssystem der restaurierten professionellen Arbeit sozusagen von selbst entstehen: als ob es auf gesellschaftlicher Ebene nicht noch einen intakten Verwaltungs- und Militärapparat gegeben hätte, der nicht die geringste Lust zeigte, die Umwälzung der Klassen in die Richtung eines vergesellschafteten Kapitals mit einer weit außerhalb stehenden und selbstorganisierten Arbeiterklasse kampflos hinzunehmen. Die Problematik der Rätebewegung wird zweitens in der Tatsache deutlich, daß sie mit ihren beschränkten Kampfzielen keinesfalls mehr dem inzwischen aufgekommenen antagonistischen Arbeiterverhalten entspricht, das seinen ganzen Haß von Anfang an gegen die Militärmaschine und die Generalität richtet. Die Räte sind nur von einer minoritären Schicht der Arbeiterklasse als adäquate Kampfinstrumente anerkannt, sie sind Institutionen der Arbeiterautonomie in den klassischen Facharbeiterzentren der Investitionsgüterindustrie. (127) Sie dominieren die Klassenbewegung bis zum Frühjahr 1919 lediglich deshalb, weil sie die Propagandisten der großen Massenstreiks von 1917 gewesen sind und weil sie seither in der USPD und im Spartakusbund einen wirkungsvollen überbetrieblichen Resonanzboden für ihre Agitation besitzen. Gleichwohl hat diese politische Vormachtstellung fatale Folgen. In der entscheidenden Phase der Novemberrevolution, in jenen Monaten November und Dezember, wo das Ebert-Groener-Abkommen gegen die Arbeiter zwar schon zu Papier gebracht, aber noch nicht verwirklicht ist, bleiben die Arbeitermassen unter der Führung der Facharbeiteravantgarden auf den Kampf um die Fabrikautonomie beschränkt. Alle darüberhinausgehenden Initiativen, die konkret auf Bewaffnung und Machteroberung drängen, werden paralysiert und bei ih-

1963; W. Schumann, Zu den Massenkämpfen des oberschlesischen Proletariats in den Monaten März/April 1919, in: ZfG, Sonderheft zum 40. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution 1918, 1958.

(126) Zur Taktik der Gewerkschaften gegenüber der Räteautonomie sei vor allem empfohlen, D. Baudis, Revolution und Konterrevolution im Kampf um die Betriebe (November/Dezember 1918), in: JWG, 1968, T. IV, S. 125 ff.

(127) Vgl. die drei klassischen Untersuchungen über die Klassenbasis der Rätebewegung: E. Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-19, Düsseldorf 1962; P. v. Oertzen op. cit.; W. Tormin, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954. Interessante Dokumente zur Rätebewegung hat kürzlich G. Hillmann herausgegeben: Die Rätebewegung, Bd. I/II, Reinbek bei Hamburg 1971.

rem Scheitern auf den Räteversammlungen oder gar dem zweiten Reichsrätekongreß mit Schweigeminuten bedacht. (128) Es war schon makaber genug gewesen, wie das Berliner USPD-Zentrum sich 1917 vom Matrosenaufstand der Kriegsflotte abgesetzt hatte, da es ja tatsächlich außer ein paar Vorschlägen zur Organisation der Massenagitation nichts zur Insurrektion beizutragen gewußt hatte (129); aber die Niederschlagung des Berliner Aufstandsversuchs der Obleutegruppe um Pieck und die Spartakusfraktion um Liebknecht, der verzweifelte Versuch einer Minderheit dieser anachronistisch gewordenen Form von Arbeiterbewegung, im letzten Augenblick das festgefahrene Ruder herumzuwerfen und der inzwischen zentralisierten Konterrevolution im Januar 1919 eine zentrale proletarische Gegenoffensive entgegenzuschleudern (130), hat die Begrenztheit der Räteinitiative erst voll erfahrbar gemacht. In den letzten Kriegsjahren hatte Liebknecht das borniert-defensive Verhalten aller Flügel der professionellen Arbeiterbewegung ansatzweise auf die zugrundeliegende Klassenbasis zurückgeführt. Ende 1916, im Untersuchungsgefängnis, hatte er über die Polarisierung dreier noch immer durch die Sozialdemokratie kontrollierter Schichten der Arbeiterklasse geschrieben: über den politischen Funktionärsapparat, der sich längst am großen Reorganisationsmodell eines weiter vergesellschafteten Kapitals orientierte; über die "besser situierten gelernten Arbeiter", die nur "protestieren" wollen und "sich nicht entschließen (können), den Rubikon zu überschreiten"; und über die "besitzlose Masse der ungelernten Arbeiter", den Teil der Arbeiterklasse, der absolut nichts zu verlieren hatte und am ehesten bereit sein würde, die Machtfrage zu stellen: "Für sie ist die Rechnung klar (...). Sie haben an diesen Staaten wirklich nichts zu verlieren als ihre Ketten, und durch ihre Niederwerfung und Sprengung alles zu gewinnen." (131) Aber Liebknecht und mit ihm der ganze "linksradika-

(128) Vgl. beispielsweise: Stenografisches Protokoll des Münchner Räte-Kongresses v. 8.3.1919, auszugsweise abgedruckt in Hillmann, op.cit. S.138.

(129) Zum Matrosenaufstand der Hochseeflotte im Jahr 1917 vgl. E.O.Volksmann, Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege, Berlin 1925, S.173 ff.: Der Kampf in der Flotte, sowie die Dokumente S.288 ff. Deutschland im ersten Weltkrieg, op.cit., Bd.2, S.695 ff.; sowie die Dissertation von H.-J.Bernhard, Der Aufstand in der deutschen Hochseeflotte im Sommer 1917, Diss.phil. Leipzig 1958. Zur Stellung der USPD heißt es in "Deutschland im ersten Weltkrieg", S.699, lakonisch: "Im Grunde bewegte sich das alles noch im Rahmen des gesetzlich Zulässigen. Unmittelbare Verbindungen, die über diesen Rahmen hinausgingen, wünschten die USPD-Führer offensichtlich nicht."

(130) Vgl. dazu: Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, im Auftrage des OKH bearb. und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Bd.6: Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918-1920, Berlin 1940; hier wird das Vorgehen der Soldateska natürlich glorifiziert, die Analyse ist aber wichtig, weil die meisten Dokumente im zweiten Weltkrieg vernichtet worden sind. Apologetisch dagegen und die zwielichtige Rolle der KPD(s) verschleiernd die Darstellung der SED: H.Schmidt, A.Loesdau, Die Januarkämpfe 1919 in Berlin, Bezirksleitung der SED Groß-Berlin, 1960.

(131) K.Liebknecht, Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Sozialdemokratie, in: ders., Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß, geschrieben in den Jahren 1917-1918, Berlin 1921. Zit. nach Hillmann, op.cit. S.9.

le" Flügel der Sozialdemokratie hat aus dieser Analyse keine Konsequenzen mehr zu ziehen vermocht, derart, daß die revolutionär-organisatorische Vorwegnahme des Verhältnisses von Räteautonomie und Klassenbewaffnung gegen den kapitalistischen Staat der Klasse eine ohnmächtige erste Kampfperiode erspart hätte, die voll unter der Kontrolle der "besser situierten gelernten Arbeiter" war. Die seit Jahrzehnten überfälligen Schlußfolgerungen in der Organisationsfrage ließen sich nicht mehr in der revolutionären Situation nachholen: der von Liebknecht ohne bzw. wahrscheinlich gegen die Leitung der KPD(s) unterstützte Berliner Aufstandsversuch vom Januar 1919 ist historisches Dokument eines kläglichen Scheiterns. Die Räteautonomie blieb vor dem Rubikon stehen, während die Noske und Co. im Interesse ihrer Klassenstrategie schon alles auf eine Karte setzten. Sie hat sich in der defensiven Generalstreikbewegung vom Frühjahr 1919 endgültig erschöpft, während mit oberster Billigung der Sozialdemokratie die bewaffneten und offensiven Arbeiterminderheiten von den Freikorps zusammenkartätscht wurden. (132)
Seit dem Frühjahr 1919 waren die Räte-Avantgarden der deutschen Arbeiterklasse politisch tot. Die kapitalistisch-sozialdemokratische Reorganisationspartei hatte auf eine zaghafte und effektiv machtlose Arbeiterautonomie mit dem präventiven Gegenaufstand geantwortet. Dabei wäre bei oberflächlicher Betrachtung vom politisch-ökonomischen Programm her die Rätebewegung zumindest in einigen Teilaspekten durchaus in das Projekt der Fortführung der im Weltkrieg angebahnten Mechanisierung der Produktion hineinzunehmen gewesen: eine nicht unwesentliche Übereinstimmung bestand darin, daß auch die Rätebewegung sich der Konzeption nicht verschloß, eine neue Ideologie der Arbeit auf den Schild zu heben. Der Unterschied bestand nur in der Bestimmung der Arbeiterautonomie, darin, daß die Räte immer in der Gleichung: Selbstverwaltung der Produktion = Erhaltung des gefährdeten Stands der Arbeitsorganisation und der Arbeitsteilung - dachten. Hierin schieden sich natürlich die Geister. Die Fortdauer einer Arbeiterexistenz außerhalb des Kapitals wurde von der "Zentralarbeitsgemeinschaft" gerade deshalb bekämpft, weil sie sich einem inhaltlich veränderten Produktionsverhältnis, der mechanisierten Arbeit, verweigern würde. Aber war nicht trotzdem ein langwieriger Transformationsprozeß denkbar, in welchem die Selbstverwaltung der Mehrwertproduktion durch die Räte nicht mit den veränderten Ausbeutungsbedingungen fusionieren konnten? Tatsächlich haben Sozialdemokratie und Gewerkschaften seit der Stabilisierung von Weimar gerade hier mit ihrer Agitation für die Betriebsrä-

(132) Die bisherige Literatur über die Frage der bewaffneten Macht in der ersten Periode der deutschen Revolution reicht bei weitem nicht aus, um zu den Details des Problems vorzudringen; die meisten - so weit überhaupt relevanten - Texte stammen aus der DDR-Historiographie und sind ihrerseits an einen gewissen Rubikon gebunden. Vgl. die Literaturübersicht von H. Oeckel, Zur proletarischen Militärfrage in der Novemberrevolution (Literaturbericht), in: ZMG, 7.Jg.1968, H.5, S.619 ff.

te, mit ihren Parolen der "Sozialisierung" und der Konzeption der "Wirtschaftsdemokratie", angesetzt. (133) Warum mußten dann aber, wenn dies zutrifft, die Noske und Co. erst einmal eine Phase des Massakers und des Massenterrors gegen die Räteautonomie absolvieren? Die klarste Antwort darauf ist die weitere Entwicklung des historischen Arbeitersubjekts. Wir sind im Gegensatz zu Bologna (134) der Auffassung, daß die Unversöhnlichkeit der Arbeiter mit der kapitalistisch-gewerkschaftlichen Rekonstruktionsstrategie nicht nur in der internationalistischen Dimension der Rätebewegung begründet liegt, wenn es auch zutrifft, daß im wesentlichen der Internationalismus und nicht etwa der betriebliche Selbstverwaltungsformalismus die kapitalistische Entwicklung blockierte. (135) Einen sehr viel wichtigeren und bis heute weitgehend unbeachteten Grund sehen wir darin, daß die Räteautonomie der professionellen Arbeiter-Techniker zwar den Arbeiterkampf in der ersten Nachkriegsphase kontrollierte, daß aber mit deren gewaltsamer Niederschlagung die unqualifizierten Arbeitermassen selbst in Aktion getreten sind. Für sie war seit der spektakulären Niederlage in den Facharbeiterzentren, vor allem in Berlin, die Rätebewegung als Motor der revolutionären Umwälzung, mit deren Zielen es ohnedies nur wenig Gemeinsames gab, tot. "Die Räte sind tot. Deshalb kann die Machtbefugnis der Räte nicht mehr der Gradmesser für den Stand der revolutionären Bewegung sein", können wir beispielsweise in einer Sommerausgabe 1919 der "Räte-Zeitung" lesen. "Eine reale Macht hatte die Berliner Räteorganisation nie. Es war nur eine Macht auf tönernen Füßen, die nach einigen Stößen, die ungeschickt pariert wurden, zusammenbrechen mußte. Und es konnte nicht anders sein. Die Berliner Vollversammlung der Arbeiterräte war ein Sammelsurium von lebendigen Leichnamen, die keine Ahnung von Zweck und Notwendigkeit ihres Bestehens hatte." (136) Das sind neue Töne, die hier angeschlagen werden: im Zentrum steht die Frage des Verhältnisses der Räte zur politischen Macht. Die Räte haben es nicht gelöst. Also muß das Verhältnis von Klassenzusammensetzung und Organisationsfrage gegen eine inzwischen voll aufmarschierte Konterrevolution neu hinterfragt und neu entwickelt werden. Die Arbeiter machen sich im Sommer und Herbst 1919 mit Vehemenz an diese Aufgabe. Sie grenzen sich, wie der berühmte Heidelberger Parteitag der KPD zeigt, konsequent von allen Status-quo-

(133) Das berühmte Buch des Wirtschaftstheoretikers Naphtali - der übrigens die Wirtschaftspolitik des zionistischen Israel mit aus der Taufe hob und so gleich praktisch demonstrierte, wie sich dieses Modell unter den Bedingungen der ursprünglichen Akkumulation verwirklicht - setzte im wesentlichen die in der Novemberrevolution von Wissell entwickelte Linie fort. Vgl. F. Naphtali, Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Sonderausgabe für IG Metall, Neudruck Frankfurt/M. 1966.

(134) Vgl. S. Bologna, Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Theorie der Partei in den Anfängen der Rätebewegung, op. cit., für den die ungelernten Arbeitermassen als historisches Subjekt kaum existieren.

(135) Ebd. S. 15.

(136) O.W., Zum Kapitel Räte und Betriebsorganisation, in: Räte-Zeitung, 1919, Nr. 54.

Tendenzen der Räte-Reste, die nach ihrem eigenen Scheitern die Revolution für alle verloren sehen, ab, und gründen gegen die von der Sowjetunion gestützte Leitung eine eigene Arbeiterpartei, die KAPD. (137) Sie verlassen gleichzeitig zu Hunderttausenden die freien Gewerkschaften, um, die Erfahrungen des Frühjahrs verarbeitend, jenseits ihrer und der Räte eine neue Klassenlinie herauszufinden. Im Zusammenhang mit der KAPD entsteht, eingebettet in das Konzept einer revolutionären Betriebs-Organisation, die "Allgemeine Arbeiter-Union". (138) Die ganze zweite Phase der proletarischen Nachkriegskämpfe erlebt eine Strategiedebatte auf Massenebene, den Versuch, den ganzen historischen Rückstand in der Artikulation der Kampf- und Organisationsziele der zweiten unqualifizierten Arbeiterbewegung nachzuholen. Die Diskussion zeitigt klare Ergebnisse. "Rein wirtschaftliche Kämpfe sind eine überlebte Erscheinung und bedeuten eine Hemmung der revolutionären Bewegung, da während derselben die Aufmerksamkeit des Proletariats von seinen politischen Aufgaben abgelenkt wird" (139): dieses bisherige Dilemma sollen die Betriebs-Organisationen der Arbeiter, die Autonomie auf Fabrikebene und Kampfinstrumente für die politische Macht in einem zu garantieren haben, lösen." Fundiert im Produktionsprozeß, negieren diese Organe des klassenbewußten Proletariats den traditionellen Dualismus von Wirtschaft und Politik und kämpfen wirtschaftlich und politisch zugleich, in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß in der Phase gesteigerten Klassenkampfes Wirtschaft und Politik zu einer untrennbaren Einheit verbunden sind." (140) Die Betriebsorganisationen "müssen Umsturz- und Aufbau-Organisation in einem sein." In der proletarischen Massenpresse dieser Zeit wird jetzt überall auf eine analoge revolutionäre Ar-

(137) Zur Geschichte der KAPD vgl. H.M.Bock. op.cit. S.225 ff.; B.Reichenbach, Zur Geschichte der KAPD, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, XIII.Jg.1928, S.117 ff.

(138) Vgl. Bock, op.cit. S.188 ff. Eine endgültige Beurteilung des deutschen Industrie-Unionismus, der nach 1921 rasch wieder verfiel, ist wohl nur bei systematischer Auswertung seiner Zeitungen und Zeitschriften, die 1910 und 1921 Massenauflagen erreichten (vgl. die ausführliche Bibliographie bei Bock) und des erhaltenen Archivmaterials möglich. Vgl. vor allem Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Archiv für Rätebewegung, Mappe 218 bis 243: KAPD, AAUD, AAUE, KAJ, KAI. Nach H.Bötcher, Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Amerika, Deutschland und England. Eine vergleichende Betrachtung, Jena 1922, sind in der AAUD neben den wie in den IWW dominierenden ungelernten Arbeitern auch radikalisierte Facharbeitergruppen organisiert gewesen (S.74). Dies könnte die angesichts der Fähigkeit des deutschen Unionismus, die Kämpfe innerhalb der kapitalistischen Entwicklung zu radikalisieren, zunächst frappierend falschen anti-institutionellen Auseinandersetzungen nach 1921 erklären. Auf keinen Fall ist jedoch Cacciari zuzustimmen, der den Linkskommunismus pauschal den professionellen Rückwärtsgewandtheiten zurechnet; Cacciari müßte sich dann zumindest mit dem Phänomen der Märzrevolution nach dem Kapp-Putsch auseinandersetzen. Vgl. Cacciari, op.cit. S.71, S.73 f. Zwischen der Klassenoffensive von 1920/21 und den Wolkenstürmereien eines Korsch oder Lukács besteht ein sehr realer Unterschied.

(139) O.W., Zum Kapitel Räte und Betriebsorganisation, op.cit.

(140) R.Zimmer, Die Rolle der Organisation in der proletarischen Revolution, in: Die Aktion, Jg.1921, S.480.

beiterorganisation in den USA, die "Industrial Workers of the World" (141), hingewiesen. Hier wie dort habe die Arbeiterklasse gelernt, sich aus der engstirnigen Bindung an Arbeitsinhalte und Arbeitsoperationen zu lösen. Die deutschen Proletarier hätten bitteres Lehrgeld zahlen müssen, um zu begreifen, daß die Selbstbestimmung über die Produktion, die ohnedies nicht unmittelbar vom Betrieb her, sondern ausgehend von den großen Wirtschaftszweigen erkämpft werden müsse, nie vom bewaffneten Kampf um die politische Macht getrennt werden könne. (142)
Angesichts dieser Strategiedebatte, die in einzelnen Regionen auch schon in der ersten Phase der Nachkriegskämpfe im Schatten der Rätebewegung geführt worden war (143), ist leicht erklärlich, daß ein Noske, der seinen Oberbefehlshaberposten in Berlin mit den Worten: "Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht", (144) übernommen hatte, weitsichtiger war als die Exponenten der Rätebewegung. Die Konterrevolution operierte von Anfangan in den Dimensionen einer Unterdrückung des Gesamtarbeiters. Tatsächlich hatten die Chemiearbeiter von Leuna, die norddeutschen Hafen- und Werftarbeiter und die Bergarbeiter im Mansfeldischen und im Ruhrgebiet schon ganz andere Initiativen ergriffen - Initiativen, durch die die Ergebnisse der Strategiedebatte vom Herbst 1919 an vielen Punkten schon praktisch vorweggenommen wurden. Die Hamborner Bergarbeiter beispielsweise, aus der Sicht der Wuppertaler Maschinenarbeiter schon immer finstere Proleten aus dem wilden Westen, hatten schon bald nach den Novemberereignissen ein recht distanziertes Verhältnis zu ihrer Räteorganisation entwickelt. Für sie brachte es nichts ein, wenn sich die USPD-Kader in Diskussionen über die Veränderung der Hierarchie und diverse Arbeitserleichterungen erschöpften. Sie setzten ziemlich bald die Steigerhierarchie mitsamt ihren "Zechenschutzwehren" außer Gefecht - eine Aktion, die symptomatisch für den Beginn eines inhaltlich radikalisierten Kampfzyklus in den Zentren der "anderen", durch den Krieg massiv ausgeweiteten Arbeiterbewegung ist. Die Hamborner Bergarbeiter waren es denn auch, die ähnlich wie viele norddeutsche Hafen- und Werftarbeitergruppen schon vor dem Berliner Januaraufstand begannen, konkret die Machtfrage zu stellen: sie bewaffneten sich während einer Streikaktion auf der eigenen Zeche, griffen in die Kämpfe auf den Nachbarzechen ein und fingen von den Gruben aus

(141) Vgl. ebd. In einem Flugblatt vom September 1919 haben die IWW übrigens direkt zum Eintritt in die "Allgemeine Arbeiter-Union" aufgerufen. Das Flugblatt ist abgedruckt in: Bock, op.cit. S.355 f. Die besten Informationen über den Zusammenhang zwischen IWW und deutschen Industrie-Unionismus liefert Bötcher, Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung ..., op.cit.

(142) Wieweit diese Einsichten praktisch verifiziert werden konnten, untersucht Bock, op.cit. S.288, bisher noch am ausführlichsten: Die linksradikalen Organisationen in den proletarischen Massenaktionen 1920/21.

(143) Vgl. Bock, op.cit. S.122 ff.: Die Konsolidierung der linksradikalen Traditionen in der deutschen Revolution 1918/19: Die Phase der revolutionären Ernüchterung und die Anfänge linkskommunistischer und syndikalistischer Organisationsbildung; vgl. auch Bötcher, op.cit. S.73 f.

(144) G.Noske, op.cit. S.68.

einen mobilen Kleinkrieg gegen die aufmarschierten Freikorps an. (145) Überhaupt müssen die nach der Niederschlagung des Berliner Aufstands entstehenden Räterepubliken als erste revolutionäre Antwort der "anderen" Arbeiterbewegung auf das Desaster ihrer bisherigen politischen Bevormundung verstanden werden: sie drängt überall da zum Aufstand und überrollt überall da den Professionalismus der Räte, wo sie von ihrer sozialen Zusammensetzung her am stärksten konzentriert und seit jeher am wenigsten von Gewerkschaften und Sozialdemokratie kontrolliert gewesen ist. Während die Arbeiterautonomie in Berlin, Leipzig und Chemnitz Schritt für Schritt vor der Gegenoffensive der "Zentralarbeitsgemeinschaft" zurückweicht, und während ihre politischen Institutionen unter den ersten Schlägen der Noske-Freikorps zerfallen, verschiebt sich im Übergang zur zweiten Phase der Revolution die Klassenkonfrontation auf ihre reale Ebene. Diejenigen Arbeiterschichten, die mit den Worten Liebknechts nichts mehr zu verlieren haben, beherrschen endgültig seit dem Herbst 1919 die Klassenszene. Eine ganze Zeitlang gelingt es der Konterrevolution, mittels eines permanenten Ausnahmezustands, des Aufbaus eines in der Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie verankerten Spitzelsystems - den "Einwohnerwehren" - und der Vervollständigung des im Berliner Januar erstmals entwickelten Instruments des staatlichen Streikbruchs, der "Technischen Nothilfe" (146) - den neuen revolutionären Aktionszyklus unter Kontrolle zu halten.(147) Vielleicht ist es tatsächlich dieser allseits aufgefahrenen Unterdrückungsmaschine zuzuschreiben, daß die zweite Phase der proletarischen Nachkriegskämpfe dezentralisiert bleibt und nie zum entscheidenden Zentralangriff auf das politisch-militärische Zentrum der inzwischen aus den Freikorps gemauserten "vorläufigen Reichswehr" und dessen Weimarer Institutionenanhang fähig wird. Auf jeden Fall tritt die neue revolutionäre Linie des Arbeiterkampfs in der Zeit zwischen Kapp-Putsch (Februar/März 1920) und mitteldeutschem Aufstand (1921) eindeutig als Klassenavantgarde hervor. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch wird von den Arbeitern

(145) Zu den Einzelheiten vgl. E. Lucas, Märzrevolution im Ruhrgebiet März/April 1920, Bd.I: Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand, Frankfurt 1970, S.29 f.

(146) Zur Entstehungsgeschichte der "Technischen Nothilfe" seit den Januarkämpfen 1919 in Berlin vgl. vor allem: Die Technische Nothilfe als Klassenwaffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat, Berlin 1923; E. Könnemann, Technische Nothilfe, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland 1830-1945, Bd.2, Berlin 1968, S.676 ff.

(147) Dabei scheinen gerade die "Einwohnerwehren" eine wichtige Rolle gespielt zu haben, und zwar nicht so sehr als Militärorganisation der Kleinbourgeoisie, sondern als Spitzel- und V-Leutedienst der Freikorps und der Wehrkreisbehörden. So geht beispielsweise die Festnahme und Ermordung von Liebknecht und Luxemburg während der Berliner Januarkämpfe auf eine Information der Wilmersdorfer Einwohnerwehr zurück. Vgl. E. Hannover-Drück, H. Hannover, Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Frankfurt 1967. Hinsichtlich der Einwohnerwehren sei verwiesen auf E. Könnemann, Einwohnerwehren (EW) 1919-1920, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, op.cit., Bd.I. S.778 ff.; ders.: Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin 1971.

überall als Signal zum Gegenaufstand benutzt; sie sind sich voll bewußt, daß die Zeit reif ist, um einen zweiten revolutionären Ansturm zu versuchen. (148) Sie handhaben ihre Machtposition in der Fabrik nicht mehr als selbstgenügsames Objekt der Produktionskontrolle, sondern als Kristallisationspunkt des Aufstands, der bewaffneten Arbeitermacht über die Gesellschaft, und nicht mehr nur über die Meister, Betriebspolizeien und Werksdirektoren. Die Ruhrbergarbeiter beginnen in dem Augenblick, wo sie im März 1920 das gesamte Ruhrgebiet von der bewaffneten Staatsmacht säubern (149), die ganzen Halbheiten und Beschränktheiten der bisherigen Kampfgeschichte abzustreifen. Die Revolutionssoldaten der Roten Ruhrarmee haben nichts mehr mit den arbeitsstolzen und auf den Staat der Arbeit fixierten Facharbeitern gemeinsam: "Wenn man in diesen Tagen die verwegenen Gestalten sah mit der schiefen Mütze und dem überfüllten Gehänge von Patronen und Handgranaten, und oftmals mit einem langen Säbel an der Seite, wenn man die rote Binde am Arm, die rote Schleife an Mütze und Knopfloch sah und den Fluch auf die 'Noskes' hörte, so hatte man in diesem Wort und dieser Farbe, der Farbe des proletarischen Klassenkampfes, die Symbole dieser Erhebung." (150) Ihnen geht es um die politische Macht hier und jetzt, und sie gehen mit unglaublicher Phantasie und Energie daran, die Organisationsprobleme des Aufstands zu lösen. (151) Es sind die Stoßtrupps des ungelernten Arbeiters: Jungbergleute aus den Zechenwohnheimen, Gelegenheitsarbeiter, die Hafenarbeiter Duisburgs, die den Kern einer 100 000 Mann starken Aufstandsarmee zustandebringen, die Zechenschutzwehren und Werkssicherheitsdienste hinwegfegen, die "Einwohnerwehren" und Kommunalpolizeien entwaffnen, Artilleriestellungen der schwerbewaffneten Freikorps nehmen (152), die Rathäuser und Telegrafenämter besetzen und sogar in einzelnen Orten die Banken enteignen. (153) Die soziale Zusammensetzung der roten Kämpfer des Vogtlands um Plättner und Hoelz ist ähnlich, welche die Formen des Aufstands mit konsequenten Aneignungsaktionen für die ausgepowerten Massen

(148) In diesem Sinn haben sich mehrere alte Kämpfer geäußert in: Institut für Marxismus-Leninismus bei ZK der SED (Hrsg.), Arbeitereinheit siegt über Militaristen. Erinnerungen an die Niederschlagung des Kapp-Putsches März 1920, Berlin 1960. Vgl. auch E. Lucas, op. cit. S. 119 ff.

(149) Vgl. ebd, S. 147 ff.: Die ersten Waffensiege der Arbeiter; S. 248 ff.: Die Eroberung des gesamten Ruhrgebiets durch die Arbeiter.

(150) G. Colm, Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März-April 1920, Essen 1921, S. 52.

(151) Über das Ausmaß der Initiative zur Arbeitermacht vgl. seit neuestem E. Lucas, Märzrevolution im Ruhrgebiet, Bd. 2, Frankfurt 1973.

(152) Vgl. dazu die ausgezeichnete Darstellung bei Lucas, op. cit. Bd. I, S. 147 ff.

(153) So in Duisburg, wo sich die Arbeiter voll auf die "zweite Revolution" eingestellt hatten. Die Exekutiv-Kommission Duisburgs ergriff folgende Maßnahmen: Beschlagnahmung der Barguthaben - sie wurde wegen der Folgen für die Lohnauszahlung wieder aufgehoben -, Beschaffung von 10 Mio. Mark von der Reichsbank für die Bezahlung der revolutionären Truppen; Requisitionen in Bekleidungsgeschäften; Beschlagnahmung von Lebensmitteldepots und Eisenbahntransporten usw. Vgl. Colm, op. cit. S. 100 f.

kombinieren. (154) All diese Kampfgruppen, selbst die Hafen- und Landarbeiterkader Mecklenburgs und Rostocks (155), verfügen über eine frappierende Mobilität. Ihre Beweglichkeit, die mit Ausnahme des mitteldeutschen Aufstands ein Jahr später nie an den Fabriken und Arbeitervierteln endet (156), demonstriert, wie sie anfangen, die Kampfformen des Massenarbeiters auf einer hohen Entwicklungsstufe vorwegzunehmen. So schaffen sie es eine Zeitlang, im Kampf gegen die Freikorps, die Polizeieinheiten, die "Technische Nothilfe" und die "Einwohnerwehren " die regionale Beschränktheit ihrer Initiative, die sich frappierend mit den Schwerpunkten ihrer sozialen und geographischen Konzentration seit dem ersten Weltkrieg - Ruhrgebiet, Nordseestädte, Mitteldeutschland und Mecklenburg - deckt (157), zu kompensieren. Aber der Sieg bleibt ihnen versagt, weil aus der Spaltung und Zerstörung der überwundenen Organisationsformen noch keine effektiven Institutionen der Zentralisierung des Aufstands hervorgegangen sind - sie sind gezwungen, der Konterrevolution, die sich alsbald nach dem revolutionären Gegenaufstand gegen Lüttwitz und Kapp wieder homogenisiert hat (158), außerhalb der regionalen Insurrektionsgebiete die Initiative zu überlassen. Darü-

(154) Vgl. dazu ausführlich H.M.Bock, op.cit. S.308 ff.: Max Hoelz als Typus des linksradikalen Aktivisten. Wir können allerdings der Interpretation von Bock, der Hoelz in Anlehnung an eine von Hobsbawm, jedoch in ganz anderem Zusammenhang, entwickelte Hypothese zu einem "archaischen Sozialrebellen" stilisiert, nicht zustimmen; Hoelz hat vielmehr Kampfformen praktiziert, die auf einer überaus modernen sozialen Zusammensetzung des mitteldeutschen Proletariats basieren: landlose Bauern, Bergleute usw., die gerade in den Sog der modernsten Massenproduktion geraten waren. Vgl. auch die Autobiographie von Hoelz: Vom "Weißen Kreuz" zur Roten Fahne. Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse, Berlin 1929; sowie K.Plättner, Das Fundament und die Organisierung der sozialen Revolution, Magdeburg 1919.

(155) Vgl. M.Polzin, Kapp-Putsch in Mecklenburg. Junkertum und Landproletariat in der revolutionären Krise nach dem 1. Weltkrieg, Rostock 1960.

(156) Wir müssen uns diesen Sachverhalt immer wieder klarmachen: die Märzrevolution läuft in den Zentren der kapitalistischen Entwicklung ab; die Arbeiter duellieren sich im Prozeß der Machtergreifung keinesfalls nur mit der Reichswehr, sondern mit dem kapitalistisch-sozial-demokratischen Reorganisationsprojekt auf seiner reifsten Ebene; sie werden in einem blutigen Bürgerkrieg niedergeschlagen. Bei den roten Armeen des Jahres 1920 ist absolut nichts mehr von den Halbheiten und Rückwärtsgewandtheiten einer defensiven "linken" Arbeiterbewegung zu spüren. Die Frage kann also nur lauten: was wäre gewesen, wenn die SPD-Linken schon 15 Jahre früher zu einer konkreten Vorwegnahme der Arbeiterorganisation fähig gewesen wären; sie kann aber keinesfalls dadurch produktiv gelöst werden, wenn man wie Cacciari das Desaster der sozialdemokratischen Linksintellektuellen verabsolutiert oder gar mit der Klassenrealität selbst verwechselt.

(157) Es gibt noch keine Gesamtanalyse der Märzrevolution von 1920; deshalb kann das Problem, inwieweit durch eine in der ungelernten Arbeitermasse verankerte revolutionäre Organisation die zweite Phase der Novemberrevolution zur Arbeitermacht auf nationaler Ebene hätte führen können, noch nicht diskutiert werden. Fest steht jedenfalls, daß der deutsche Industrie-Unionismus sich erst in diesen Kämpfen konsolidierte, nicht aber zur Homogenisierung über die Aufstandszentren hinaus fähig war.

(158) Vgl. dazu W.T.Angress, Weimar coalition and Ruhr insurrection, March-April 1920: A study of government policy, in: Journal of Modern History, vol.29, 1957, S.1 ff.; sowie Lucas, op.cit. Bd.I, S.228 ff. Allgemein zu den Hintergründen auch J.Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967.

ber hinaus werden die roten Kampftruppen in ihrer Beweglichkeit durch die Passivität und teilweise sogar Feindschaft seitens der Arbeiter in den alten professionellen Hochburgen (159) gebremst; im mitteldeutschen Aufstand kommt die Verbindung zwischen den Einheiten Plättners, Hoelz' und den Hundertschaften der Leuna-Arbeiter nicht zustande. (160)
Mit der Niederschlagung des mitteldeutschen Aufstands war der erste revolutionäre Angriff der deutschen Arbeiter, der offensiv die Machtfrage stellte, beendet. Die Mehrzahl der bewaffneten Arbeiterkader landete in den Zuchthäusern der Weimarer Republik oder emigrierte. (161) Makabrerweise blieb der bisher einzige Zyklus proletarischer Aktionen, der die Neuzusammensetzung der Klasse revolutionär vorwegnahm, wegen seiner kurzen Dauer und seiner radikalen Negation aller tradierten "Werte" der Arbeiterbewegung auf die weitere Entwicklung der Strategiedebatte über das Verhältnis von Klassenzusammensetzung und Organisationsfrage ohne Wirkung. Die neuen Arbeiterorganisationen wurden von der Reaktion systematisch zerstört - die Vernichtung der "Kampforganisation (KO)" der KAPD im Ruhrgebiet im Frühjahr 1921 scheint beispielsweise der Anfang der Paralysierung aller übrigen Ansätze zur organisatorischen Vereinheitlichung von politischem und ökonomischem Kampf im Ruhrgebiet gewesen zu sein. (162) Die produktiven Ergebnisse der Arbeiterdiskussionen seit dem Herbst 1919 wurden alsbald ex cathedra als "Linksradikalismus" oder noch schlimmer als "Anarcho-Syndikalismus" verdammt. Von ihrer "linksradikalen" Basis gesäubert, konnte die KPD alsbald mit der USP fusionieren und unter der Kuratel der "Kommunistischen Internationale" ein Schattendasein führen. Währenddessen entschwebten ihre Theoretiker - auch und gerade ihre "linkskommunistischen" wie beispielsweise Korsch und Lukacs - in den Wolken einer abstrakten Re-

(159) Vgl. beispielsweise die Auslassungen Hoelz' über Brandler in Chemnitz, op.cit. S.98 ff.

(160) Die wohl am ehesten vorurteilslose Einschätzung stammt von Bock. op.cit. S.295 ff., bes. S.302 ff. Warum eine von Hoelz geforderte Entlastungsoperation der Leuna-Arbeiter unterblieb, welche zu einer flexibleren Taktik gegenüber der Sicherheitspolizei hätte führen können, ist endgültig nur anhand der Archivmaterialien zu klären: Archiv der Kreisleitung der SED VEB Leuna-Werk, 1921 (A-G), Archivmaterial aus dem Jahr 1921, ZBA-Nr.1316-1322. Zu berücksichtigen wäre auch die Polemik, die die Beteiligten nachher in dieser Frage führten: Hoelz, op.cit. S.171 ff.; F.Jung, Der Weg nach unten, Neuwied 1961, S.195 ff.; B.Koenen, Die Märzkämpfe um das Leuna-Werk. Einige Erinnerungen und Lehren aus dem Jahre 1921, in: Freiheit, Halle, 31.3.1951; K.Plättner, Rühle im Dienst der Konterrevolution, Hettstedt o.J.; O.Rühle, Das Ende der Mitteldeutschen Kämpfe, in: Die Aktion, 1921, Nr.15/16.

(161) Die Geschichte der Arbeiteremigration ist noch nicht geschrieben; vieles spricht dafür, daß AAU- bzw. KAPD-Mitglieder scharenweise in die USA ausgewandert sind und sich dort den IWW angeschlossen haben. Es wäre sehr wichtig, die politische Arbeiteremigration der zwanziger Jahre, die ja nicht nur ein deutsches Phänomen war (vgl. die Auswanderungswelle in Italien zu Beginn der 20er Jahre), genauer zu studieren. Mitteilung von Sergio Bologna an d. Verfasser.

(162) Dieser Zerfallsprozeß war allerdings von militanten Betriebskämpfen, Sabotageaktionen usw. begleitet, die die kapitalistische Reorganisation enorm erschwerten. Mitteilung von E.Lucas an einen Freund d. Verf.

volutionsontologie, die bei Bedarf noch immer - auch heute teilweise wieder - für etwas esoterischer als üblich angelegte Legitimationsversuche einer den realen Kampfformen der Klasse immens entfremdeten Theorie herangezogen werden konnte. (163) Je schneller das Kapital die entwaffnete Arbeiterklasse reorganisierte und ihr den Berufsstolz ein für allemal austrieb, desto konsequenter kehrten die "klassenbewußten" Facharbeiter im ideologischen Überbau der III. Internationale und ihres viel zu wenig registrierten gewerkschaftspolitischen Ablegers, der Profintern (164), wieder.
Alles in allem bleibt uns die Feststellung, daß wir die für uns wichtigen Lehren aus der revolutionären Nachkriegsperiode vor allem anhand der Inhalte des kapitalistisch-gewerkschaftlichen Gegenangriffs werden ziehen müssen. Die Ebert, Groener, Noske und Co. haben die zwei Phasen des proletarischen Nachkriegskampfs in unheimlich systematischer Weise erstickt. Wie wir sahen, haben sie sich dabei niemals nach der aktuellen Kampfstärke und der politischen Potenz der jeweils gerade aktiven Arbeitergruppen und -organisationen, sondern nach den objektiv gegebenen Möglichkeiten der Arbeitermacht gerichtet. In diesem Sinn gab es für sie nie die Frage der "Verhältnismäßigkeit der Mittel". Sie zweifelten beispielsweise anläßlich der großen Berliner und sächsischen Facharbeiteraktionen nie daran, daß sie es mit einer Arbeiterschicht zu tun hatten, die sich ausschließlich auf eine befristete Arbeitsverweigerung einließ und von sich aus jeden darüberhinaus zielenden Aktivismus blockierte - trotzdem schlugen sie mit aller Härte zu. Der dillettantische Berliner Januaraufstand und die Märzkämpfe, über deren begrenzte Möglichkeiten es bei Noske und der Generalität nicht die geringsten Zweifel geben konnte (165), wurden mit Massenmorden quittiert. "Je schärfer das Mittel, um so schneller der Erfolg", können wir beispielsweise in den "Erfahrungen" des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps "aus den Straßenkämpfen in Berlin" vom 31. März 1919 lesen: "Infanterie- und M.G.-Feuer, gegen die sich der Gegner hinter Häuserecken und Barrikaden schützen kann, machen wenig Eindruck. Artillerie- und Minenfeuer, gegen das es im Straßenkampf keinen Schutz gibt, schafft in kürzester Zeit Ordnung." (166)

(163) In diesem Zusammenhang wäre eine Untersuchung darüber interessant, in welchen Phasen die deutschen Linken von Lukács' "Geschichte und Klassenbewußtsein" besonders beeinflußt worden sind; beispielsweise ist für das Ende der westdeutschen Studentenbewegung die Hypothese gerechtfertigt, daß die Rezeption von Lukács mit einer ausgeprägten historischen Urteilslosigkeit korrelierte und notwendigerweise in einer Art Gegenbewegung zur unüberprüften Reproduktion überlebter stalinistischer, trotzkistischer und auch anarchistischer Traditionen führen mußte.

(164) Profintern = Rote Gewerkschafts-Internationale (RGI). Zur Materialsituation für eine Analyse der Profintern vgl. G. Migliardi, L'Internazionale dei sindacati rossi Profintern, in: Annali dell'Istituto G.G.Feltrinelli, Milano 1967.

(165) Vgl. beispielsweise Noskes Darstellung der Massendemonstrationen am 6. Januar 1919 in Berlin, op.cit. S.69 f., die er korrekt als völlig ziellos einschätzt: "Wenn die Scharen entschlossene, zielklare Führer gehabt hätten, an Stelle von Schwadroneuren, hätten sie am Mittag dieses Tags Berlin in der Hand gehabt."

(166) Deutsches Militärarchiv Potsdam, Stellvertr. Generalkommando XII. Armeekorps, Nr. 9548, Bl. 55 f.: Bericht des Garde-Kavallerie Schützen-Korps über "Erfahrungen aus den Straßenkämpfen in Berlin", 31. März 1919.

Genauso wird aus den Freikorps extra eine "Technische Nothilfe" abgesondert, um auf jede noch so defensive Arbeitsniederlegung mit dem demonstrativen Nachweis, daß die Produktion auch ohne die Arbeiter weitergehe, zu reagieren - eine wahrhaft gegenrevolutionäre Vorwegnahme technologisch weiterentwickelter Produktionsmethoden, die zumindest vorübergehend auch von den technischen Kadern und den overlookers in Gang gehalten werden können. Da selbst die gegenwärtige Strategie der Arbeiterunterdrückung bis in die Einzelheiten von den Erfahrungen in der Zerschlagung der revolutionären Nachkriegskämpfe lebt (167), haben wir einigen Anlaß, das in ihr angelegte Prinzip etwas genauer zu analysieren.
Von der sozialdemokratisch geführten Soldateska der Freikorps wird von Anfang an Berlin als Ausgangspunkt des bewaffneten Gegenangriffs gewählt; dies ist man den Akteuren der gewerkschaftlich-unternehmerischen "Zentralarbeitsgemeinschaft" und deren um die Wiedergewinnung der Produktivität ringenden Fachausschüssen (168) schuldig, welche auf die Bestätigung der zentralisierten Macht des "Rats der Volksbeauftragten" angewiesen sind.(169) Die Monate November/Dezember sind deshalb für die Exekutive der Konterrevolution eine Etappe des verzweifelten Versuchs, innerhalb des rapid zerfallenden wilhelminischen Machtapparats einen zum Kampf auf Leben und Tod entschlossenen Kristallisationskern herauszufinden. Schon das oberflächliche Studium der Dokumente der Obersten Heeresleitung aus dieser Zeit (170) zeigt, wie sehr die Generalität unter dem Zwang steht, die Ressourcen für eine Gegen-Insurrektion, und zwar zuerst für die Besetzung der Reichshauptstadt, Zug um Zug einzuschränken. Aufgrund des rapiden Zerfalls des Westheers sind die Aufstandsbekämpfungspläne, kaum gefertigt, schon wieder veraltet. Am 5. November 1918 sollen noch Divisionen des Westheers von der Front abgezogen und als "Sicherheitstruppen" zurück-

(167) *Dazu zwei Beispiele: W. Schell, Polizeiverwendung, 1. und 2. Teil, Hamburg 1966, ein* bei der Ausbildung der Bereitschaftspolizei der Bundesländer häufig verwendetes Lehrbuch, operiert ganz wesentlich mit polizeitaktischen Erfahrungen aus den mitteldeutschen Kämpfen 1921. Bei den Unteroffizieren der Bundeswehr wird seit 1964 eine Agitationsbroschüre vertrieben, die sich auch mit Fotos auf die "roten Kämpfer" von 1920/21 als historische Vorbilder der Gegen-Insurrektion bezieht: K.V.R.Wolf, R.W.Günter, Der verdeckte Kampf, Bonn o.J.

(168) Vgl. I.Materna, Zur Wirtschaftspolitik des Rates der Volksbeauftragten, in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, Berlin 1966, S.98.

(169) Der "Rat der Volksbeauftragten" hatte sich immerhin schon am 12.11.1918 verpflichtet, "die geordnete Produktion aufrecht(zu)erhalten" und keinen Zweifel daran gelassen, daß er "das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen" werde. (Regierungsprogramm des Rates der Volksbeauftragten vom 12.November 1918, abgedr. in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd.2, Berlin 1957, S.365). Es war klar: das Zentrum der Reorganisationsperspektive war ganz entscheidend auf einen funktionsfähigen institutionellen Rahmen angewiesen.

(170) Besonders wichtig dabei das Tagebuch der innenpolitischen Abteilung bei der OHL vom 9.November 1918 bis 19.Januar 1919, abgedruckt im Anhang zu D.Dreetz, Bestrebungen der OHL zur Rettung des Kerns der imperialistischen deutschen Armee in der Novemberrevolution, in: ZMG, 1969, H.1, S.50ff.

transportiert werden. (171) Einen Tag später wurde dieser Plan revidiert; das Oberkommando in den Marken beschränkte sich bezüglich Berlins auf die Aufstellung von loyalen Offizierskompanien und deren Zusammenarbeit mit den gerade entstehenden "Einwohnerwehren". (172) Der letzte Bürgerkriegsplan, der sich überhaupt auf einen loyalen Rest von zurücktransportierten Fronttruppen als entscheidendes Instrument des Gegenangriffs stützt, datiert vom 7. November. Er wird vom preußischen Kriegsministerium hinsichtlich Berlins und der anderen zentralen "Bolschewistenherde" sofort um gewerkschaftlich-sozialdemokratische "Schutzwehren" ergänzt. (173) Am 10. November muß die OHL ihre Versuche, zur Unterstützung der inzwischen proklamierten Ebert-Scheidemann-Regierung zehn ausgesuchte Frontdivisionen nach Berlin zurückzutransportieren, wegen der fortgeschrittenen Revolutionierung der Armee endgültig aufgeben. Der kaiserliche Machtapparat ist nicht mehr in seiner traditionellen Struktur einsatzfähig; es müssen neue, auf einer zu allem entschlossenen reaktionären Avantgarde basierende Lösungen gefunden werden. (174) Voraussetzung dafür ist die endgültige und volle Anerkennung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften als zentralen Momenten des endgültig vor dem Abgrund stehenden Ausbeutersystems. Das Ebert-Groener-Bündnis, am selben Tag abgeschlossen (175), kennzeichnet den Übergang zu einer neuen Linie der Aufstandsbekämpfung, die nicht mehr defensiv, sondern auf die gegenrevolutionäre Vorwegnahme der Neubestimmung der Klassenbeziehungen in der Weimarer Republik eingeschworen ist. Nach einer Reihe von gescheiterten Provokationen, die unter Generalleutnant Lequis die Eroberung Berlins durch zuverlässige Gardetruppen ermöglichen sollen (6., 10. und 24. Dezember) (176), entsteht die endgültige Strategie des Gegenangriffs. Aus den monarchistisch-loyalen Resten des Offiziers- und Unteroffizierskorps werden bewegliche und schwerbewaffnete Killer-Kommandos gebildet und vorläufig auf den Reichs-

(171) Vgl.: Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Im Auftrage des OKH des Heeres bearb. und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Bd.14, Berlin 1944, S.701, 712.

(172) Vgl. DZAP, Akten Reichskanzlei, Nr. 755/4, Bl.201.

(173) Zum Bürgerkriegsplan der OHL vom 7.11.1918 vgl. ebd. Bl.202 f.; zum zusätzlichen Aufbau der SPD-"Schutzwehren" G.Schmidt, Zur Klassenkampftaktik der Bourgeoisie vor der Novemberrevolution, Diss.phil. Berlin 1966, S.349.

(174) Schon am 9.11. bereitete die OHL ihre Zusammenarbeit mit den "neuen Regierungsgewalten" in einem Tagesbefehl an die Truppe vor. Vgl.: Der Weltkrieg 1914 bis 1918, op.cit. S.718.

(175) Die Initiative ging dabei von der Armee aus, die eindeutige Bedingungen stellte: "Das Offizierskorps verlange von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und sei dafür zum Einsatz bereit", schreibt Groener in seinen Erinnerungen. W.Groener, Lebenserinnerungen, hrsg. F.Freiherr Hiller v.Gaertingen, Göttingen 1957, S.467.

(176) Dazu L.Berthold, H.Neef, Militarismus und Opporutnismus gegen die Novemberrevolution, Berlin 1958, S.61 f., S.165; H.Küster, Oberste Heeresleitung und rechte Führung der SPD gegen die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, in: ZMG, 1968, H.5, S.571 ff.

kanzler Ebert verpflichtet, "bis durch die Nationalversammlung die neue Reichsverfassung bestimmt ist" (177). Die Freikorps - das erste, das "Freiwillige Landesjägerkorps", wird unter Generalmajor v. Maerker Mitte Dezember aufgestellt - sind relativ kleine Abteilungen, die über schwere Maschinengewehre und Minenwerfer verfügen und in der Lage sind, allein auf sich gestellt zu operieren. (178) Sie scheiden schon während der ersten Kampfhandlungen weitere Spezialeinheiten aus, so vor allem die schon erwähnte "Technische Nothilfe", die, von ehemaligen Marine-Ingenieuren aufgestellt (179) und alsbald in praktisch allen Aufstandszentren aktiv (180), die Funktion hat, bestreikte Betriebe wieder in Gang zu setzen. Daß die "Technische Nothilfe" vor allem dort einschreitet, wo Streikkämpfe die Beweglichkeit der Konterrevolution einschränken - vor allem Transport und Energie -, ist selbstverständlich (181). Nach der Niederschlagung der Arbeiterkämpfe gelang es den Kadern der TN, in der Weimarer Republik zu einer staatlichen Streikbrecherorganisation mit Massenbasis zu avancieren; um den Schein zu wahren, wurde sie dabei aus dem Reichswehrministerium herausgenommen und dem Reichsinnenministerium unterstellt. (182)
So entstehen innerhalb weniger Wochen auf der Basis des Ebert-Groener-Abkommens Dutzende von gegenrevolutionären Kampfverbänden. (183) Ausgangspunkt ist Berlin, wo sich bis zum Jahresende 1918 unter dem Oberbefehl des bisherigen SPD-Militärexperten Noske 10 000 Freikorps-Soldaten in aller Ruhe zusammenziehen, während die bewaffneten Arbeitermassen plan- und ziellos herumdemonstrieren und keine ihrer politischen Avantgarden zu ei-

(177) G. Paulus, Zusammenbruch und Wiederaufstieg des deutschen Militarismus 1918/19, Diss.phil. Berlin 1961, S.277 f.

(178) Zu Entstehung und Struktur der Freikorps vgl. vor allem: E. Könnemann, Freikorps, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd.2, op.cit. S.53 ff.; G. Paulus, Die soziale Struktur der Freikorps in den ersten Monaten nach der Novemberrevolution, in: ZfG, 3.Jg.1955, S.685 ff. R.G.L.Waite, Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918-1923, Cambridge/Mass. 1952.

(179) So einhellig E. Könnemann, Technische Nothilfe, op.cit. S.676; H. Levermann, Vom Hilfsdienstgesetz über die Technische Nothilfe zur Arbeitspflicht, Diss.phil., Erlangen 1928; W.E. Momsen, Die Technische Nothilfe. Ihre Entstehungsgeschichte, Entwicklung und heutige Stellung als Machtmittel des Staates. Staats- und rechtswiss. Diss., Freiburg/Brg. 1934.

(180) Dazu detailliert Levermann, S.41 ff.; W. Grävell, Technische Nothilfe, in: P. Herre, (Hrsg.), Politisches Handwörterbuch, 2.Bd., Leipzig 1923, S.786.

(181) Zur Kontroverse darüber vgl.: Zentrale der Technischen Nothilfe (Hrsg.), Die Technische Nothilfe im Spiegel der Presse während der Streiks in Berlin im Oktober 1919, Berlin o. J.; zur Rolle der TN im Kapp-Putsch: Die Tätigkeit der Technischen Nothilfe während des Kapp-Putsches und unsere dazu getroffenen Maßnahmen. Bearb. v. der Reichssektionsleitung der Elektrizitätswerke, Berlin 1920.

(182) Zur inneren Struktur in der Weimarer Zeit vgl. vor allem: Handbuch der Technischen Nothilfe, Berlin-Steglitz 1925; Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Nachlaß Grzesinski, IV. Technische Nothilfe.

(183) Zur Entstehung im Reichsgebiet enthält wichtige Informationen: H. Schulze, Freikorps und Republik 1918-1920. Militärgeschichtliche Studien Bd.8, Boppard a.Th. 1969.

ner klaren militärisch-organisatorischen Initiative fähig ist (184): die Garde-Kavallerie-Schützendivision in Teltow; in Potsdam das Regiment Potsdam, das Freikorps Hülsen und das Landesschützenkorps; im Stadtzentrum das Regiment Reichstag; in Zossen schließlich das Freiwillige Landesjägerkorps. (185) Diese Einheiten schlagen am 5./6. Januar 1919, sobald es im Zusammenhang mit der provokatorischen Absetzung des auf der Arbeiterseite stehenden Polizeipräsidenten Eichhorn zu spontanen bewaffneten Massendemonstrationen und zu dem schon erwähnten dillettantischen Aufstandsversuch kommt (186), schlagartig los. Am 12. Januar ist die Niederlage des Versuchs, die Novemberrevolution doch noch auf die Machtfrage zu konzentrieren, besiegelt; die entscheidende und für den Erfolg besonders günstige Konstellation eines revolutionären Dezemberangriffs ist endgültig verpaßt und nicht mehr aufzuholen. In den folgenden Monaten wird sich die militärische Taktik der Konterrevolution in immer neuen Regionen nach dem Muster der Berliner Erfahrungen wiederholen. Sie benötigt noch nicht einmal drei Monate, um ein realistisches Prioritätensystem der Aufstandbekämpfung auszuklügeln, welches selbst nach der Märzrevolution von 1920 kaum mehr korrekturbedürftig ist. Die Januarkämpfe von Berlin hatten in ihrem Ergebnis zur Bestimmung sogenannter Machtzentren geführt, welche nach Anweisung der Generalität unbedingt gegen die Arbeiterklasse gehalten werden sollten: Berlin, Breslau, Stettin, Münster, Hannover, Kassel und München mitsamt den wichtigsten Bahnverbindungen. (187) Diese "Machtzentren" lagen seit dem Berliner Januaraufstand und seit dem Ende der ersten revolutionären Kampfperiode im Frühjahr 1919 völlig außerhalb der Aufstandszentren der radikalisierten zweiten Arbeiterbewegung; so sollte sich das Berliner Modell, nur diesmal auf nationalen Maßstab ausgeweitet, nochmals wiederholen. Noske und Co. waren sich also genauso wie die hohe Generalität klar darüber, daß Berlin ein harmloses Vospiel gewesen war, daß der zweite revolutionäre Kampfzyklus den Waffengang um die politische Klassenmacht erst auf die äußerste Spitze treiben würde. Ähnlich wie die Vororte Potsdam, Tel-

(184) Vgl. beispielsweise die Retrospektive der "Roten Fahne" zum 6.1.1919: "Und da geschah das Unerhörte. Die Massen standen von früh um 9 Uhr an in Kälte und Nebel. Und irgendwo saßen die Führer und berieten. Der Nebel stieg, und die Massen standen weiter. Aber die Führer berieten. Der Mittag kam, und dazu die Kälte, der Hunger. Und die Führer bereiten. Die Massen fieberten vor Erregung: sie wollten eine Tat, auch nur ein Wort, das ihre Erregung besänftigte. Doch keiner wußte, welches. Denn die Führer berieten. Der Nebel fiel wieder, und mit ihm die Dämmerung. Traurig gingen die Massen nach Hause: sie hatten Großes gewollt und nichts getan. Denn die Führer berieten (...)." Zit. nach H. Schmidt, A. Loesdau, Die Januarkämpfe 1919 in Berlin, op. cit. S. 17 f.

(185) Nach G. Paulus, Zusammenbruch und Wiederaufstieg, op. cit. S. 280.

(186) Vgl. neben der schon angeführten Literatur: Bericht des Untersuchungsausschusses über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin. Sammlung der Drucksachen der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung, Berlin 1921, Drucksache Nr. 4121 A.

(187) Vgl. *Richtlinien der Reichswehrführung für die militärische Bekämpfung innerer Unruhen* vom 14. Mai 1920 (Entwurf). Deutsches Militärarchiv Potsdam, R. 4465, Bl. 156-160; der Entwurf wurde im Juni 1920 unverändert beschlossen.

tow usw. im Kleinen waren die nationalen "Machtzentren" als Konzentrierungsräume für die militärischen Kräfte und als Ausgangspunkte für den Angriff auf die revolutionären Arbeiterzentren gedacht. Von ihnen aus starteten die Einheiten der "vorläufigen Reichswehr" (188) seit dem Sommer 1919 ihre Terroraktionen; die genannten Städte wurden zu Knotenpunkten systematischer Spionage- und Subversionstätigkeit in den Gebieten des Ausnahmezustands. Da sie in den Gebieten der Insurrektion zunächst nur zeitlich begrenzt zu operieren vermochten, waren die gegenrevolutionären Militäreinheiten gezwungen, durch provokatorische Aufmärsche und Massaker die bewaffneten Arbeiterkader kurzfristig zum Kampf zu stellen und mittels einer rücksichtslosen Offensivtaktik aufzureiben. Im Verlauf des Jahrs 1919, als mit der Reorganisation der Freikorps und dem Aufbau der "vorläufigen Reichswehr" wieder erste Ansätze einer über die "Machtzentren" hinausgehenden militärischen Infrastruktur entstanden, wurde diese "search- and-destroy"-Taktik gegen den dezentralisierten proletarischen Klassengegner weiter ausdifferenziert. Die Wehrkreisbehörden gingen jetzt dazu über, die Hauptgebiete der proletarischen Insurrektion innerhalb des jeweiligen Kommandobereichs aufzusplittern und die lokalen Zentren der bewaffneten Arbeitermacht dauerhaft von allen Seiten einzukreisen. Im Wehrkreis IV beispielsweise (Sachsen, Anhalt und Teile Thüringens) wurden die militärischen Kräfte um Halle, Merseburg-Leuna und Mansfeld - also um die Leunawerke und den Mansfeld-Konzern zentriert. (189) In der Umgebung der Stoßtrupps des gegenrevolutionären Angriffs entstanden gleichzeitig immer neue Mantelorganisationen mit Spezialaufgaben, die neben der Weltkriegs-Soldateska die entwurzelten Schichten der Kleinbourgeoisie rekrutierten: zunächst die "Einwohnerwehren", eine Spitzelorganisation auf Massenbasis, welche die Bewegungen und Aktionen der Arbeiteravantgarden Schritt um Schritt verfolgten und mit ihren Informationen das Operationsprogramm der bewaffneten Gegenoffensive präzisierten (190); dann die "Zeitfreiwilligenverbände", ein vor allem aus Studenten gespeistes Reservistensystem der Wehrkreisbehörden. (191) Die "Technische Nothilfe" haben wir schon erwähnt. Nach der durch Versailles diktierten Verkleinerung der Reichswehr und ihrer Mantelorganisationen (192) vegetieren die Organisationen der Gegenrevolution wei-

(188) Vgl. dazu die Dokumentation von K. Nuß, Zur Entstehung und inneren Funktion der vorläufigen Reichswehr (1. Halbjahr 1919) in: ZMG, 1968, H. 2, S. 216 ff.

(189) Und zwar auf der Basis der am 14. Mai 1920 erlassenen Richtlinien der Reichswehrführung. Vgl. Befehl des Wehrkreiskommandos IV vom 31. Mai 1920 über Maßnahmen bei inneren Unruhen. Deutsches Militärarchiv Potsdam, R. 4465, Bl. 1-6; sowie Befehl der Division IV vom 5. September 1920 über den inneren Einsatz, ebd. Bl. 72-75.

(190) Vgl. Anm. 147.

(191) Dazu E. Könnemann, Zur Rolle der Einwohnerwehren und der Zeitfreiwilligenverbände beim Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und Militarismus nach der Novemberrevolution, Diss. phil. Halle 1962.

(192) Von immerhin 400 000 auf 100 000. Dazu H. J. Gordon, Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919-1926, Frankfurt 1959; F. v. Rabenau, Seeckt. Aus seinem Leben 1918-1936, Bd. I. Leipzig 1940; E. O. Schüddekopf, Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933, Hannover-Frankfurt/M. 1955.

ter in einem wilden Gestrüpp von Geheimbünden, Terrororganisationen und "Wehrverbänden". Sie werden von den Unternehmern immer wieder zur Bekämpfung der Arbeiterklasse im reduzierten Belagerungszustand der Fabrikarbeit herangezogen - so etwa die Organisation "Industrieschutz", der "Stahlhelm" usw. usw., die in der Weimarer Republik den überbetrieblichen Rahmen und ein schier unerschöpfliches Reservoir für die Unterdrückung der Arbeiter durch die Werksicherheitsdienste und Knüppelgarden der Unternehmer bilden. (193)
So ist das ganze Jahr 1919 beherrscht von den Versuchen der sozialdemokratisch-militärischen Reorganisationspartei, die proletarischen "Aufstandsgebiete in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit" niederzukämpfen (194). Wenn nicht alles täuscht, war die Reorganisationspartei tatsächlich fest entschlossen, das Projekt der Entwaffnung der Arbeiter Schritt für Schritt in einen veränderten, die Ursachen der bisherigen proletarischen Aufässigkeit neutralisierenden Inhalt der Ausbeutung von Arbeitskraft überzuleiten: in die "Wirtschaftsdemokratie", in einen dynamischen Wiederaufschwung der Kapitalbildung auf der Basis einer neuen Arbeitsorganisation. Doch die Füchse von Versailles, die ja nicht nur die deutschen Arbeiter, sondern auch deren Ausbeuterklasse gern entwaffnet sehen wollten, trauten aus durchsichtigen Gründen einer derart bruchlosen Rekonstruktionsperiode nicht. Sie ließen es sich angelegen sein, die Reorganisationspartei zu zügeln - konkret: mit ihren Forderungen die gegen die Arbeiter geschmiedete Allianz auseinanderzusprengen. Übrigens wurden die nicht weniger verheerenden Folgen des Versailler Vertrags für die Arbeiterseite in der Strategiedebatte der zweiten proletarischen Kampfphase ebenfalls erkannt. Es schien tatsächlich so, als ob sich auf der Basis einer kampflosen Anerkennung des Versailler Systems auch ein proletarischer Klassensieg als Pyrrhus-Sieg herausstellen sollte. Die Autoren der Versailler Paragraphen schienen tatsächlich für al-

(193) So bot die "Deutsche Arbeitsgemeinschaft. Zentralrogan für Industrieschutz und Bekämpfung des Kommunismus" dem Mansfeld-Konzern anläßlich des Streiks 1930 ihre guten Dienste an: "Wir sind sofort in der Lage und bereit, den bei Ihnen ausgebrochenen Streik restlos und erfolgreich zu bekämpfen. Als Referenz geben wir an: 1. Verband Berliner Metallindustrieller, 2. Reichsverband industrieller Bauunternehmungen sowie alle anderen Unternehmerverbände." Zit. nach W.Imig, Streik bei Mansfeld 1930, Berlin 1958, S.220, Anm.3. Die "Deutsche Arbeitsgemeinschaft" war nicht die einzige Institution auf diesem Gebiet. Streikbrecherfunktionen übte vor allem der "Stahlhelm" aus, während beispielsweise die "Antibolschewistische Liga" vorwiegend Spitzeldienste leistete. Dazu vor allem K.Finker, Die militaristischen Wehrverbände in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Strategie und Taktik der deutschen Großbourgeoisie, in: ZfG, 1966, H.3, S.357 ff.; ders.: Die militaristischen Wehrverbände in der Weimarer Republik und ihre Rolle bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse und bei der Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges, Habil. Schrift Potsdam 1964.

(194) H.Sperling, Bürgerkriegsplanung der Reichswehrführung nach dem Scheitern des Kapp-Lüttwitz-Putsches 1920, in: ZMG, 1969, H.3, S.329.

le Eventualitäten vorgesorgt zu haben. (195)
Auf jeden Fall werden Sozialdemokratie und Gewerkschaften im Februar 1920 von Lüttwitz und Kapp als Exponenten der Freikorps erst einmal davongejagt. Sie katalysieren damit nur die Frontstellung zwischen den beiden Hauptklassen in ihrer reifsten Entwicklungsstufe, wie sie sich seit dem Herbst 1919 ohnedies anbahnt. Die Zentren der "anderer" Arbeiterbewegung werden endgültig zu Brennpunkten der proletarischen Revolution. Die Arbeiterklasse wird fähig, ihre durch die veränderte Klassenzusammensetzung gegebenen Kampf- und Organisationsformen an ihren Konzentrationspunkten politisch vorwegzunehmen. Aber die rote Ruhrarmee, die Hundertschaften der landlosen Mecklenburger Bauern und der Rostocker Hafen- und Werftarbeiter sowie die mitteldeutsche und die Hamburger Insurrektionsbewegung erreichen die Klassenhegemonie nicht auf der nationalen Ebene, während sich das gegen die Arbeiter gerichtete Klassenbündnis kurz nach dem Arbeiteraufstand wieder zusammenschließt. Die konterrevolutionäre Taktik reorganisiert sich somit bruchlos auf einem qualitativ höheren Niveau als 1919. Ihre "Machtzentren" bleiben intakt, und die Reichswehr vermag im April und Mai 1920 gegen die Aufstandsgebiete nach einem einheitlichen Operationsplan vorzugehen. Und jetzt wird gegen die Arbeiter ein irgendwie gearteter status quo nicht mehr hingenommen. Im Verlauf des Jahrs 1919 war trotz teilweise weitreichender Eingriffe seitens der "Zentralarbeitsgemeinschaft" und der Gewerkschaftsapparate die Arbeiterautonomie von der Gegen-Insurrektion verschont geblieben. Die Freikorps und die "Technische Nothilfe" waren nur dann in Aktion getreten, wenn die Arbeiterautonomie auf die gesellschaftliche Ebene übergriff oder wenn die Massenstreiks die militärisch-ökonomische Initiativkraft des sozialdemokratisch-unternehmerischen Rekonstruktionsplans bedrohten. Jetzt, wo der Professionalismus der Räte die Arbeiterautonomie nicht mehr verwaltete, um sie gegen die Radikalisierung der Klasse einzusetzen, wurde die Arbeiterautonomie selbst in die Konfrontationslinie einbezogen. Diktiert von der Entschlossenheit, auf der Basis der Erfahrungen der Kriegsproduktion und der Ford-Taylor-Experimente des US-Kapitals die Arbeitsorganisation der wichtigsten Industrie-

(195) So katastrophal sich das System von Versailles langfristig auf die Weltwirtschaft auswirken mußte - vgl. dazu die Analyse von J. M. Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages, München-Leipzig 1920 -, so wichtig waren aber offensichtlich auch dessen taktische Tagesziele. In diesem Zusammenhang wäre die Konzeption von Laufenberg und Wolffheim zu diskutieren (1919), im Prozeß der revolutionären Umwälzung eine rote Armee aufzubauen und mit der Sowjetution als Hinterland gegen das Versailler System militärisch zu intervenieren (sog. Nationalbolschewismus). Vgl. H. Laufenberg, F. Wolffheim, Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg? Erste kommunistische Adresse an das deutsche Proletariat, Hamburg 1919; über die dadurch in Gang gebrachten Kontroversen O. E. Schüddekopf, Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960, sowie ders., Nationalbolschewismus in Deutschland 1918-1933, Frankfurt 1973, und H. M. Bock, op. cit. S. 274 ff.

zweige umzuwälzen (196), wurde das kapitalistische Kommando jetzt auch auf unmittelbarer Betriebsebene wieder gewaltsam hergestellt. Die Arbeiterentwaffnung machte nicht mehr vor den Fabriktoren halt. Im April/Mai wurden in ganz Deutschland jene großen Werke, die Ausgangspunkt des revolutionären Gegenaufstands gewesen waren, von Militär besetzt. In den ganzen folgenden Monaten zeigten sich die Wehrkreisbehörden bereit, auf den geringsten Wink der Unternehmer gegen die Arbeiter in den Fabriken einzuschreiten. Die militärische Besetzung etwa der Stuttgarter Daimler-Benz-Werke im August 1920 hatte nicht nur das Ziel, den bevorstehenden Streik gegen die Einführung der Lohnsteuer im Keim zu brechen. (197) Er war vielmehr demonstrativer Akt gegen die seit November 1918 erfolgreich verteidigte Arbeiterautonomie und für das unbehinderte Ingangkommen der Vorarbeiten zur Mechanisierung in einem.(198) Er hat schließlich in Stuttgart und andernorts der Modernisierung des Zuchthauskommandos über eine in haltslos werdende Arbeit in Gestalt des "Werkschutzes" den Boden bereitet: die Reichswehr hatte das Werksgelände nicht zuletzt besetzt, um der endgültigen Einführung eines privatpolizeilichen Unterdrückungsapparats der Unternehmer unmittelbar am Arbeitsplatz und in den Abteilungen einen entsprechenden militärischen Rückhalt zu verschaffen.
Auch der mitteldeutsche Aufstand hat hier seinen Ursprung. Es war der Reichswehr nicht gelungen, die mitteldeutschen Arbeiter vor allem von Mansfeld und Leuna nach den Lüttwitz-Kapp-Kämpfen vollständig zu entwaffnen. Hier war die Arbeiterautonomie noch intakt, hier konnte der Versuch gemacht werden, die "Betriebsorganisationen" zu reorganisieren (199) und einen neuen Kampfzyklus vorzubereiten. Die Leuna- und Mansfeld-Arbeiter hatten noch nicht das Schicksal der Ruhrproletarier, der norddeutschen Werft- und Hafenarbeiter (200) und der südwestdeutschen Metallarbeiter erlitten - von den

(196) Die Geschichte des Übergangs von der "Zentralarbeitsgemeinschaft" zu den Rationalisierungsverbänden des Weimarer Kapitals liegt noch weitgehend im Dunkeln. Sie scheint zwischen 1918 und 1920 wesentlich vom "Verein Deutscher Ingenieure" bestimmt worden zu sein; jedenfalls ist der "Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung" des VDI erst 1922 in das inzwischen entstandene "Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit" übergegangen. Vgl.: Entwicklung der Rationalisierung und des RKW, in: Rationalisierung, 22.Jg.1972, H.5, S.141.

(197) Vgl.: Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, im Auftrage des OKH bearb. und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, 5.Bd., Die Kämpfe in Südwestdeutschland 1919-1923, Berlin 1939, S.61 ff.

(198) Gerade die militärische Besetzung der Daimler-Benz-Werke am 26.8.1920 scheint die Arbeiter demoralisiert zu haben, hatten sie doch selbst einen Tag später ihrerseits die Untertürkheimer Betriebe besetzen wollen. Vgl. ebd. S.63. Auf jeden Fall hatten danach die bisherige "Pfuscharbeit, Diebstähle, ausgesprochene Sabotageakte" (ebd. S.62) ein Ende. Der Grund für das militärische Eingreifen war also klar: "Die Autorität der Werksleitung war auf dem Nullpunkt angelangt."

(199) Über die enorme Entwicklung der Mitgliederzahlen bei den Industrie-Unionisten 1920 und 1921 vgl. Bock,op.cit. S.195 f., S.239.

(200) Vgl. R.A.Comfort, Revolutionary Hamburg, Stanford/Cal. 1966, bes. S.109 ff.: The Decline of the Hamburg Labor Movement.

gedemütigten Arbeitern Berlins ganz zu schweigen. Und deshalb war auf der Gegenseite für die Konterrevolution der neuerliche Gegenangriff ein Gebot der Stunde. (201) Der Anlaß zum Losschlagen war da, sobald die Leuna-und Mansfeld-Kapitalisten meldeten, daß in ihren Betrieben die Einführung der Werksicherheitsdienste als Dauereinrichtung unmittelbarer betrieblicher Unterdrückung am massiven Widerstand der Arbeiter scheiterte. (202) Bei der Mansfeld AG gab es monatelange Arbeiteraktionen, als die Werksleitung es wagte, sich offen des "Werksicherheitsdiensts" als Spitzel- und Bewachungsgarde auf dem Werksgelände zu bedienen. (203) Die Leuna-Arbeiter gingen seit 1921 gegen neue Werkschutzkontrollen an den Fabriktoren vor, welche die Werksleitung angeblich brauchte, um das alte Gewohnheitsrecht der Arbeiter, Abfallholz aus dem Betrieb mitzunehmen, einzudämmen. (204) Es war für die Arbeiter sofort klar, was die zeitraubenden Durchsuchungen an den Werkstoren bezweckten: nämlich das Werksgelände und die Barackensiedlung als Waffendepots der "Allgemeinen Arbeiter-Union" auszuschalten (205) und das Meisterkommando in den Abteilungen wiederherzustellen. Das war der Anlaß, der den mitteldeutschen Arbeitern die Entscheidung aufzwang, erneut ihre Waffen hervorzuholen und gegen die tödliche Umzingelung ihrer Autonomie zu kämpfen. (206) Sie haben diesen ungleichen Waffengang, der entgegen den handelsüblichen historischen Legenden nicht im ge-

(201) Vgl. Forderung des Reichswehrgruppenkommandos I vom 19. Juni 1920 nach militärischer Niederschlagung der mitteldeutschen Arbeiterkämpfe, abgedruckt bei Sperling, op. cit. S. 342. Der springende Punkt wird in diesem Dokument klar benannt: "Es ist allgemein bekannt (...), daß die Arbeitskraft der Industriebezirke des Mansfelder Seekreises, von Halle, Bitterfeld, Merseburg, Weißenfels im ungesetzlichen Besitz von Waffen jeder Art sich befindet (...). Das Reichswehrgruppenkommando hält es (...) für unbedingt erforderlich, daß eine großzügige und einheitlich geleitete Operation zur dauernden Verhinderung der Übungen ungesetzlich aufgestellter Truppenverbände und zur Entwaffnung von Mitteldeutschland (...) durch Truppe und staatliche Sicherheitspolizei durchgeführt wird."

(202) Dieser Tatbestand wird übrigens in den DDR-Betriebsgeschichten über Mansfeld und Leuna richtig dargestellt, während die offiziöse DDR-Geschichtsschreibung die ganze Angelegenheit als mittelmäßige Parteilegende präsentiert. Insofern ist es sehr zu bedauern, daß die westeuropäische Linke - wenn überhaupt - nur die DDR-Standard-Geschichtsschreibung zu registrieren pflegt.

(203) Vgl. K. Lärmer, Vom Arbeitszwang zur Zwangsarbeit. Die Arbeitsordnungen im Mansfelder Kupferschieferbergbau von 1673 bis 1945, Berlin 1961, S. 203 f.; S. Weber, Der Kampf des revolutionären mitteldeutschen Proletariats im März 1921 gegen die Schupoprovokation, Diss. phil. Berlin 1969, S. 107 ff.; E. Könnemann, Zu den Hintergründen der Märzkämpfe 1921, in: ZMG, 1971, H. 2, S. 213.

(204) Vgl.: Kämpfendes Leuna. Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter, Bd. I/1, Berlin 1961, S. 228 f.

(205) Vgl. die Instruktionen des Oberpräsidenten Hörsing über das Vorgehen gegen Leuna (Stichwort Frühjahrsreise), Landeshauptarchiv Magdeburg, C 20 I b, Nr. 4797, Bl. 4 ff.

(206) Die wichtigsten Publikationen über den mitteldeutschen Aufstand: W. Drobnig, Der Mitteldeutsche Aufstand. Seine Bekämpfung durch die Polizei, Lübeck 1929; MELS-Institut beim ZK der SED (Hrsg.), Die Märzkämpfe 1921, Berlin 1956; H. M. Meyer, Die politischen Hintergründe des Mitteldeutschen Aufstandes von 1921, Diss. Berlin 1935; S. Weber op. cit. Die Dokumente zur Niederkämpfung des Aufstands befinden sich im DZAM, Rep. 77, Tit. 4003, Nr. 71, bes. Beihefte 1 und 2.

ringsten von der KPD "ausgelöst" worden ist (207), verloren. Aber ihr Aufstand wird ein Beweis dafür bleiben, daß sich die Arbeiterautonomie immer in einer organisatorisch klar fixierten Beziehung zum Ziel der bewaffneten Machtergreifung realisieren - oder aber untergehen wird. Seit dem mitteldeutschen Aufstand verfügte die kapitalistische Reorganisationspartei wieder über ein hinlängliches Waffenmonopol, und damit schien die Initiative zur Reorganisation der Arbeitskraft endgültig politisch gesichert. Die Hamburger Arbeiterkader mußten sich bei ihrem Oktoberaufstand im Jahr 1923 die Waffen schon aus den Polizeirevieren holen. (208)

(207) Vgl. dazu etwa den profiliertesten Exponenten dieser Theorie, Werner T. Angress, dessen bekanntes Buch über die KPD zwischen 1921 und 1923 inzwischen in deutscher Übersetzung erschienen ist: Die Kampfzeit der KPD 1921-1923, Düsseldorf, S. 139 ff. Obwohl Angress die Möglichkeit gehabt hätte, die deutsche Ausgabe anhand der inzwischen weit fortgeschrittenen Forschung und vor allem der Archivalien zu überprüfen, ist er bei einer reinen Institutionenkunde stehengeblieben, die publizierte Propagandathesen der herrschenden Klasse aus der damaligen Zeit mit den Elaboraten der westlichen KPD- und Kominternphilologie vermengt.

(208) Der 50. Jahrestag des Hamburger Aufstands wäre es wert gewesen, die damaligen Ereignisse und vor allem ihre politischen Träger, die unqualifizierten Hamburger Arbeiter, jenseits der kontroversen Mythen zu rekonstruieren.